



1903

Nr. 8

## Das Ende der Nationalsocialen?

Von

Paul Göhre.

(Berlin.)

Eine der merkwürdigsten Wirkungen der verflochtenen Reichstagswahlen sind die Aufsätze des Führers der Nationalsocialen über das Ende seiner Partei. An sich schon eine Seltenheit und darum vom Standpunct der Psychologie der Parteipolitik interessant, wenn der eigene Führer seiner Partei offen und unvermittelt den Zusammenbruch proclamiert, so insbesondere interessant für uns Socialdemokraten, denen die Nationalsocialen stets als die jüngeren und leistungsfähigeren Leute gegenübertraten, berufen, die Socialdemokratie entweder nach ihrem Recept umzuwandeln oder abzulösen. Es verlohnt sich darum in diesem Augenblick schon noch einmal, sich mit den entscheidenden Ausführungen Naumanns kurz zu befassen. Dass gerade ich, der selbst früher nationalsocial war, das tue, entspringt wahrlich nicht irgendwelcher Schadenfreude gegen meine ehemaligen politischen Freunde, die noch jetzt zum grossen Teil meine persönlichen Freunde sind, ist aber freilich von einem gewissen Gefühl der Genugtuung begleitet: denn im Grunde haben schliesslich dieselben Ursachen, die mich schon vor Jahren von den Nationalsocialen vertrieben, jetzt auch Naumann zu seinen auffälligen Ausführungen veranlasst.

Der Sinn der Naumannschen Aufsätze, die sich in der Zeit vom 25. Juni und vom 2. Juli finden und durch Notizen in den begleitenden *Hilfenummern* ergänzt wurden, ist etwa der: Wir Nationalsocialen haben auch im Wahlkampf 1903 eine volle Niederlage erlitten. Damit ist der Beweis endgiltig geliefert, dass wir nicht im stande sind, die neue Partei zu gründen. Die Ursache dieser Niederlage ist die Wucht des socialdemokratischen Wachstums und überhaupt des Wachstums einiger weniger Massenparteien. An der politischen Notwendigkeit und Richtigkeit des nationalsocialen Gedankengangs ist freilich auch heute noch kein Zweifel. Es handelt sich also gegenwärtig für die Nationalsocialen hauptsächlich nur um die Aenderung der Form ihrer Arbeit, nicht ihres Inhalts. Auch die finanzielle Last der jungen Gruppe zwingt gebieterisch dazu.

Dies der Sinn der Naumannschen Artikel. Auch derjenige, der diese für politisch unklug und sachlich falsch hält, muss zunächst den Mut anerkennen, mit dem Naumann vor aller Welt die Consequenzen zieht, die sich ihm aus dem letzten Wahlfeldzug seiner Leute zu ergeben scheinen. Es steckt — das muss gerade der Socialdemokrat zugestehen — in diesem Vorgehen ein starkes Stück gesunder demokratischer Gesinnung. Im übrigen gehören wir zu denen, die auch dem Inhalte der Naumannschen Ausführungen bis auf einen, allerdings sehr entscheidenden Punkt recht geben. Man braucht nur die Rechnung, die Naumann selbst aufmacht, kurz nachzuprüfen und — zu ergänzen.

Aus den Wahlziffern der einzelnen Parteien in den sieben Wahlkreisen, in denen die Nationalsocialen diesmal ernsthaft gearbeitet haben, constatiert er zunächst allenthalben das rapide Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen. Trotz stärkster nationalsocialer Agitation ergab sich ein solches Anwachsen

in Dithmarschen	um	rund	3700	Stimmen
„ Jena	„	„	3400	„
„ Lübeck	„	„	1400	„
„ Marburg	„	„	1000	„
„ Oldenburg I	„	„	2300	„
„ Plön-Oldenburg	„	„	2700	„
„ Sangerhausen	„	„	2000	„

Das macht zusammen rund 16 500 Stimmen Zunahme. Daraus geht in der Tat hervor, dass, wie Naumann selbst wörtlich sagt, »die Nationalsocialen der Socialdemokratie gegenüber einfach machtlos sind«. Die Socialdemokratie hat sich allen nationalsocialen Ideen gegenüber unzugänglich erwiesen. Noch mehr, die Massen, die bis zur letzten Wahl der Socialdemokratie noch schwankend und kritisch gegenüberstanden, haben sich trotz eifrigster Vorführung der nationalsocialen Ideen doch nicht von ihnen gewinnen und nicht abhalten lassen, durch Abgabe socialdemokratischer Stimmzettel das socialdemokratische Programm als das in ihren Augen allein richtige zu documentieren. Das Programm der Nationalsocialen, die Socialdemokratie zu reformieren, hat damit bei der Wahl völlig Fiasco gemacht.

Aber auch nach einer anderen Seite zeigt sich ein starkes Fiasco der Nationalsocialen worauf Naumann selbst noch gar nicht hingewiesen hat: in dreien von ihren sieben Wahlkreisen, wo sie gearbeitet haben, haben sie gegen 1898 gar einen nicht unbeträchtlichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Und zwar:

in Dithmarschen	um	450	Stimmen
„ Sangerhausen	„	805	„
„ Plön-Oldenburg	„	1118	„

Macht insgesamt einen Rückgang von 2373 Stimmen. Wer die kurze nationalsocialen Parteigeschichte genau kennt, weiss, dass Plön-Oldenburg derjenige Kreis ist, der am längsten, nun schon die dritte Reichstagswahl, nationalsocial bearbeitet worden ist; dass auf keinen Kreis eine so intensive, ununterbrochene und kostspielige fünfjährige Agitation verwendet worden ist, wie auf Dithmarschen; und dass auch Sangerhausen

schliesslich schweres Geld gekostet hat. Wenn trotzdem in diesen Kreisen ein für die kleine Partei und ihre ohnehin kleine Gesamtwahlziffer so beträchtlicher Wahlstimmenrückgang zu verzeichnen ist, so scheint fast der Schluss berechtigt, dass die nationalsocialie Partei, abgesehen von ihrem gänzlichen Fiasco der Socialdemokratie gegenüber, überhaupt nur Augenblickswirkungen zu erzielen vermag. Dieser Abnahme steht ja nun freilich ein Stimmenfortschritt in den Kreisen Jena um 1086 und Marburg um gar 1764 Stimmen, somit zusammen um 2850 Stimmen gegenüber, in Kreisen also, die ebenfalls schon 1898 und jetzt wieder mit aller Kraft bearbeitet wurden. Wir möchten aber fast glauben, dass mindestens Jena das nächste Mal das gleiche Schicksal treffen würde, wie Sangerhausen, Dithmarschen und Plön-Oldenburg.

Aber auch diesen Punct einmal völlig beiseite gelassen, so ergibt sich angesichts der Wahlstatistik der genannten sieben Kreise für die Nationalsocialen als Kehrseite ihrer Wirkungslosigkeit auf die Socialdemokratie die weitere unerfreuliche Tatsache, dass sie beinahe alle ihre Stimmen auf Kosten der bürgerlich-liberalen Gruppen, denen sie sich heute selbst am nächsten stehend fühlen, gewonnen haben. Das aber heisst mit anderen Worten: die Nationalsocialen haben nur zur grösseren Zersplitterung des liberalen Bürgertums durch die Wahlen beigetragen. Daher auch die Giftigkeit, mit der Eugen Richter sie, wie schon früher, so erst recht seit dem 16. Juni überschüttet: denn dessen persönlichstes Parteiinteresse ist damit durch die Nationalsocialen aufs schärfste verletzt worden. Nun kann ja gerade einem Socialdemokraten diese Zersplitterungsarbeit namentlich am Richterschen Freisinn nur recht sein, erst recht, wenn man auch socialdemokratischerseits bereit ist, gelegentlich mit Gruppen aufrechter Liberaler gemeinsame Politik zu machen. Denn eben dies wird nur möglich sein, wenn mindestens erst dem Richterschen und ähnlichem Freisinn der Garau gemacht ist. Wäre das den Nationalsocialen mit ihrer Zersplitterungsarbeit in irgendwie erheblichem Masse gelungen und hätten sie so ein Stück Liberalismus vorbereitet, der in der Tat keine Furcht vor dem Socialismus und vor allem vor der Socialdemokratie mehr hat und bereit ist, Seite an Seite mit ihr zu kämpfen, so wäre das immerhin ein anerkannter Wahlerfolg der Nationalsocialen, der ihnen auch für die Zukunft eine politische Daseinsberechtigung gegeben hätte. Das hätte sich daran zeigen müssen, dass die Anhänger der Nationalsocialen in den Stichwahlen Mann für Mann socialdemokratisch gewählt hätten. Aber auch hiervon haben die Wahlen nicht das geringste bemerken lassen. Auch Naumann spricht das ganz offen aus: »Von unseren Wählern im ersten Wahlgang sind nur wenige willens gewesen, bei der Stichwahl den Socialdemokraten zu wählen . . . sie haben vielmehr genau so gut den Freiconservativen und Nationalliberalen in den Sattel geholfen, wie es anderwärts das freisinnige Bürgertum auch tut.« Und die Berichte unserer Parteipresse bestätigen nur diese Tatsache. Das aber heisst: wie der Socialdemokratie gegenüber, so sind die Nationalsocialen auch dem verrotteten bürgerlichen Liberalismus gegenüber ohne irgendwie sichtbar reformierende Wirkung geblieben; auch die andere Seite ihres Programms, den Liberalismus mit energischeren Willen zum

Socialismus zu erfüllen, hat in der politischen Praxis versagt. Nimmt man zu alledem noch die finanziellen Schwierigkeiten, die trotz der hingebendsten Opferfreudigkeit der näheren Freunde Naumanns immer wieder auftauchen und auftauchen müssen, weil keine organisierte Masse hinter ihnen steht — so muss man Naumann nur recht geben, wenn er freimütig und ehrlich die Schliessung der nationalsocialen Organisation als einer selbständigen politischen Partei von seinen Anhängern fordert; wenn er offen ausspricht, was ist: dass sie als Partei ohne Erfolg geblieben ist.

Nur in einem Punkte hat Naumann nicht recht; und der ist gerade für ihn und die Zukunft seiner Schöpfung entscheidend. Er liegt, wie nunmehr deutlich aus dem schon Erörterten hervorgeht, da, wo Naumann die Ursache dieses Fiascos festzustellen sucht. Er findet sie allein in der Tatsache, dass die Wucht der Massenparteien die kleinen Parteien erdrückt. Diese Tatsache ist allerdings vorhanden, wenn auch nicht in der Ausschliesslichkeit, in der Naumann sie hinstellt. Dafür sind die Fortschritte vor allem der Polen und auch des süddeutschen Bauernbundes Beweise. Aber soweit die Erscheinung Tatsache ist, ist sie selbst doch wieder nur ein Symptom. Und sie besagt in unserem Falle, den Nationalsocialen gegenüber, nichts mehr und nichts weniger, als dass eben die politische Gesamtauffassung, der gedankliche Inhalt des politischen Programms der Nationalsocialen falsch ist. In der Politik entscheidet stets nur der Erfolg über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit eines politischen Programms. Und in diesem Falle hat er die Unrichtigkeit des nationalsocialen Parteiprogramms schlagend erwiesen, ähnlich, wie ich es schon 1898 als falsch bekämpfte. Das müssen auch Naumann und seine Freunde einsehen lernen, so sauer es ihnen auch werden mag. Gerade wenn sie auch weiter der politischen Wirklichkeit offen ins Auge sehen wollen, wie sie es seit jeher zu tun sich bemühen, müssen sie das einsehen. Müssen sie einsehen, dass gerade das Gegenteil von dem zutreffend ist, was Naumann in seinem Artikel über die Niederlage geschrieben: an der Unrichtigkeit der nationalsocialen Gedankengänge besteht heute kein Zweifel mehr.

Die Ursache aber dieser Unrichtigkeit liegt, wie mir scheint, in einer sehr starken Unterschätzung der ökonomischen Wurzeln der socialistisch-demokratischen Bewegung, in einer zu geringen Anerkennung des elementaren Neuen, das sie aufzeigen. Die Nationalsocialen haben, so freimütig und ehrlich sie auch im politischen Detailkampf der Socialdemokratie immer gegenüberzustehen sich bemühten, doch niemals den Centralgedanken des Socialismus als Ausgangspunkt auch ihrer Politik recht gewürdigt, dass nämlich der Socialismus die Bewegung und das Product einer neuen Classe ist, jeder Vergangenheit bar, mit unerhört neuen Lebensbedingungen, darum ebenso neuen und originalen Lebensansprüchen und infolgedessen auch einer neuen und eigen gewachsenen Methode, sich ihre neuen Ideale politisch zu erkämpfen und ökonomisch zu fundamentieren. Darum ist von jeher für die Nationalsocialen das Ziel einer neuen, der socialistischen Gesellschaft, das die Socialdemokratie bis heute unverrückt festhält, eine reine Utopie gewesen, der sie schon genug Ehre anzutun glaub-

ten, wenn sie sie als nicht ernst zu nehmende Illusion einfach tot schwiegen. Darum ihre auffällig geringe Berücksichtigung des eigentlich so gut wie alles entscheidenden Momentes des Classenkampfes: soweit ich mich erinnere, hat sich ihr geistiger Führer Naumann erstlich nur einmal damit befasst, und zwar etwa im Jahre 1898, auf energisches Drängen von mir hin. Und eben da formulierte er, im Gegensatz zu mir, der ich schon damals den ganzen wuchtigen Inhalt des demokratischen Classenkampfprinzips auch für das nationalsociale Programm als grundlegend anerkannt wissen wollte — er formulierte, sage ich, den Begriff des *Classenkampfes* als ein einfaches allmähliches Aufsteigen einzelner qualifizierter Arbeiterschichten in die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft! Nicht die neue socialistische, sondern die alte, heutige bürgerliche Gesellschaft galt ihnen und gilt ihnen noch heute als das nicht nur zur Zeit, sondern auch in ferner Zukunft noch Feststehende. Und darum war und ist ihnen bis heute Socialismus nicht die Arbeit auf eine mehr oder weniger neue, eben die socialistische Gesellschaft hin, sondern die Arbeit für Erhaltung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft mittels einzelner praktischer socialer Reformen, die die Brücken für den Uebergang der heutigen Arbeitermassen in diese heutige Gesellschaft bilden sollten. Daher eben die Verflüchtigung ihres Socialismus zu einer Reihe solcher einzelner *Gegenwartsreformen* auf dem Gebiete namentlich des Genossenschafts- und Gewerkschaftswesens. Daher ihr namentlich in den letzten Jahren von ihnen so scharf betontes Ziel der Schaffung einer einzigen grossen deutschen liberalen Linken aus Socialdemokratie und bürgerlichem Liberalismus: denn dieser Plan konnte überhaupt nur in Köpfen entstehen, die den fundamentalen organischen Unterschied der Arbeiter- und der bürgerlichen Classe nicht recht sehen und jedenfalls nicht recht einzuschätzen vermögen, der in den total verschiedenen ökonomischen Situationen beider Massen begründet ist. Daher schliesslich ihre Aspirationen, die Socialdemokratie *staatsertreuend* zu machen, indem sie sie zu veranlassen versuchten, mit dem heutigen capitalistisch fundierten Staat zu pactieren, mit dem Kaiser Frieden zu schliessen, mit ihm Politik zu treiben, den heutigen Etat zu bewilligen, das heutige Heerwesen zu acceptieren, die heutige Weltpolitik mitzumachen u. s. w., alles nur zu dem Zweck, um die Concession von ein paar lappigen socialen Reformen zu erhalten, die der Arbeiterklasse als Arbeiterklasse das Leben im heutigen bürgerlichen Staat erträglicher und auf die Dauer möglich machen sollen. Alle diese Aspirationen sind meines Erachtens nichts, als ein einziger ununterbrochener Versuch, politische Principien der bürgerlichen Gesellschaft, also mehr oder weniger traditionelle und verbrauchte Factoren, auf den jungen Baum des Socialismus aufzupropfen, der doch berufen und auch schon dabei ist, eigene, und zwar ganz andersartige Reiser und Blätter und Blüten und Früchte zu treiben. Gewiss soll und muss die Socialdemokratie immer mehr staatsertreuend werden. In gewissem, mehr negativem Sinne war sie es von Anfang an, indem sie mit aller Energie die Arbeiterklasse, und damit des Staates wertvollsten Teil, vor Degeneration und Ausbeutung zu schützen suchte. In mehr positivem Sinne ist sie es in den letzten Jahrzehnten von Jahr zu Jahr immer mehr geworden durch

all ihre aufbauende Mitarbeit an der Gesetzgebung. Und in Zukunft wird sie schliesslich in jeder Beziehung staatsershaltend, ja wird sie wahrscheinlich die einzige eigentliche staatsershaltende Macht werden, die auch die Ausgaben für das Heer bewilligen, den Etat sanctionieren und selbst Weltpolitik treiben wird. Nur, dass dann Heer, Etat und Weltpolitik ein völlig anderes Gesicht haben werden, als gegenwärtig. Aber eben das will — bewusst oder unbewusst — der Socialismus der Nationalsocialen gerade verhindern, indem sie die Socialdemokratie zu veranlassen versuchen, dem heutigen Heer, Etat und Weltpolitikprincip zuzustimmen. Und eben damit haben sie bei den Wahlen von 1903 Fiasco gemacht. Nicht bloss, weil die Socialdemokratie eine Massenpartei ist, die deshalb neue Massen anzieht, sondern weil die Massen des Volkes instinctiv das organisch Neue ahnen, das die Socialdemokratie schrittweise bringt, und weil sie gerade dies Neue als das Bessere, wahrhaft Staatsershaltende in der Zukunft wollen, deshalb haben sich die alten Massen auch 1903 bei der Socialdemokratie gehalten, deshalb sind neue Massen zu ihr getreten. Und weil die Nationalsocialen dies organisch Neue und künftige Staatsershaltende, das in einer fundamental neuen ökonomischen Bodensituation wurzelt, nicht sahen und gar bekämpften, deshalb erlitt ihr *Socialismus* diese totale Niederlage. Nicht an der Wucht der schon bestehenden Massenparteien der Socialdemokratie, des Centrums und der agrarischen Rechten, sondern an der Unrichtigkeit ihres nationalsocialen Grundgedankens haben sie bei den Wahlen Schiffbruch gelitten. In der Nichterkenntnis dieser Tatsache liegt der Fehler, den auch Naumann in seinen neuesten Aufsätzen wieder macht.

In diesem Zusammenhang und an dieser Stelle ist nun auch Gelegenheit, einmal auf den totalen Unterschied hinzuweisen, der wie zwischen dem nationalsocialen und socialdemokratischen Socialismus überhaupt, so im besonderen auch zwischen dem nationalsocialen und dem sogenannten *revisionistischen* Socialismus besteht. Der Revisionismus — wenigstens derjenige, den ich allein kenne und anerkenne — leugnet nicht, wie der Nationalsocialismus, den fundamentalen Classenunterschied zwischen bürgerlicher und Arbeiterbewegung; er verkleinert nicht den Classenkampfcharakter der letzteren; er verdunkelt nicht das Endziel der socialistischen Gesellschaft; und er will nicht, wie der Nationalsocialismus, den ausschliesslich demokratischen Grundcharakter der socialistischen Bewegung gelähmt und gebrochen sehen durch Anerkennung des Imperialismus. Was ihn meines Erachtens charakterisiert, ist, dass er die schon längst von der socialdemokratischen Partei in zunehmendem Masse geübte revolutionistische Taktik zum bewussten und organisch angewendeten Princip aller socialdemokratischen Politik offen proclamiert hat, der revolutionären Phrase innerhalb der Partei, in welcher Verkleidung immer sie sich in ihr noch versteckt hält, den Krieg erklärt und bei jeder Gelegenheit die Partei zur bewussten Anerkennung und planmässigen Befolgung dieser evolutionistischen Taktik zu drängen versucht. Dabei, das muss ohne weiteres zugestanden werden, hat der Revisionismus freilich auch schon manchen Fehler gemacht, ist er über das Ziel hinausgeschossen; keinesfalls aber hat er irgendwelche Verwandtschaft mit dem National-

socialismus, wie das manchmal gern sowohl von nationalsocialer als auch entgegengesetzter Seite darzustellen versucht wird. Der Revisionismus ist eine Erscheinung des demokratischen Socialismus, der Nationalsocialismus eine solche der bürgerlichen Gesellschaft. Und eben darum hat den letzteren das gleiche Schicksal getroffen, wie die übrigen politischen Gruppen des bürgerlichen Liberalismus: er ist besiegt aus dem Wahlkampf zurückgekehrt. Hier und da hört man zwar jetzt in Parteikreisen, dass auch die revisionistischen Teile der Partei in demselben Wahlkampf nicht gut abgeschnitten hätten und dass aller socialdemokratischer Erfolg bei den Wahlen eigentlich auf Rechnung der *unentwegt Revolutionären* zu setzen sei. Doch würde man diesen Redewendungen zu viel Ehre antun, wenn man sie ernst nehmen und zu widerlegen versuchen wollte.

Wenn nun die Nationalsocialen, um auf sie wieder zurückzukommen, in der nächsten Zeit ihren Delegiertentag haben werden, um auf ihres Führers schicksalsschwere Entscheidungsfrage an sie die Antwort zu erteilen, so möchte ich ihnen in alter Freundschaft anheimgen, nicht bloss darüber zu beraten, inwiefern die Form, sondern auch inwiefern der Inhalt ihrer Arbeit von ihnen geändert werden müsse. Mit anderen Worten, sie sollten nicht bloss ihre Organisation, sondern auch ihr Programm einer Revision unterziehen. Beherrzigen sie dabei die Lehren, die ihnen die Wahl von 1903 erteilt hat und die ich in aller Ehrlichkeit im vorstehenden Artikel ausgesprochen habe, so wird vermutlich mehr und Dauernderes für sie herauskommen, als wenn sie sich dagegen die Augen verschliessen. Sie werden dann wohl einige radicalere und consequentere Köpfe von sich an die Socialdemokratie verlieren, im übrigen aber als geschlossene und durch ihr sociales Reformprogramm charakteristische Gruppe des bürgerlichen Liberalismus mit Teilen der freisinnigen Vereinigung den Grundstock bilden bei den hoffentlich irgendwieweit wenigstens erfolgreichen Versuchen der politischen Regenerierung dieses Liberalismus. Verschliessen sie sich jedoch dem vorstehenden Räte, so werden sie sicher, auf das Argument hin, dass ja die nationalsocialen Gedanken nach wie vor richtig und politisch nötig sind, sich selbst und ihren Führer Naumann zu dem Entschlusse drängen, mit neuer Kraft weiter wie bisher zu arbeiten — wie das ja bereits die nationalsocialen Stimmen, die in der *Zeit* und der *Hilfe* zahlreich zum Ausdruck gekommen sind, samt und sonders von eben dieser Voraussetzung aus fordern. Und dann wird man abermals fünf Jahre weiter wursteln, um nach fünf Jahren ein noch schlimmeres Fiasco zu erleben, als dies Jahr.

## Zu Kautskys Kritik meines Agrarwerks.

Von

Eduard David.

(Mainz.)

### 1. Wissenschaftliche Erkenntnis und parteipolitische Praxis.

»Jetzt stehen zwei Programme gegen einander, die mit einander unvereinbar sind«, erklärt Kautsky im Eingang seiner kritischen Besprechung meines

Buches *Socialismus und Landwirtschaft*.<sup>1)</sup> »Jetzt heisst es, das neue Programm annehmen oder verwerfen.«

Diese Sätze sind in hohem Masse geeignet, dem Nichtleser meines Buches eine ganz falsche Vorstellung von dem Charakter desselben beizubringen. Unter *Programm* versteht man gemeinhin eine Zusammenfassung praktischer Ziele und Aufgaben. Wer die obigen Sätze liest, könnte auf den Gedanken kommen, ich wollte unserer seither befolgten agrarpolitischen Praxis eine neue entgegensetzen. Davon ist keine Rede. Im Gegenteil, die Darlegungen meines Buches geben unserer seitherigen Praxis in allen wesentlichen Punkten recht. Nicht dieser, sondern unserer agrarwissenschaftlichen Theorie gilt meine Kritik. Seit Jahren befindet sich unser agrarpolitisches Handeln in den gesetzgebenden Körperschaften in flagrantem Widerspruch mit der agrartheoretischen Lehre des orthodoxen Marxismus. Nach der letzteren ist der Bauernschutz, das heisst die Hebung der wirtschaftlichen Lage des Bauern durch Massnahmen zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft, ein reactionäres Beginnen. Unsere Politik im Reichstag und mehr noch in den Einzellandtagen umfasst aber eine ganze Reihe solcher auf positive Förderung der Bauernschaft gerichtete Bewilligungen und Anträge. Diesen Widerspruch aufzuheben, ist eine Hauptaufgabe meines Buches. Dazu bedarf es weniger eines neuen Programms, als einer neuen Theorie.

Freilich ergeben sich aus der neuen theoretischen Auffassung auch einige neue praktische Forderungen für unser parlamentarisches Vorgehen. Ich habe bereits einige Hinweise dieser Art gewagt. Von fertig ausgebauten Programmforderungen konnte aber noch in keiner Weise die Rede sein, da das vorliegende Buch nur ein erster Teil ist, der sich lediglich mit der Frage der Betriebsentwicklung beschäftigt. Die abschliessenden Gesichtspunkte für ein socialistisches Agrarprogramm ergeben sich erst von der Eigentumsfrage aus. Wenn ich zum Beispiel vom Standpunkt der Betriebsentwicklung aus schon heute erkläre, dass die Etablierung neuer kleinbäuerlicher Betriebe im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts liegt, so ist klar, dass das kein fertiger Programmpunkt sein kann, solange wir uns nicht über die dabei zu wählende Besitzform — *privates, staatliches, communales, genossenschaftliches Eigentum?* — verständigt haben. Diese ganze Seite der Sache kann aber erst im zweiten Teil meines Werkes zur Erörterung kommen.

Sonach muss ich die mir zugewiesene Ehre, ein *neues Programm* aufgestellt zu haben, vorläufig wenigstens ablehnen. Nicht um Annahme oder Verwerfung eines Programms handelt es sich *jetzt* für die Partei, sondern um die Kenntnisnahme und denkende Nachprüfung wissenschaftlicher Anschauungen über die Tatsachen und Entwicklungsvorgänge der landwirtschaftlichen Production. Erst nach Erledigung dieser Erkenntnisarbeit seitens aller derer, die sich zur Mitarbeit berufen fühlen, wird die Revidierung unseres agrarpolitischen Programms in Angriff zu nehmen sein. In letzterer Hinsicht ist weniger zu revidieren, als auf dem Gebiete der Theorie. Denn unsere Praxis war seither schon viel richtiger, als unsere Theorie.

Unter unserer Praxis verstehe ich natürlich unser Handeln auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft. Unsere *Praxis* im Rahmen einer socialistischen Zukunftsgesellschaft ist noch keine Praxis, sondern vorderhand lediglich Theorie. Ueber diese sagt mein Buch nur das eine: sie hat auszugehen von dem dereinst Gegebenen. Wenn wir bei unseren Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung der Dinge auf industriellem Gebiet und über die uns dort gestellten Aufgaben durchaus anknüpfen an das, was wir vor

<sup>1)</sup> K. Kautsky: *Socialismus und Landwirtschaft* in der *Neuen Zeit*, 1902—1903, I. Bd., pag. 677 ff., 731 ff., 745 ff., 781 ff., 804 ff.

unseren Augen werden sehen, so dürfen wir auch auf landwirtschaftlichem Gebiet nicht anders verfahren. Erweisen sich unsere seitherigen Vorstellungen über das, was hier wird, als falsch, sehen wir, dass hier die capitalistische Entwicklung nicht zur Vernichtung der Kleinen durch die Grossen, nicht zu einer Concentration der Betriebe, sondern zu anderen Betriebs- und Organisationsformen führt, so haben wir auch demgemäss unsere Vorstellungen über die uns in Zukunft gestellte Aufgabe zu corrigieren. Auch für die landwirtschaftliche Production gilt das Wort, dass der Gegenwartsstaat in den Zukunftsstaat nur hineinwachsen kann. Wer sich den Gang der Dinge anders vorstellt, ist kein wissenschaftlicher Socialist, sondern ein Utopist.

## 2. Die alte marxistische Schablone.

Kautsky verwahrt die marxistische Schule gegen den Vorwurf, sie habe die Gesetze der industriellen Entwicklung *schablonenhaft* auf die Landwirtschaft übertragen. Dass dies nicht der Fall sei, dafür führt er zwei Beispiele an:

Erstens hätten die Marxisten den Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs nicht nur auf dem directen Wege der Aufsaugung durch den Grossbetrieb gelehrt; sie hätten gelehrt, dass dieser Process sich teilweise auch auf dem Umweg *zunächst gänzliche Zersplitterung in Zwergbetriebe und dann erst Aufsaugung durch die Grossen* abspiele. Das gebe ich zu und habe ich nie bestritten. Es ändert aber an der grossen Schablone *Niederconcurrierung der Kleinen durch die Grossen infolge der überragenden productionellen Leistungsfähigkeit der letzteren in Landwirtschaft wie Industrie* garnichts.

Zweitens hätten die Marxisten, als zu Ende der siebziger Jahre die überseeische Concurrenz einsetzte, sofort die neuen agrarischen Erscheinungen studiert. »Die alte Frage, ob Grossbetrieb oder Kleinbetrieb, trat nun völlig zurück hinter der Frage: Was soll aus der europäischen Landwirtschaft überhaupt werden?« Dass ich nicht wüsste! Die alte Frage, ob Grossbetrieb oder Kleinbetrieb, blieb im vordersten Vordergrund stehen und fand die alte Beantwortung. Siehe die Einleitung zum Erfurter Programm! Und was sagte Engels noch nach dem Frankfurter Parteitag (1894)? »Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Capitalismus herrscht, klar zu machen..., die absolute Gewissheit, dass die capitalistische Grossproduction über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird, wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre«. Und wie interpretierte Kautsky selbst zu derselben Zeit seine Erläuterungsschrift zum Erfurter Programm? »Der unvermeidliche Untergang des Kleinbetriebs, das ist der rote Faden, der sich durch meine Schrift hinzieht.« Das war die Frucht seiner Studien über die Wirkung der überseeischen Concurrenz auf die heimische Landwirtschaft. Die alte Schablone!

Dass sie dann in der Discussion über das Agrarprogramm einen kleinen Riss bekam, das war wahrhaftig nicht das Verdienst unserer Orthodoxen. Sie waren eifrig bemüht, den roten Faden vom unvermeidlichen Untergang noch einmal fest durchzuspinnen, und es gelang ihnen ja dann auch in Breslau, das Agrarprogramm daran aufzuknüpfen. Erst nachdem der rote Faden diesen Henkersdienst geleistet, ging der Meister selbst hin und — schnitt ihn durch. Nein, das ist zu viel gesagt; aber er zerfaserte ihn in seiner *Agrarfrage* so, dass er hinfort zu nichts mehr zu brauchen war.

### 3. Die von Kautsky revidierte marxistische Schablone.

»In einem wichtigen Punkte mussten wir unsere Vorstellungen revidieren. Der Bauer verschwindet nicht so rasch, wie wir erwartet haben.« — So klingt es heute aus dem Munde Kautskys; und in seiner *Agrarfrage* lautet es noch energischer:

»Wir haben in der capitalistischen Productionsweise ebensowenig das Ende des landwirtschaftlichen Grossbetriebs, als das Ende des Kleinbetriebs zu erwarten... Es ist nicht daran zu denken, der kleine Grundbesitzer werde in der heutigen Gesellschaft verschwinden und völlig von dem Grossbetrieb verdrängt werden.«

Man sieht, der Wurm des *Revisionismus* treibt hier sein Unwesen mitten im Kerngehäuse des alten Dogmas. Und Kautsky selbst hat ihn da hincingelassen!

Aber die Sache ist doch nicht so schlimm, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Als *Revisionist* gehört Kautsky entschieden zu den *Gemässigten*. Fressen die Grossen die Kleinen nicht auf, so geht doch auch nicht der umgekehrte Griel in Scene.

Die landwirtschaftlichen Betriebstatistiken zeigen doch »nur unerhebliche Verschiebungen«, meint er, darum haben wir keinen Grund, »auf ein entschiedenes Vordringen der Kleinbetriebe oder gar auf eine Verdrängung des Grossbetriebs durch ihn zu rechnen.« Das ist nun zwar nicht ganz richtig, sofern für Deutschland wenigstens die Statistik über den kurzen Zeitraum von 1882 bis 1895 ein recht erhebliches Vordringen des Kleinbetriebs aufweist. Zuzugeben ist aber, dass eine Verdrängung des Grossbetriebs, das heisst eine absolute Verminderung der von ihm besetzten Fläche, nicht in Erscheinung tritt. Das ist aber auch kein Wunder angesichts der gesellschaftlichen Institutionen und wirtschaftlichen Massnahmen, die speciell zur künstlichen Erhaltung der grossen Landgüter getroffen sind. Ich habe in meinem Buche wiederholt auf diese, in keiner Weise mit der Frage der betrieblichen Leistungsfähigkeit zusammenhängenden Verhältnisse hingewiesen. Die Erhaltung und Erweiterung der alten Herrensitze durch Fideicommissrecht und hausgesetzliche Bestimmungen, die Schaffung zahlreicher Luxusgüter durch den emporkommenden industriellen und commerciellen Finanzadel und dazu eine Zoll- und Liebesgabenpolitik, die dem Grossbetrieb mit Milliarden aus den Taschen der Gesamtheit unter die Arme greift! Man denke sich doch einmal diesen Grossbetriebsschutz hinweg und frage sich dann, wie es ihm im freien, wirtschaftlichen Wettbewerb ergangen wäre. Zweifellos würden die Zahlen der Statistik dann eine viel deutlichere Sprache reden. Es ist merkwürdig, dass Kautsky bei seinen vielseitigen Interpretationen des statistischen Zahlenbildes vor dieser doch sehr naheliegenden Betrachtung consequent die Augen schliesst!

Doch er führt noch einen anderen tödtlichen Streich gegen seine eigene revidierte Vorstellung vom Nichtverschwinden des kleinbäuerlichen Betriebs. Er verschwindet nämlich doch! Zwar nicht durch *Absturz ins Proletariat*, wie wir früher glaubten, wohl aber durch einen eigentümlichen Selbstauflösungsprocess:

»Wir sehen die Bauernschaft selbst sich in zwei Teile spalten: in einen halbcapitalistischen, Lohnarbeiter ausbeutenden und einen halbproletarischen, der nicht bloss vom Ertrag seines Betriebs, sondern auch von Lohnarbeit lebt.«

Der eigentliche, typische Kleinbauer, das heisst der rein bäuerliche Selbstwirtschafter, der weder fremde Arbeitskräfte beschäftigt, noch selbst ausserhalb seines Betriebs Erwerbsarbeit aufsuchen muss, verschwindet bei diesem Spaltungsprocess vor den Augen der erstaunten Welt lautlos in die Versenkung. Halbcapitalistisch oder halbproletarisch, dazwischen bleibt nichts mehr. Als reiner Landwirt hat der Kleinbauer keinen Existenzboden mehr,

wenigstens nicht mehr als Culturmensch. Findet er weder industriellen Nebenerwerb noch Lohnarbeit beim landwirtschaftlichen Grossbetrieb, dann vegetiert er nur noch als *Barbar* inmitten der Culturmenschheit eine Weile fort.

»Wir haben die drei Formen kennen gelernt, unter denen er sich behauptet: durch industriellen Nebenerwerb, durch Lohnarbeit beim landwirtschaftlichen Grossbetrieb und, wo das eine wie das andere mangelt, wo der Kleinbauer reiner Landwirt bleibt, wo er dem Grossbetrieb nicht als Lohnarbeiter, sondern als Concurrent entgegentritt, durch Ueberarbeit und Unterconsumtion, durch die Barbarei, wie Marx sagt.«<sup>2)</sup>

»Nichts ist verkehrter, als die Ansicht, die Erhaltung des Kleinbetriebs sei eine Folge seiner Concurrenzfähigkeit dem Grossbetrieb gegenüber.«<sup>3)</sup>

Das ist die revidierte Schablone! In Bezug auf die Frage der betrieblichen Leistungsfähigkeit von Gross- und Kleinbetrieb ist sie ganz und gar die alte; in Bezug auf den unvermeidlichen Untergang des Kleinbetriebs ist sie für den typischen, rein bäuerlichen Kleinbetrieb ebenfalls die alte. — Es genügt, diesen Sachverhalt nochmals klar herauszustellen, um den Protest zu würdigen, den Kautsky namens der marxistischen Orthodoxie erhebt gegen den Vorwurf der schablonehaften Uebertragung der industriellen Lehre von der Ueberlegenheit des Grossbetriebs und der Niederconcurrierung des Kleinbetriebs auf die Landwirtschaft.

Damit stehen wir aber auch vor dem Kernpunct der Discussion. Hier stehen sich die Marx-Kautskysche Auffassung und die meinige schroff gegenüber. Gerade dem rein bäuerlichen Kleinbetrieb, der nicht zu gross ist, um dauernd fremder Arbeitskräfte zu benötigen, und nicht zu klein, um gezwungen zu sein, auf Nebenerwerb auszugehen, spreche ich eine besondere Leistungsfähigkeit und eine besondere Bedeutung für die landwirtschaftliche Entwicklung zu.

#### 4. Kautskys Zerrbild von der neuen Theorie und deren wahre Gestalt.

»David proclamiert die ausschliessliche Herrschaft des Kleinbetriebs in allen Betriebszweigen der Landwirtschaft.«

»Wenn David von der Ueberlegenheit des Kleinbetriebs über den Grossbetrieb spricht, so meint er, dass die Arbeiteranzahl, welche die Bauernfamilie liefert, für jeden Productionszweig der modernen Landwirtschaft und unter allen Umständen die rationellste Betriebsgrösse bildet. Aus diesem Grunde sei es unsere Aufgabe, dahin zu wirken, dass Betriebe, welche diese Grösse überschreiten, zerstückt werden, so dass die gesamte Landwirtschaft nur von bäuerlichen Selbstwirtschaftern betrieben wird.«

»David sagt: die ganze Landwirtschaft muss ausschliesslich von bäuerlichen Selbstwirtschaftern betrieben werden.«

»Es wäre auch noch hinzuweisen auf die Ungeheuerlichkeit des Davidschen Vorschlags, der allen Productionszweigen und allen Graden ihrer Entwicklung den gleichen Betriebstypus aufzwingen will. . . . Und das rümpft die Nase über marxistische Schablonen!«

So sieht die neue Theorie aus, betrachtet durch die Brille meines Kritikers Kautsky. In Wahrheit sagt David nirgends den ihm in obigen Sätzen unterstellten Unsinn. In der Einleitung meines Buches, dort, wo ich die in demselben zu erweisende These präcisere, heisst es vielmehr:

»Die Frage der Concurrenzfähigkeit zwischen landwirtschaftlichem Grossbetrieb und Kleinbetrieb ist in der That nicht nach einer für alle Verhältnisse passenden Schablone zu beantworten. Die Landwirtschaft ist ein Sammelbegriff. Sie umfasst zahlreiche Productionszweige in sehr verschiedenartigen Combinationen; sie kann mit sehr geringer und sehr hoher Intensität betrieben werden, die natürlichen und weltmarktlichen Verhältnisse weisen die grössten Unterschiede

<sup>2)</sup> Vergl. Karl Kautsky: *Die Agrarfrage* (Stuttgart 1899), pag. 299—300.

<sup>3)</sup> Vergl. a. a. O., pag. 163.

auf. Diese Complicirtheit der Frage schliesst eine für alle Zeiten, Orte und Umstände giltige Antwort aus.

Aber eins werden wir sehen: Der Kleinbetrieb ist überlegen in den Zweigen, für die Intensitätsstufen und unter den Produktionsverhältnissen, denen die Landwirtschaft der westeuropäischen Culturländer infolge der überseeischen Concurrenz entgegenstrebt.

Damit geraten wir allerdings in den allerschärfsten Widerspruch zu der Marx'schen Agrarprognose. Wir behaupten die entgegengesetzte Entwicklungstendenz. Die Notwendigkeit, einem gegebenen Bodenstück eine immer grössere Wertmasse abzugewinnen, das Fortschreiten zur höchsten Intensität erfordert und fördert den Uebergang zum Kleinbetrieb. Das Schifflin des bäuerlichen Selbstwirtschafers fährt nicht gegen, sondern mit dem Strom der Entwicklung.<sup>4)</sup>

Die Glieder dieser, mein ganzes Buch durchziehenden Gedankenkette, die im Schlusswort nochmals in principieller Zusammenfassung erscheint, sind also: 1. Der Kleinbetrieb ist nicht unter allen Umständen, für alle Betriebszweige der Landwirtschaft und alle Grade ihrer Entwicklung die rationellste Betriebsform. 2. Er ist dies jedoch für die intensiveren Formen der landwirtschaftlichen Production. 3. Die weltwirtschaftliche Constellation nötigt den industriellen Ländern und Gegenden in wachsendem Masse den Uebergang zu intensiveren Culturen auf. 4. Daher die Tendenz auf Kleinbetrieb. »Die der europäischen Landwirtschaft aufgenötigte fortschreitende Intensität ist es, die dem kleinen Betrieb den Wind in die Segel treibt.«<sup>5)</sup>

Danach möge der objective Leser beurteilen, wie getreu sich in den oben citierten Sätzen der Kautskyschen Kritik *Davids neue Theorie* widerspiegelt. Man muss nicht nur zahlreiche markante und durch den Druck hervorgehobene Sätze meines Buches übersehen, man muss blind sein für das ganze Gedankengefüge desselben, um ein solches Zerrbild fabricieren zu können. Nicht dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb an sich, losgelöst von allen zeitlichen und geographischen Beziehungen, gelten meine Schlussfolgerungen, sondern dem Kleinbetrieb, der als Product der modernen weltwirtschaftlichen Entwicklung die inneren Zonen des Produktionsgebietes in steigendem Masse occupiert.

Welches sind die Grundkräfte und Hauptzüge dieser weltwirtschaftlichen Gruppierungstendenz?

## 5. Der Wesensunterschied zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Production.

Die Eigenart der Betriebsgestaltung, der Concurrenzverhältnisse und der weltwirtschaftlichen Gruppierungstendenzen in der Sphäre der landwirtschaftlichen Production erkläre ich aus der Eigenart des landwirtschaftlichen Produktionsvorgangs. Ich sage in Bezug darauf:

»In der Landwirtschaft handelt es sich um die Entwicklung lebender Wesen; in der Industrie handelt es sich um die Verarbeitung toter Dinge. Hier ist es der menschliche Wille, der die zur Herstellung des Products notwendige Trennung von Substanzen durch directen Impuls, das heisst durch Benutzung nur willenlos weitergebender Instanzen vollzieht. Der Landwirt dagegen muss die trennende und combinierende Action dem selbstthätigen Wirken der lebendigen Natur überlassen. . . . Die industrielle Güter-

<sup>4)</sup> Vergl. mein Buch *Socialismus und Landwirtschaft*, I. Bd. (Berlin 1903), pag. 56.

<sup>5)</sup> Vergl. a. a. O., pag. 57.

herstellung ist ein mechanischer, die landwirtschaftliche Production ist ein organischer Process.<sup>6)</sup>

Also »das ist das grosse Gesetz, das wir Marxisten übersehen haben«, ruft Kautsky ironisch aus. Und dann beweist er, dass er dieses *Gesetz*, wie er es nennt, — immer noch nicht begriffen hat. Das beweist er durch seine gedankenlose Heranziehung des Bergbaus, der Chemie und sogar des Transportwesens in diesem Zusammenhang; und am schlagendsten beweist er es mit seiner Auseinandersetzung über die *gleichen fundamentalen Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft*, nämlich zwischen Ackerbau und Viehzucht, worüber er sich wie folgt auslässt:

»Die Feldarbeit beim Körnerbau ist auch eine mechanische, wie in der Industrie. Es ist die mechanische Einleitung und Abschliessung eines organischen Processes. Ganz anders in der Viehzucht. Hier handelt es sich zunächst um ein anderes Object, wie beim Ackerbau, . . . um einzelne, mit kräftigem Willen und kräftiger Eigenbewegung begabte Individuen. Es handelt sich aber hier auch nicht um bloss mechanische Einleitung und Beendigung eines organischen Processes, sondern um Arbeiten an und mit dem Organismus selbst.«

Kautsky meint also offenbar, der Wesensunterschied, auf den es ankomme, sei im Charakter der Arbeit zu suchen, ob *mechanische Arbeit*, oder ob *Arbeiten an und mit dem Organismus selbst*. Erstere stelle den Ackerbau an die Seite der Industrie, letztere weise der Viehzucht ihre principielle Sonderstellung an gegenüber den beiden erstgenannten Productionszweigen. Wie, wenn ich nun behauptete, auch die Arbeit am Tier und mehr noch die für das Tier sei zum allergrössten Teil *mechanische Arbeit*! Dann wäre auch dieser Kautskysche *fundamentale Unterschied* zum Teufel.

Nicht die Natur der menschlichen Arbeit, sondern die Natur des Productionsvorganges, der im Mittelpunkt der menschlichen Arbeit steht, bestimmt den Wesensunterschied zwischen mechanischer und organischer Production, um den es sich für uns handelt. »Der organische Process, der im Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Gütergewinnung steht, macht das spezifische Wesen derselben aus.« Ist das so schwer zu begreifen?

Und wenn mein Kritiker es nach den in § 2 meines Buches gegebenen Definitionen noch nicht verstanden hatte, musste ihm da nicht bei der Lectüre des nachfolgenden Paragraphen ein Licht aufgehen, wo ich die wichtigsten Verschiedenheiten zwischen mechanischer und organischer Production aus dem Wesensunterschied des Productionsganges ableite?

Nicht, weil die menschliche Arbeit in der Landwirtschaft keine *mechanische* wäre, sondern, weil diese Arbeit in ihrem Einsetzen, in ihrem Fortgang, in ihrer Vollendung, abhängig ist von den Bedürfnissen eines organischen Processes, dessen Lebensphasen von den Gesetzen seiner inneren und den Bedingungen der äusseren Natur bestimmt sind, — darum entbehrt die der organischen Production dienende Arbeit des kontinuierlichen Flusses; darum lässt sich das zeitliche Nacheinander der Stufenprocesses nicht in ein räumliches Nebeneinander verwandeln; darum der stete Wechsel des Arbeitsortes und der Arbeitsart und die relative Weite des Werkfelds. Daher lässt sich auch das Productionstempo nicht wesentlich beschleunigen. Daher ferner die innere Verketzung des pflanzlichen und tierischen Productionsembles mit Einbeziehung des Menschen selbst zu einem *biologischen Kosmos*.

Und daher schliesslich leitet sich das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag her, welches besagt: bei dem jeweils gegebenen Stand der Wissenschaft und Technik gibt es für jede Culturart eine gewisse Stufe der Intensität, über die hinaus ein weiterer Productionsaufwand keinen den früheren

<sup>6)</sup> Vergl. a. a. O., pag. 70.

Aufwendungen entsprechenden Mehrertrag einbringt. — Ein Gesetz, welches von bestimmender Bedeutung ist für die landwirtschaftlichen Concurrenzverhältnisse innerhalb eines Landes und mehr noch für die internationalen Concurrenzverhältnisse zwischen den einzelnen Productionsgebieten. Ein Gesetz, das in der gewaltigen Expansion der weltwirtschaftlichen Anbaufläche deutlich genug zum Ausdruck kommt.

Das alles war für Kautsky in den Wind geredet. Statt dessen *widerlegt* er mich seelenvergnügt mit dem Hinweis, »dass es keinen Arbeitszweig gibt, der in fundamentalerem Gegensatz zur mechanischen Industrie stände, als die Krankenpflege«, die aber trotzdem dem capitalistischen Grossbetrieb verfallen sei. — Ach ja, was könnte man nicht alles über diese und andere *Arbeitszweige* für interessante Betrachtungen anstellen. So zum Beispiel, dass bei der Krankenpflege das Arbeitsobject selbst die Controle über die an ihm verübte Arbeit übernimmt, und dass auch im Schulwesen und im Militarismus und in der Circusreiterei der Grossbetrieb herrscht, und dass diese und viele andere *Arbeitszweige* überhaupt keine *Productionszweige* sind, obgleich mancherlei *Productionen* darin vollführt werden.

## 6. Kautskys Tabak-, Spargel- und Blumenmärchen und die weltwirtschaftliche Formation der Landwirtschaft.

»Die Menschen leben nicht bloss von Tabak, Spargeln und Blumen. Sie verlangen auch Brot und Fleisch.« — Ja, dem ist wirklich so. Da hat Kautsky einmal eine grosse Wahrheit ausgesprochen. Schade, dass der Zweck, den er damit verfolgt, auf Unwahrheit abzielt. Er will nämlich seine Leser glauben machen, dass ich das allgemeine Heil der heimischen Landwirtschaft im Tabak-, Spargel- und Blumenbau sähe. Zum Beweis dient ihm folgendes Citat:

»Stagnation des landwirtschaftlichen Bodens ist bei freier Teilbarkeit ausgeschlossen; je kleiner der Besitz wird, desto höher muss der Ertrag aus der verkleinerten Fläche werden . . . Geht der Ertrag von Tabak oder gelben Rüben zurück, beziehungsweise wird er weniger rentabel, so muss eine andere, noch hochwertigere Pflanze, vielleicht Zwiebel oder Spargel, Gemüse oder auch Blumenzucht an die Stelle treten.«<sup>7)</sup>

Dieses Citat stammt erstens gar nicht von mir, und zweitens hat es in dem Zusammenhang, in dem es steht, eine ganz andere Bedeutung, als Kautsky ihm beimisst. Es ist herausgerissen aus einer längeren Stelle des Buches von *Moriz Hecht* über die drei badischen Harddörfer Hagsfeld, Blankenloch und Friedrichsthal. Diese habe ich abgedruckt als gutes Beispiel dafür, dass das Minimalareal für den reinbäuerlichen Kleinbetrieb unter Umständen auf 1 bis 2 Hektar herabsinken kann, ohne dass Proletarisierung eintritt. Nämlich dort und dann, wo die entsprechenden klimatischen und marktlichen Verhältnisse dafür gegeben sind. Und an anderer Stelle, wo ich über den Zusammenhang von Intensitätsgrad und Betriebsumfang spreche, weise ich nochmals auf das Citat aus Hecht zurück, als guten Beleg auch dafür, dass die Verkleinerung des Areal infolge ausserbetrieblicher Gründe einen Stachel mit bildet zur Steigerung der Intensität, »sobald die allgemeine Entwicklung genügende Nachfrage nach den Producten der intensiveren Cultur schafft.«<sup>8)</sup>

Ich stelle also die Entwicklung der Nachfrage als erste Bedingung, als notwendige Voraussetzung für den Uebergang landwirtschaftlicher Betriebe zu den genannten Culturen hin. Wie geistvoll ist da die Frage meines Kritikers, warum sich denn nicht alle Grundeigentümer auf Culturen mit grösstem

7) Vergl. a. a. O., pag. 514—515.

8) Vergl. a. a. O., pag. 655.

Arbeitsfassungsvermögen werfen! Und wie noch geistvoller ist die Antwort, mit der er meiner Unwissenheit zu Hilfe kommt: »Man kann nicht producieren, was man will, sondern nur Dinge, nach denen eine Nachfrage besteht.«!

Das kann man allerdings nicht, und die Menschen leben in der Tat nicht bloss von Tabak, Spargeln und Blumen, und sie verlangen ganz entschieden auch Brot und Fleisch, und weil dem so ist, so stelle ich die Frage der Brot- und Fleischversorgung in den Mittelpunkt meiner eingehenden Betrachtungen über die weltwirtschaftliche Formation der organischen Production, der ich einen besonderen Abschnitt (§ 68) widme.

Ich weise dort darauf hin, dass die moderne Entwicklung in den Industriestaaten einen wachsenden Markt für landwirtschaftliche Qualitätsproducte erzeugt, Producte, die in ihrer Herstellung, Verarbeitung und Transport viele und qualifizierte Arbeit resorbieren, deren Production infolgedessen die marktnahen Standorte zu occupieren bestrebt ist. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Deckung des Massenbedarfs an den Nahrungs- und Rohstoffen, die in extensiver Cultur gewonnen werden und relativ leicht transportabel oder conservierbar sind, anderweitig gesichert ist. Der vollständigen Deckung des Bedarfs an Nahrungs- und Rohstoffen auf dem heimischen Boden steht das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag im Wege. Sie würde eine übernormale Intensitätssteigerung erfordern, die Productmehrung müsste mit einer Productivitätsminderung erkauft werden. Daher die Heranziehung neuer ferner Anbaugelände zur Deckung der wachsenden Nachfrage der Industrieländer nach den Nahrungs- und Rohstoffen mit geringem Arbeitsfassungsvermögen in Production und Transport, zu denen in erster Linie Brot- und Futterkörner, ferner Häute, Wolle, Fette und sonstige conservierbare Producte der extensiven hallwilden Weidewirtschaft gehören. Daher ist die gewaltige Expansion der weltwirtschaftlichen Anbaufläche eine ebenso charakteristische wie notwendige Erscheinung der modernen Entwicklung.<sup>9)</sup>

Nachdem ich auf den Seiten 667 bis 669 der Erweiterung des Körnerbauareals eine zahlenmäßige Betrachtung gewidmet habe, erörtere ich auf den folgenden Seiten die Frage der Versorgung mit Producten der intensiveren Viehzucht. Das Resultat ist, dass ich der heimischen Landwirtschaft die Fähigkeit zuspreche, den gesamten *physiologischen* Bedarf an Qualitätsproducten der Viehzucht zu decken. Beides, die volle Deckung des Körner- und des Fleischbedarfs kann die heimische Landwirtschaft ohne Productivitätsminderung nicht leisten. »Sie hat daher zwischen dem einen oder anderen zu wählen. Oder vielmehr sie hat nicht zu wählen, sie ist gezwungen, sich der Production von Nutztieren, Frischfleisch und Milch als der Hauptaufgabe zuzuwenden und die Körnerproduction diesem Zweck unterzuordnen.«

Warum hat die heimische Landwirtschaft die Fleischproduction und nicht die Körnerproduction als Hauptaufgabe zu wählen? Meine Antwort lautet:

»Die Verdoppelung und beliebige weitere Steigerung der Fleischproduction kann die heimische Landwirtschaft leisten, ohne dass mit der forcierten Mehrung der Productmasse eine Minderung der Productivität verbunden sein müsste. Sie kann dies, weil die Grösse des Viehstandes nicht an die Grösse der heimischen Fläche gebunden ist. Die Vermehrung, Aufzucht und Wartung des heimischen Viehstandes findet keine Grenze an der Puttermasse, die auf heimischem Boden ohne Productivi-

<sup>9)</sup> Interessante Berechnungen darüber gibt W. Somhart in seinem Buch *Die deutsche Volkswirtschaft im XIX. Jahrhundert* (Berlin 1903). Er kommt zu dem Schluss: »Man wird nicht übertreiben, wenn man sagt, dass die deutsche Volkswirtschaft heute schon auf einer zwei- bis dreimal so grossen Bodenfläche ruht, als sie das deutsche Reich mit seinen Grenzen umspannt.« (a. a. O., pag. 444.)

tätsminderung erzeugt werden kann. Einfach deshalb nicht, weil ein beliebig grosser Teil des Futters von ausländischen Productionsgebieten herbeigeschafft werden kann. Ganz kann die heimische Viehzucht freilich des heimischen Bodens als Produktionsmittel nicht entbehren. Eine rationelle Viehhaltung, insbesondere eine Viehaufzucht, die Qualitätsproducte ergeben soll, verlangt Frischfutter und in gewissem Masse Weidegang. Aber unter Voraussetzung genügender Einfuhr von Futterkorn und sonstiger in haltbaren Zustand gebrachter Futtermittel reicht der heimische Boden aus, einen Viehstand zu erhalten, der das Zehnfache und mehr vom heutigen ausmacht.

Im Anschluss daran weise ich zahlenmässig nach, dass sich unsere Landwirtschaft bereits ganz energisch in dieser Richtung bewegt, wobei die Kleinbetriebe an der Spitze marschieren, allen voran die dänische Bauernschaft!<sup>10)</sup>

So sieht es mit dem mir angedichteten Tabak-, Spargel- und Blumenmärchen aus! Es ist eine Ausgeburt der Fabulierkunst meines Kritikers. Dass ich auch die entwickelte Viehzucht zu den intensiven Culturen rechne und die Combination tierischer mit pflanzlichen Lebensprocessen als *ein sehr wichtiges Mittel, das Arbeitsfassungsvermögen eines gegebenen Bodenstücks zu vervielfachen*, bezeichne, geniert Kautsky nicht. Dass ich im Uebergang zur Production animalischer Qualitätsproducte sogar die Hauptaufgabe und die stärkste Entwicklungstendenz der heimischen Bauernwirtschaft sehe, verschweigt er einfach. Statt dessen beweist er mir mit statistischen Zahlen, dass die überseeische Concurrenz eine starke Tendenz zur Verstärkung der — Viehhaltung hervorgebracht hat. Er widerlegt seine Märchen über mein Buch mit meinem Buch selbst. Mehr kann man eigentlich nicht verlangen.

Was im übrigen seinen Beweis aus der Anbaustatistik betrifft, dass die Gesamtheit der Spatencultur in Deutschland *abnehmend*, so ist er keinen Schuss Pulver wert. Einmal wegen der bekannten Unzulänglichkeit des anbaustatistischen Schemas, und zweitens von wegen der Unbrauchbarkeit des Begriffs *Spatencultur*.

### 7. Aber die Gärtnerei!

Das ist ein Keulenschlag! Ist die Gärtnerei nicht auch ein Zweig der organischen Production, und zwar intensivster Art? Und zeigt sie nicht trotzdem

<sup>10)</sup> Warum der Grossbetrieb darin hinter dem Kleinbetrieb zurückbleibt, habe ich in meinem Buche eingehend erörtert. Wer mir nicht glaubt, der lese, was Professor A. Backhaus in seinem kürzlich erschienenen Buch *Das Versuchsgut Quednau* (Berlin 1903) über die Schwierigkeiten schreibt, mit denen er unausgesetzt bei der Entfaltung der Viehwirtschaft zu kämpfen hat. Selbst mit dem raffinierten patriarchalischen Zwischenmeistersystem — das, nebenbei bemerkt, eine der allgemeinen Einrichtungen dieses modernen *Mustergutes* ist — konnte er ihrer nicht völlig Herr werden. Mit den auf Geldlohn gestellten Ober- und Unterschweizern war aber die Sache garnicht vorwärts zu bringen. Auch sonst ist dieses Buch hochinteressant, da gerade Backhaus' Bestreben, der modernen Technik die weiteste Anwendung zu geben, am schärfsten die ihr in der organischen Production gezogenen Schranken heraustreten lässt. Bezeichnend ist auch, dass das in nächster Nähe eines grossstädtischen Marktes gelegene Gut, trotz aller Wissenschaft und Technik, trotz seiner fachmännisch idealen Leitung und trotz der unerhörtesten Arbeiterausbeutung nur eine sehr mässige Rente erzielt, die ohne die Nothilfe der Agrarzölle und Grenzsperrern sich als ein Deficit darstellen würde. Gezwungen, mit den dänischen Bauern auf zollfreiem Markt zu concurriren, würde Quednau bis jetzt glänzend Fiasco gemacht haben. — Eine andere neuerdings erschienene Arbeit ist die Schrift Dr. W. Rubows *Die hinterpommersche Landgemeinde Schwessin* (Berlin 1903). Die Schwessiner sind Kleinbauern, die mit dem Eintreten der amerikanischen Körnerconcurrnz zur Viehhaltung als Hauptzweig übergingen und dabei ihre wirtschaftliche Lage zusehends verbesserten. Die Schrift sei, wie das vorgenannte Buch, allen *Romantikern des Grossbetriebs* zu eifrigstem Studium empfohlen.

eine bedeutende Zunahme der Grossbetriebe? Gibt es nicht sogar bereits gärtnerische Riesenbetriebe mit mehr als 200 beschäftigten Personen?

Die Zahlen speciell für die *Handels- und Kunstgärtnerei* zeigen in der Tat eine procentual stärkere Zunahme der grossen Betriebe, als der kleinen. Nicht, als ob die Grossbetriebe die Kleinbetriebe zum Verschwinden brächten. Davon ist keine Rede. Die letzteren haben ebenfalls stark zugenommen, die ganz kleinen Alleinbetriebe sowohl wie die Betriebe mit 1 bis 3 Gehilfen. Aber die grösseren Betriebe wachsen neben ihnen rasch heraus.

Wären der organische Charakter des Productionprocesses und das Versagen der Maschine die beiden Factoren, aus denen der landwirtschaftliche Kleinbetrieb seine Lebensfähigkeit zieht, so meint Kautsky, dann dürfte auch in der Gärtnerei kein entschiedener Fortschritt des Grossbetriebs bemerkbar sein.

Hier liegt zunächst schon ein Trugschluss vor. Auch der gärtnerische Kleinbetrieb ist ja lebensfähig, wie die Zahlen deutlich genug zeigen. Ist es nicht denkbar, dass diese Lebensfähigkeit auf seiner productiven Concurrenzfähigkeit beruht für diejenigen gärtnerischen Zweige, in denen die Consequenzen des organischen Charakters des Productionsvorgangs voll zur Geltung kommen? Und ist es nicht denkbar, dass die nebenhergehende Entwicklung von gärtnerischen Grossbetrieben gerade auf dem Umstand beruht, dass es Formen der Kunst- und Handelsgärtnerei gibt, wo die wirtschaftlich wichtigsten Consequenzen des organischen Productionseharakters ausgemerzt sind? — So ist es in der Tat.

Das gärtnerische Gebiet, auf dem der Grossbetrieb als Producent dominiert, ist die Cultur exotischer Gewächse in Warmhauseanlagen. Hier wird die Abhängigkeit des organischen Processes von den äusseren Naturbedingungen fast gänzlich aufgehoben. Der Productionprocess läuft das ganze Jahr hindurch, da Wärme und Feuchtigkeit künstlich verabfolgt werden. Die Function des Bodens als Standort ist von der als Brutapparat und Rohmaterial getrennt; die Productionsstätte ist zusammengedrängt auf engsten Raum. Das Warmhaus ist eine Combination künstlicher Brut- und Pflegeapparate, in gewissem Sinne eine *Pflanzenfabrik*, in der auch mit Leichtigkeit die schärfste Controlle über die darin geleistete Lohnarbeit bewerkstelligt werden kann. Diese *Fabrik* arbeitet viel kostspieliger, als die freie Natur, und müsste die Segel streichen, sollte sie mit dieser concurriren. Aber sie concurrirt eben nicht mit ihr, sie producirt ihre Gewächse dann und dort, wo die äussere Natur versagt. Sie producirt Gewächse der heissen Zone im rauhen Norden oder Gewächse des nordischen Sommers im Winter. Es zeugt wahrhaftig nicht von besonderem Scharfsinn, wenn man unter Nichtachtung dieser tiefgreifenden productiven Besonderheiten die grosscapitalistische Warmhauscultur von Palmen, Cacteen und Winterrosen ohne weiteres in Parallele stellt zur Landwirtschaft unter freiem Himmel.

Aber die Gärtnerei unter freiem Himmel? — Diese ist's eben, in der der Kleingärtner als Producent durchaus leistungsfähig ist. Dass trotzdem auch die Freigärtnerei grosscapitalistische Betriebe aufweist, hat wiederum einen leicht erkennbaren Grund. In meinem Buche heisst es darüber:

„In die Kategorie der züchterischen Specialbetriebe gehören auch die grossen Kunst- und Handelsgärtnereien, die die Masse der für den individuellen Consum producirenden Gemüse- und Obstbauern, Gärtner und Gartenliebhaber mit veredelten Sämereien, Knollen und Pflänzlingen versorgen. Der Vertrieb dieser auf einen sehr weit zerstreuten Abnehmerkreis angewiesenen Producte erfordert eine capitalkräftige, auf Reclame und Fernversand eingerichtete kaufmännische Direction. Es ist diese distributive Function, die der kleine Producent nicht zu leisten vermag, solange er nicht genossenschaftlich organisiert ist. Für die productive Leistungsfähigkeit des Kleinbetriebs im gärtnerischen Gemüse- und Blumen-

bau zeugt der Umstand, dass die grossen Samengärtnereien und Versandgeschäfte einen mehr oder minder grossen Teil ihrer Waren von kleinen Producenten beziehen.«<sup>11)</sup>

Ueber diese Fingerzeige geht mein Kritiker ebenso stillschweigend hinweg, wie über den an derselben Stelle befindlichen Hinweis auf die Eigenart der Warmhauscultur. Statt dessen gibt er folgenden tiefsinnigen Erklärungsgrund für die *centralisierenden Tendenzen* in der Gärtnerei zum besten:

»Was ist es . . . was die Gärtnerei von der übrigen Landwirtschaft unterscheidet? Die Tatsache, dass in jener nicht mehr, wie in dieser, der Betrieb eng verbunden mit dem Haushalt ist. Dagegen kennzeichnet diese mittelalterliche Produktionsform — Vereinigung von Haushalt, Familie und Betrieb — die bäuerliche Wirtschaft, und daraus zieht sie vor allem ihre Zähigkeit und ihre Widerstandskraft. Der Bauer produciert einen grossen Teil seiner Consummittel selbst, ja selbst einen grossen Teil seiner Produktionsmittel — Samen, Vieh, Dünger u. s. w. Er ist vom Markt weniger abhängig, als irgend ein anderer Producent der heutigen Gesellschaft.«

Darum erhält sich also in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb, und darum fiel die Gärtnerei, sobald einmal durch das Anwachsen der Städte ein grosser Markt für den Blumenconsum geschaffen war, die Blumenproduction also zur Massenproduction wurde. . . . naturnotwendig dem Capital und allen seinen centralisierenden Tendenzen . . . .«

Es entspricht den *mittelalterlichen* Anschauungen Kautskys über den modernen kleinbäuerlichen Betrieb, dass derselbe noch gewissermassen in der Naturalwirtschaft steckt und am Markt wenig beteiligt sei. Hätte er die von ihm wiederholt erwähnte Untersuchung Dr. Laur's über die Betriebseinrichtungen und die Rentabilität schweizerischer Bauernbetriebe, auf welche wir noch an anderer Stelle werden einzugehen haben, mit Aufmerksamkeit gelesen, so würde er gefunden haben, dass, wie der Capitalsaufwand, so auch der Barverkehr im Kleinbetrieb viel stärker ist, als im Grossbetrieb. Der *Barverkehr der Gutsbetriebe* stellte sich wie folgt:

Betriebsgrösse	Zahl der untersuchten Betriebe	Auf 1 Hektar Culturfläche entfallen	
		Betriebs-einnahmen	Betriebs-ausgaben
Kleinbauernbetriebe . . . (3,1 bis 5 Hektar)	11	527,00	293,60
Kleine Mittelbauernbetriebe (5,1 bis 10 Hektar)	37	488,10	276,70
Mittelbauernbetriebe . . . (10,1 bis 15 Hektar)	34	448,90	237,10
Grosse Mittelbauernbetriebe (15,1 bis 30 Hektar)	23	398,20	257,80
Grossbauernbetriebe . . . (30,1 bis 70 Hektar)	4	323,90	137,00

» Je kleiner der Gutsbetrieb ist, um so grösser ist, sowohl im Einnehmen wie im Ausgeben, der Barverkehr auf den Hektar berechnet.« fügt Dr. Laur in Sperrdruck bei.

Sind nun schon vielzüchterische Kleinbauern, um die es sich in der erwähnten schweizerischen Untersuchung handelt, in hohem Masse moderne Warenproducenten, so gilt dies in noch viel höherem Masse für die kleinen Gartfeldbauern (Feldgärtner), die den Massenbedarf der Grossstädte in Feingemüse, Tafelobst und zum guten Teil auch in frischen

<sup>11)</sup> Vergl. a. a. O., pag. 152, Note.

Blumen decken. Sie haben einen Capitalverkehr pro Hektar, der das Zehnfache der landwirtschaftlichen Grossbetriebe erreicht, und da, wie Kautsky sehr treffend bemerkt, »selbst der genügsamste Landmann nicht von Blumen leben kann, ja sogar auch Spargel, Salat und Stachelbeeren seiner wenig *ätherischen* Natur nicht genügen, so muss er den Hauptbedarf an Nahrungsmitteln bar einkaufen. Er ist darum vom Markte nicht weniger, sondern mindestens ebenso abhängig, wie irgend ein anderer Producent. Und diese kleinen Gemüse-, Obst- und Blumen-gärtner gedeihen gerade in der Nähe der capitalistischen Marktcentren am besten! Damit schlagen sie dem sehr scharfsinnigen Erklärungsgrund Kautskys, warum die Gärtnerei dem Grossbetrieb verfallen ist, direct ins Gesicht. Sie beweisen durch ihre Existenz und Entwicklung erstens, dass der behauptete allgemeine Heimfall der Gärtnerei an den Grossbetrieb eine Täuschung ist, und zweitens, dass, soweit der gärtnerische Grossbetrieb floriert, dem ganz andere Ursachen zu Grunde liegen.<sup>12)</sup>

Doch, genug für diesmal! Eine Reihe wichtiger Punkte harren noch der Beleuchtung. Das erfordert einen weiteren Artikel.

---

<sup>12)</sup> Mein ganzes Buch ist ein einziger Beweis für die Tatsache, dass in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb von der Ausnutzung der technischen und wirtschaftlichen Fortschritte nicht ausgeschlossen ist. In umfangreichen Specialcapiteln zeige ich, wie der moderne Kleinbauer die meisten und wichtigsten Maschinen benutzen kann, wie er seinen Boden melioriert, verbessertes Saatgut, künstlichen Dünger, Kraftfuttermittel verwendet, wie er seinen Viehstand vergrössert und verbessert, kurz, wie er neben der Arbeitsintensität auch die Capitalintensität seines Betriebes fortgesetzt steigert. Und nun kommt Ludwig Quessel und widerlegt mich, indem er nachweist, dass der americanische Farmer, »auch wenn er keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt, nicht ein *Bauer*, sondern ein kleincapitalistischer Unternehmer ist«! (vergl. seinen Artikel *Landwirtschaft und Industrie* in der *Neuen Zeit*, 1902—1903, II. Bd., Nr. 42, pag. 487). Sollte man so etwas für möglich halten? Also nicht Kautsky, sondern ich bin es, der lehrt, der *Bauer* sei ausser stande, sich der Productionsmittel zu bemächtigen, die die moderne Industrie und Wissenschaft der landwirtschaftlichen Production zur Verfügung stellen! Ja, dann trifft freilich die Quesselsche Widerlegung mich und nicht Kautsky. Aber nur dann!

Nach dieser Leistung wird man sich nicht darüber wundern, dass es Quessel auch gelingt, in der landwirtschaftlichen Entwicklung Americas die Bestätigung der Marx'schen Lehre von der Expropriation der Bauern durch das Grosscapital zu finden. Allerdings verfolgte das americanische Capital dabei nicht »die gerade, aber mit Hindernissen ökonomischer und politischer Art reichlich gepflasterte Strasse der unmittelbaren Bauern-expropriation«. Listig, wie es ist, kam es dem arglosen Bauer auf einem *Umweg* bei. Es baute nämlich landwirtschaftliche Maschinen und stellte sie dem Bauer zur Verfügung, »nicht als Feind, sondern unter der Maske des stärkeren Freundes, der die bäuerliche Landwirtschaft ja nur von schwerer Arbeitslast befreien wollte«. Auf diese Weise nahm es ihm heimtückisch neun Zehntel seiner Arbeit ab, das heisst es *verschob* sie in die Maschinenbauindustrie. »Indem die grosse Industrie den americanischen Landwirt mit einem vielseitigen System von Maschinen versorgte, verlegte das Capital den Schwerpunkt der zur Erzeugung der agricolen Production notwendigen Arbeit aus der Landwirtschaft in die Industrie, zog es neun Zehntel dieser Arbeit an sich, verwandelte es den Bauer in einen Kleincapitalisten, für den fortan das Streben nach dem grösstmöglichen Profit zum Polarstern seines Lebens wurde. Damit aber war die bäuerliche Landwirtschaft still und schmerzlos überwunden . . .« — Also kurz heraus gesagt: Das americanische Grosscapital exproprierte die kleinen Landwirte, indem es sie zu kleinen Capitalisten machte. Es sind doch schlaue Hunde, diese Americaner! Und dabei human! Denn diese *Bauernexpropriation* ist in der Tat völlig schmerzlos. Nur scheint mir, Karl Marx hat es nicht ganz so gemeint, wie Ludwig Quessel. Wenn ich nicht irre, sollte der Bauer doch ins Proletariat, und nicht in den Kleincapitalismus, abstürzen. Jedoch, mir soll's recht sein.

---

# Socialdemokratie, Politik und Wissenschaft.

Von

Johannes Timm.

(München.)

Der bedeutsame Ausfall der Reichstagswahl für die Socialdemokratie hat sowohl in den Reihen unserer Gegner, als auch in den eigenen Reihen Veranlassung zu lebhaften Erörterungen gegeben. Das gewaltige Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen hat bei den Gegnern eine Bestürzung hervorgerufen, wie sie ähnlich bei früheren Wahlen nicht in Erscheinung getreten ist. Conservative und Liberale, weit nach links, greifen in ihrer Ratlosigkeit wieder zu dem *Rüstzeug der Barbaren*: sie wollen die aufstrebende Culturbewegung des classenbewussten Proletariats, der Intelligenz und der Idealisten aus bürgerlichen Kreisen, die sich dem aus geistigem Druck und geistiger Knechtschaft befreienden Socialismus angeschlossen haben, mit den alten Polizeimitteln der Wahlentrechtung und der Ausnahmegesetzgebung in jeder Form niedergehalten wissen. Es wäre müßig, Betrachtungen darüber anstellen zu wollen, welches Ergebnis ein derartiger Kampf vormärzlicher Barbarei gegen die fortschreitende Civilisation haben könnte. Einstweilen mögen sich die ungestümen *Scharfmacher* damit trösten, dass ein Culturvolk sich seine Rechte nicht schmälern lassen wird. Wenn die Mühlen der Socialdemokratie den Reactionären aller Schattierungen noch zu langsam mahlen, so zeigt gerade der Wahlausfall im Königreich Sachsen, wie diese Tätigkeit beschleunigt werden kann. Die Socialdemokratie kann mit Ruhe abwarten, ob und in welcher Form die Angstepolitik des *Scharfmachertums* sich zu concreten *Vernichtungsvorschlägen* verdichtet.

Auch sonst bieten die Wahlbetrachtungen unserer Gegner wenig Stoff zur Discussion. Soweit der Versuch unternommen wird, den Aufschwung der socialdemokratischen Bewegung objectiv zu würdigen, schießt er in der Ergründung der Ursachen meistens an dem Ziel vorbei. Und die *geistigen* Mittel, die zur Eindämmung des Socialismus empfohlen werden, sind alte Bekannte in neuer Auflage.

Wichtiger sind für uns die Wahlbetrachtungen aus den eigenen Reihen. Und wie bei der Frische, die unserer Bewegung eigen ist, nicht anders zu erwarten war, sprudelt ein reicher Quell von Wünschen und Vorschlägen für die Gegenwarts- und Zukunftspolitik der in den neuen Reichstag einziehenden zweitstärksten Fraction.

Genosse Eduard Bernstein folgerte aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen, dass diesmal die socialdemokratische Fraction mit aller Entschiedenheit darauf zu bestehen habe, dass ihr im Präsidium des Reichstages diejenige Vertretung eingeräumt werde, die ihrer Fractionsstärke entspricht. Der Bernsteinsche Vorschlag ist kein neuer. Die socialdemokratische Fraction hat bereits im vorigen Reichstage mit aller Entschiedenheit eine Vertretung im Reichstagspräsidium gefordert. Diese Vertretung wurde damals abgelehnt, weil die Fraction die *Repräsentationsbräuche* der Reichstagspräsidenten, die Besuche beim Reichstagsoberhaupt, nicht mitmachen wollte. Bernstein wünscht nun, dass die Socialdemokratie im neuen Reichstag den Gegnern keinen Grund geben solle, durch Ablehnung der herkömmlichen Besuche bei Hof neuerdings die Vertretung der Socialdemokratie im Präsidium abzulehnen. Das ist das Neue an dem Vorschlage Bernsteins, der zu lebhaften Erörterungen in der Parteipresse Veranlassung gegeben hat. Wenn Franz Mehring darüber in der *Neuen Zeit* schreibt, dass es die drei Millionen Wähler, die eben mit gewaltiger Kraftanstrengung einen ungestümen Protest gegen das herrschende System erlassen haben, als einen Schlag ins Gesicht empfinden würden, wenn ihre Erwählten damit begännen, den officiellsten Träger dieses Systems mit höfischer Rückenkrümmung zu begrüssen, so ist diese Art der Kritik zum mindesten übertrieben. Es handelt sich nämlich gar nicht um eine *höfische Rückenkrümmung*. Dergleichen hat Bernstein weder vorgeschlagen, noch will er es. Und schliesslich könnte man ja von unseren 81 Abgeordneten denjenigen herausuchen, dessen Rücken noch keine *Krümmungsneigungen*

aufweist. Bernstein will durch eine Vertretung der Socialdemokratie eine auch nach aussen in die Erscheinung tretende politische Stärkung der socialdemokratischen Fraction im neuen Reichstag. Dafür nimmt er, wenn es nicht anders sein kann, die *Repräsentationspflichten* des Reichstagspräsidiums als eine rein formelle Sache mit in den Kauf.

Wenn nun gesagt wird, die drei Millionen Wähler würden die Ausübung dieser Art *Repräsentationspflichten* als einen Schlag ins Gesicht empfinden, so wird die politische Intelligenz der socialdemokratischen Wählermassen denn doch unterschätzt. Welche Wandlung hat nicht die fortgesetzte praktische politische und wirtschaftliche Betätigung der Arbeitermassen in der Beurteilung taktischer Fragen hervorgebracht! Wer hat nicht die Zeiten noch miterlebt, als in den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiter der *Kampf bis aufs Messer* bei Strikes geführt wurde! Kein Nachgeben! Entweder siegen oder ehrenvoll unterliegen! Keine Verhandlung mit dem Unternehmer, keine Berührung mit dem Bourgeois! Das war die alte Parole und die alte Taktik. Man ist mittlerweile davon abgekommen. Die stetig wachsende Verantwortlichkeit der Gewerkschaftsführer hat zu einer anderen Praxis gezwungen. Man verhandelt mit den Unternehmern, benutzt die staatlichen Einrichtungen der Einigungsämter und — o Graus! — sucht in den Ministerien Verständnis für Arbeiterforderungen zu erwecken. Nicht zur Uebung von *Rückenkrümmungen*, sondern um die Sache der Arbeiter zu fordern. Es ist freilich für jeden, der später ein Stück grösserer Verantwortung zu tragen bekommt, misslich, wenn er dann auseinanderzusetzen hat, weshalb das Frühere verkehrt und nicht mehr aufrechtzuerhalten und weshalb die neue Taktik richtig ist. Wenn der davon Betroffene sich sagen lassen muss: die Verhältnisse haben sich gegen früher nicht geändert, nur deine Anschauung hat gewechselt, du hättest schon ebensogut früher nüchterner und sachlicher überlegen und prüfen können, so trifft dieser Vorwurf meistens das Richtige.

Was hier von den gewerkschaftlichen Fragen und der gewerkschaftlichen Taktik kurz angedeutet ist, gilt auch für die praktischen Fragen der politischen Betätigung der Arbeiterklasse. Auch hier hat man schon öfter umsatteln müssen, nicht weil die Verhältnisse sich anders gestalteten, sondern weil später die Beurteilung derselben Verhältnisse durch dieselben Personen eine andere wurde. Nehmen wir nur als Beispiel die Beteiligung der Socialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen. Bernstein war es, der 1893 in der *Neuen Zeit* seinen Vorschlag zur Beteiligung der Socialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen der öffentlichen Discussion unterbreitete; er hielt die Wahlenthaltung für die denkbar schwächste, die impotenteste Form des Protestes und glaubte, dass eine ihrer Ziele bewusste, kampferfahrene Partei es eventuell ruhig auf einen Compromiss ankommen lassen könne, wenn es gelte, praktische Erfolge zu erringen. Wir alle, die wir uns in den wunderbaren Glauben hineingewiegt hatten, dass das *elendeste und widersinnigste aller Wahlsysteme* eines guten Tages in sich selbst zusammenbrechen würde, dass die proletarische Taktik der Enthaltensamkeit und nötigenfalls des Protestes in grossen Massenversammlungen das beste Mittel sei, dieses Dreiclassenwahlsystem zu beseitigen, wir grölten Bernstein, dass er mit seinem antirevolutionären Vorschlag unseren uns lieb gewordenen Glauben antastete. Unser proletarisches Empfinden kam auf den Colner Parteitag 1893 in denkbar schärfster Form zum Ausdruck durch die bekannte Resolution Bebels, die den Parteigenossen Preussens zur Pflicht machte, sich jeder Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten, in der Erwägung, dass es den bisher beobachteten Grundsätzen der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Compromisse mit feindlichen Parteien einzulassen, weil diese notwendigerweise zur Demoralisation und zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen müssen. Bereits vier Jahre später befürwortete Bebel auf dem Hamburger Parteitag mit seiner gewohnten Entschiedenheit die Aufhebung des Colner Parteitagbeschlusses. Die Abschliessung eines Vertrages mit den liberalen Gegnern, unter bestimmt formulierten Cautelen, sich gegenseitig in dem Kampfe gegen die

Reaction und das Junkertum zu verbünden, sei durchaus kein Principienverrat. Lassen Sie Sich durch alle derartigen Einwände nicht irre machen. Wie wir dreissig Jahre und mehr zu der Fahne der Socialdemokratie gehalten haben, werden wir bis an unser Lebensende zu ihr halten. Die neue Taktik bei den preussischen Landtagswahlen ist mittlerweile von der Partei gebilligt worden. Wenn wir uns aber fragen, was sich von 1893 bis 1897 an den Verhältnissen in Bezug auf die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen geändert hatte, so müssen wir zugeben: garnichts. Richtig ist nur, dass die reactionäre Vereinsgesetzvorlage der preussischen Regierung uns plötzlich zu der Erkenntnis führte, dass es mit der bisherigen Negation bei den preussischen Landtagswahlen nicht weiter gehen könne.

Nun ist es ja durchaus kein Fehler, dass wir der Belehrung zugänglich sind und dass wir unsere bisherige Taktik ändern, wenn wir zu der Ueberzeugung gekommen, dass sie falsch war. Aber es zeigen diese Vorgänge auch, dass es sehr ratsam ist, sich ohne Erregung über praktische Fragen der Politik zu beraten, auch dann, wenn sie nur von untergeordneter Bedeutung sind. Solcher Art ist meines Erachtens die von dem Genossen Bernstein angeschnittene Frage der Beteiligung der socialdemokratischen Fraction an dem Reichstagspräsidium, mit oder ohne Uebernahme von *Repräsentationspflichten*; es ist eine rein formelle Sache, die mit dem Princip der Socialdemokratie garnichts zu tun hat und die nach reinen Zweckmässigkeitsgründen zu entscheiden ist. Diese Entscheidung kann aber meiner Ansicht nach ruhig der verständigen Beurteilung unserer Fraction überlassen werden. Der Parteitag in Dresden hat sicherlich Wichtigeres zu tun, als seine Zeit damit zu vertrödeln. Vollends verfehlt wäre es, den Parteitag als Femgericht über die Ansichten der einzelnen Parteigenossen anzurufen. Gegen ein derartiges Ansinnen muss entschieden Protest erhoben werden, auch einem solch verdienten Kämpfer gegenüber, wie Genossen Bebel. Das wäre wahrhaftig der schlechteste Abschluss unseres grossartig erungenen Sieges, wenn ein Parteitag Beschlüsse fassen wollte, die zur Geistesenge treiben müssen. Von den ewigen *Bernstein-Debatten* wird man schliesslich doch auch gesättigt. Zudem liegt nichts *Ketzerisches* von Bernstein vor. Man kann der Meinung sein, dass das Facit, welches Bernstein aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen zieht, etwas mager ist, dass der elegische Nekrolog auf den natürlichen Niedergang des Liberalismus vielleicht überflüssig war; aber diese Betrachtung klingt aus in der Constatierung, dass selbst der Linkliberalismus als Partei zerstört, dass das System Richter zusammengebrochen ist und in keiner Hinsicht die Probe bestanden hat. Bernstein hätte gewünscht, dass sich die Politiker, die auf den Namen *freisinnig* Anspruch erheben, möglichst mit der socialdemokratisch gesinnten Wählerschaft verständigt hätten. Dieser Wunsch ist bei den Stichwahlen zur Bekämpfung der Reaction den Freisinnigen überall widerspruchslos von der Parteipresse unterbreitet, ohne dass auch nur ein einziger darin ein *Buhlen um die Gunst der bürgerlichen Parteien* erblickt hätte. Was liegt also vor, und wozu der Lärm? Vertritt ein Parteigenosse nach der Anschauung der anderen irrige Ansichten, so ist die Kritik das beste Mittel der Belehrung. Nur keine Unduldsamkeit und nur keine Knebelung der Gedankenfreiheit! Das passt sich am wenigsten für eine Partei, die gegen Geistesknechtschaft kämpft und die durch den lebendigen, ungezwungenen Austausch der Meinungen stark und mächtig geworden ist.

Gewiss, wir wollen uns den am 16. Juni errungenen grossartigen Sieg von niemandem *verekeln* lassen, auch nicht durch die billige Freude unserer Gegner über auftauchende Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen. Wie die Gegner uns beurteilen, hat uns niemals sonderlich aufgeregt, es hat uns das auch noch keinen Abbruch getan.

Wir haben gegenwärtig weit wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als die, uns durch die Betrachtung der Gegner über den inneren Zerfall der Socialdemokratie aufzuregen. Wie Genosse Kautsky treffend hervorhebt, wird die Socialdemokratie,

die bereits den Mittelpunkt des Wahlkampfes bildete, von nun an auch den Mittelpunkt der praktischen Politik bilden. Wir wissen, dass die socialdemokratische Bewegung den modernen Culturfortschritt repräsentiert, dass die Socialdemokratie auf eine Entwicklung hinarbeitet, die sich mit Notwendigkeit vollziehen wird. Wir schöpfen unsere werbende Kraft mit aus der felsenfesten Zuversicht des zukünftigen Sieges unserer Partei. Allein die Hauptkraft der Socialdemokratie wurzelt in der Erfüllung von Gegenwartsaufgaben. Die moderne Socialdemokratie hat gebrochen mit dem utopistischen Glauben, dass die communistische Umgestaltung der Gesellschaft sich als ein einmaliger revolutionärer Act von heute auf morgen abspielen wird. Deshalb harren wir nicht mit verschränkten Armen der Dinge, die an einem grossen Tage in Erfüllung gehen sollen, sondern wir greifen kräftig in das Rad der Entwicklung ein, um praktisch die Vorbedingungen des zukünftigen Sieges zu schaffen.

So gross die Erfolge am 16. Juni auch gewesen sind, so wenig dürfen wir uns die Schwierigkeiten verhehlen, die unsere Partei noch zu überwinden hat. Zuversicht ist eine schöne Sache, aber ein allzu grosser Optimismus, der sich über die realen Verhältnisse hinwegsetzt und sich auf das Prophezeien verlegt, ist auch vom Uebel. Namentlich unsere wissenschaftlichen Koryphäen sollten sich hüten, fortgesetzt in diesen Fehler zu verfallen. Zwar hat sich Genosse Kautsky in seinem Wahlbetrachtungsartikel gehütet, einen bestimmten Termin anzugeben, aber er stellt den Sieg der Socialdemokratie als in absehbarer Zeit gewiss hin. Wenn das nun nicht eintrifft, was dann? Die Socialdemokratie, die sich rühmt, nur mit den Ergebnissen der Wissenschaft zu rechnen, kann den Gegnern gegenüber nicht fortgesetzt das Recht in Anspruch nehmen, falsch prophezeien zu dürfen, weil ihr unter allen Umständen der Sieg sicher ist. Wir sind so stark, dass wir dieses utopistischen Beiwerks sicher entbehren können.

Wichtig vor allem ist die Bantwortung der Frage, welche Aufgaben der Socialdemokratie in der Durchführung und Förderung ihrer praktischen Gegenwarts politik erwachsen. Darüber dürfte eine Meinungsverschiedenheit wohl nicht bestehen, dass Tausende neuer socialdemokratischer Wähler der Partei zunächst nur ihre Sympathie für die erfolgreiche Wahrnehmung ihrer Interessen dargebracht haben. Aus welchen Schichten sich diesmal grosse Teile der neugewonnenen socialdemokratischen Wählermassen zusammensetzen und aus welchen Gründen sie gerade zu der Socialdemokratie Vertrauen gefasst haben, ist in genügender Weise von anderer Seite und in zahlreichen Besprechungen der Parteipresse behandelt. Es versteht sich von selbst, dass den Interessen der nicht direct zum Proletariat gehörigen Kreise die nötige Förderung wird, damit sie aus Mitläufern vollständig für unsere Bewegung gewonnen werden; hat doch die Socialdemokratie schon längst neben ihrer Arbeiterpolitik die Verwirklichung jener Forderungen verfochten, die die liberalen Parteien nach und nach preisgegeben haben.

Auch für die Vertretung der Arbeiterforderungen tritt eine neue Wendung ein. Die Socialdemokratie musste ihre Hauptkraft im Parlament bisher immer auf eine A b w e h r politik verlegen. Diese Tätigkeit wird auch für die Folge eine erhebliche Rolle spielen. Dagegen legt die gegenwärtige Stärke unserer Fraction die Verpflichtung auf, mehr aggressiv mit ausgearbeiteten Gesetzesforderungen zur Hebung des Proletariats im Gegenwartsstaate vorzugehen. Gegenüber dem Bestreben der herrschenden Classen, die minderbemittelten und ausgebeuteten Schichten am meisten durch indirecte Steuern und Zölle zu belasten, muss der Weg zu einer vernünftigen Steuerpolitik vorgezeichnet werden. Die socialdemokratischen Forderungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung müssen methodisch durchgearbeitet und erhoben werden, wie überhaupt alle praktischen Forderungen, die wir im zweiten Teile unseres Parteiprogramms an den Gegenwartsstaat stellen.

Gewiss soll der Parlamentarismus nicht überschätzt werden. Wir haben nicht den Glauben, dass ein von der socialdemokratischen Fraction ausgearbeiteter Gesetzentwurf ohne weiteres die Zustimmung der Gegner finden wird. Aber es handelt sich darum, die Gegner und namentlich das *arbeiterfreundliche* Centrum bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, festzulegen. Zugleich gilt es auch, planmässig den ausserparlamentarischen Druck für die von der Fraction erhobenen Forderungen zu organisieren und dauernd wachzuhalten.

Da ist beispielsweise schon die Forderung des Achtstundentages, die tatsächlich eine grössere Förderung, als sie bisher erfahren, verdient. Alljährlich demonstrieren die Arbeiter am 1. Mai für die Verwirklichung des Achtstundentages. Es ist nunmehr der Zeitpunkt gekommen, im Reichstag mit grösstem Nachdruck den Achtstundentag zu vertreten. Ueberhaupt wäre eine gewisse Planmässigkeit in der Bearbeitung und Vertretung der parlamentarischen Forderungen unserer Fraction zu wünschen. Damit dies geschehen kann, wird die Partei dazu übergehen müssen, sich jene Instanzen zu schaffen, welche die notwendigen Vorarbeiten leisten.

Schon auf dem Gothaer Parteitag 1896 beantragten die Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstagswahlkreises die Wahl eines ständigen Ausschusses für Arbeiterschutzangelegenheiten aus der Mitte der socialdemokratischen Fraction des Reichstages. Diesem Ausschusse sollte insbesondere die Aufgabe zufallen, die vom Parteitag bezüglich der Erringung des Achtstundentages gefassten Beschlüsse auszuführen. Ausserdem sollte der Ausschuss sich durch Vermittelung der Gewerkschaften und der Parteipresse Material über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und der Fabrikinspection verschaffen, dieses Material sichten, revidieren und parlamentarisch verwerten. Der Berichterstatter der Fraction, Genosse Wurm, trat damals diesen Vorschlägen entschieden entgegen: Es hiesse den Parlamentarismus überschätzen, wenn man sich von der Einbringung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes mehr verspreche, als von Anregungen bei der Etatsberatung. Der verlangte ständige Ausschuss der Fraction für Arbeiterschutzgesetzgebung sei in der allein möglichen Form bereits vorhanden. In der Fraction trete eine Teilung der Arbeit ein. Sobald die Fraction ihre Arbeiten bestimme, werde der Arbeitsstoff verteilt, werden, wenn es nötig werde, Unterabteilungen gebildet. Zum Schluss wird von dem Berichterstatter betont, dass wir die Zukunft nur erreichen können, wenn wir in der Gegenwart kämpfen.

Die Ablehnung einer besonderen Instanz für die Durcharbeitung und Propaganda des Arbeiterschutzes mag damals begründet gewesen sein; andererseits mag der Vorschlag nicht ganz dem entsprechen haben, was sich als Bedürfnis herausgestellt hatte. Denn füglich war nicht bloss die Ausarbeitung und Agitation für den Arbeiterschutz die allein wichtige Forderung für die Hebung der Arbeiterklasse. Indes, was damals als überflüssig oder noch nicht spruchreif schien, das kann gegenwärtig einer sachgemässen Nachprüfung wert sein. Die Verantwortlichkeit unserer Fraction ist durch ihre Stärke gewachsen; sie steht gegenwärtig im Mittelpunkt der praktischen Politik und hat umfassende Arbeiten zu leisten. Damit wir nicht falsch verstanden werden: es soll keinerlei Vorwurf gegen die frühere Tätigkeit der socialdemokratischen Fraction erhoben werden, sondern es soll unabhängig hiervon nur die Frage erörtert werden, wie sich diese Tätigkeit wirksamer gestalten lässt.

Eines darf nicht ausser acht gelassen werden: Je stärker unsere Partei wird, um so grösser die Arbeiten, die der Centralleitung, dem Parteivorstand, erwachsen. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, dass gegenwärtig die Tätigkeit der angestellten Genossen im Parteivorstand überwiegend mit rein geschäftlichen Dingen in Anspruch genommen wird. Die Anregungen für die Agitation und die Propaganda in den Massen müssen entschieden darunter leiden. Gewiss wird entgegengehalten werden, dass die Agitation für die Gewinnung neuer Anhänger schon detailliert genug in den einzelnen Landesteilen und Bezirken geregelt ist. Sicher ist, dass wir in den letzten Jahren keinen Mangel an Agitationsstoff hatten. Unsere Gegner

haben so musterhaft für uns gearbeitet, dass wir ausschliesslich von ihren Fehlern leben konnten. Wenn auch dieses Lebenselement für die Zukunft nicht fehlen wird, dürfen wir uns doch nicht allein darauf verlassen. Gewisse Fragen verlangen eine centrale Leitung, damit sie wirksamer durchgeführt werden. Beispielsweise erfolgte während der Zollkämpfe im Parlament der Protest der Volksmassen viel zu spät. Es lag auch kein einheitlicher Zug darin; es fehlte eben an einer einheitlichen Vorbereitung zur rechten Zeit. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die Kräfte der im Parlament tätigen Genossen waren vollständig in Anspruch genommen, und die Parteileitung ist überlastet. Es fehlt eben an einer Instanz, der die Aufgabe zu fallen müsste, einmal, gut vorgearbeitet die parlamentarische Tätigkeit der Fraction zu fördern, dann aber auch zur richtigen Zeit gewisse Fragen zur Massenpropaganda vorzubereiten. Ob diese Instanz eine Unterabteilung des Parteivorstandes zu bilden hat und dessen Leitung untersteht oder aber als Körper der Fraction gelten soll, kann dahingestellt bleiben. Sicher ist nur, dass wir die im Wahlkampfe errungene Position, sowohl die grössere Vertretung im Parlament als auch die Sympathie in den grossen Volksmassen, zu befestigen haben. Wir dürfen uns keinen trügerischen Illusionen hingeben: an der Weltenwende, beim Anbruch einer neuen Zeit stehen wir noch nicht. Wer das behauptet, täuscht sich angenehm über die wirklichen Verhältnisse hinweg. Das muss gesagt werden, damit späteren Enttäuschungen vorgebeugt wird.

In vollem Bewusstsein seiner selbst, seiner wirklichen Kraft hat der kommende Parteitag das Facit aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen zu ziehen und praktische Beschlüsse zu fassen, die eine weitere Stärkung unserer Positionen garantieren. Den wissenschaftlichen Disput unter den einzelnen Parteigenossen kann man ruhig den wissenschaftlichen Zeitschriften unserer Partei überlassen; damit dient man der Parteibewegung am meisten. Ob die Verelendungs-, Concentrations-, Krisen- und Katastrophentheorie in der einen oder anderen Form richtig ist, ob noch alle Bausteine des genialen Marx-Engelsschen Lehrgebäudes lückenlos schliessen, oder ob bereits das ganze Haus baufällig ist, das zu untersuchen ist nicht Sache eines Parteitages, sondern Aufgabe der Parteiliteratur. Die Socialdemokratie glaubt nicht an etwas ewig Feststehendes. Wenn irgend eine Lehre sich wissenschaftlich nicht mehr aufrechterhalten lässt, so wird sie durch eine andere ersetzt. Je leidenschaftsloser die wissenschaftliche Forschung betrieben wird, um so mehr Wertschätzung wird sie in den Arbeitermassen finden. Man komme nicht immer mit dem Einwand der Verwirrung, die durch den gegenseitigen Austausch von wissenschaftlichen Lehrfragen angerichtet wird! Ist dies wirklich der Fall, so ist es füglich doch nur ein Beweis dafür, dass die grossen Massen noch nicht so geschult sind, um selbständig prüfen zu können; sie müssen aber auch auf diesem Gebiete stich- und sattel-fest werden. Das kann nur durch den freiesten Gedankenaustausch geschehen.

Freilich, eine Ausstellung ist auch hier zu machen. Wenn unsere Wissenschaftler Wert darauf legen, dass ihre Geisteserzeugnisse in den grossen Volksmassen Verbreitung finden, so müssten sie etwas mehr Rückicht auf den Geldbeutel der Arbeiter nehmen. Gross angelegte wissenschaftliche Werke sind an sich schon derart hoch im Preis, dass sie niemals Gemeingut der grossen Massen werden können, und das ist erklärlich. Daneben haben wir unsere periodischen wissenschaftlichen Zeitschriften. Wir haben die *Neue Zeit*, die *Socialistischen Monatshefte*, die *Documente des Socialismus*. Ein aufstrebender Parteigenosse will sich doch gerne über die aufgeworfenen Fragen laufend orientieren und informieren. Das wird ihm aber finanziell zur Unmöglichkeit, wenn zu viele neue Gründungen erfolgen. Wie die Dinge liegen, wird damit nur eine unnötige Zersplitterung hervorgerufen, die zu vermeiden nicht bloss im Interesse der Arbeiter liegt.

Mehr Masshalten ist hier angebracht. Sonst aber freier, ungebundener Meinungskampf! In diesem Zeichen ist die Socialdemokratie stark und mächtig geworden, und sie wird auch für die Zukunft daraus ihre beste Kraft schöpfen.

# Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat und die Bergarbeiter.

Von

Otto Hué.

(Essen.)

Die Verhandlungen der von der Reichsregierung einberufenen Cartellcommission über das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat am 26. und 27. Februar dieses Jahres haben in den Kreisen der Consumenten allgemein ein Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Man erwartete eine scharfe Kritik der vielbeklagten Syndikatspraxis, und man hörte einen Lobspruch nach dem andern. Der eifrigste Frager, der Abgeordnete Gothein, musste sich seitens der Herren vom Syndikat verletzenden Hohn gefallen lassen; auf Kernfragen von entscheidender Bedeutung — nach den Preisfestsetzungen etc. — verweigerten sie die Antwort. Es wurde sehr bald offenbar, dass die von der öffentlichen Meinung heftig Angeklagten sich als Herren der Situation fühlten und entsprechend auftraten. Einen Zeugniszwang gab es nicht, es konnten also die widersprechendsten Aussagen gemacht werden, und wenn um Aufklärung über den Widersinn gebeten wurde, verschanzte man sich hinter *Geschäftsgeheimnissen*. Ein Grundfehler, der begangen wurde, war der, dass nicht gleichzeitig mit dem Kohlensyndikat das Coakssyndikat zur Besprechung gelangte, gehören doch beide zusammen, wie der rechte zum linken Arm. Mitleidig liest man in dem Verhandlungssteniogram, dass Vertreter der Eisenindustrie nicht dem Kohlen-, sondern dem Coakssyndikat ans Leder wollten. Die Guten! Als das Coakssyndikat wochenlang später zur Besprechung stand, berief sich seine Verwaltung auf die *hohen Coakskohlenpreise*, die natürlich dem Kohlensyndikat zur Last fielen — und dieses stand glücklicherweise nicht zur Debatte. Kohlen- und Coakssyndikat sind so intim verwachsen, bilden derart ein Ganzes, dass längst die formelle Verschmelzung der beiden Organisationen erwogen wird. Unter solchen Umständen wirkt es komödienhaft, wenn sich das eine Syndikat auf Kosten des anderen rein waschen will. Beide Syndikate mussten gleichzeitig besprochen werden — eventuell auch der ebenfalls zugehörige Briquettkaufverein in Dortmund<sup>1)</sup> — und natürlich unter Anwendung des Zeugniszwanges. Anders konnte nichts herauskommen, als eine *contradictorische* Unterhaltung, bei der die Syndikatsherren fast allein das Wort führten. Arbeitervertreter waren zur Cartellcommission nicht geladen, angeblich, weil die Cartelle keinen Einfluss auf die Arbeiterlage nähmen. Sehen wir ab von den Abgeordneten Molkenbuhl, Gothein und Spahn, den Professoren Schmoller und Francke (dem Herausgeber der *Socialen Praxis*) und einigen Kleiseisenindustriellen, so bleiben in der Cartellcommission nur reine oder *gemischte* Syndikatsleute übrig. Herr Commerzienrat Weyland-Siegen führte sich zwar als bedeutender Kohlenconsument ein, er ist aber auch Mitleiter eines grossen Syndikatswerkes, der *Cölner Bergwerksgesellschaft* in Altenessen. Als eine Verulkung der Commission erscheint der Auftritt des Herrn Oberbergrats a. D. Weidtmann-Dortmund *im Namen der Maschinenindustrie*. Der Herr ist ja einer der bekanntesten Kohlensyndikatsführer und Mitglied des Syndikatsbeirates! Und er tritt auf und lobt als Kohlenconsument seine Firma! Wie kann die Regierung solche Dinge geschehen lassen?

<sup>1)</sup> Mit wie grossem Recht diese Forderung aufgestellt werden konnte, beweist die von der Zechenpresse unter dem 17. Juli gebrachte Meldung, dass das Kohlensyndikat, das Coakssyndikat und der Briquettkaufverein mit einander verschmolzen werden.

Arbeiterdelegierte waren nicht eingeladen, aber ein Zechenbesitzer als Vertreter der — Kohlenconsumenten durfte dem Syndikat ein neues Lorbeerblatt reichen. Wenn die Verhandlung anfang, aufklärend zu wirken, zogen sich die Syndikatsherren mit *Geschäftsgeheimnissen* aus der Affaire. Wozu also die umständliche Veranstaltung? Diese Empfindung griff denn auch sehr schnell Platz innerhalb der Cartellcommission.

Ich bleibe innerhalb des Rahmens der nachfolgenden Ausführungen, wenn ich ein wenig auf die achte Frage der Cartellerörterung eingehe, die da lautete: »Mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolg ist die Hebung und Regelung des Absatzes nach dem Inlande und nach dem Auslande versucht worden?« Die Besprechung enthüllte sofort einen schweren Fehler der Regierung: sie hätte den Commissionsmitgliedern möglichst alles einschlägige Material vor den Sitzungen zustellen müssen, damit die Herren nicht blosser Zuhörer waren, als die Syndikatsleute ihre Rechtfertigungsreden hielten. Wer das Stenogramm liest, ist erstaunt über die Kühnheit, mit der in der Commission Behauptungen aufgestellt oder solchen widersprochen wurde, deren Unsinnigkeit respective Richtigkeit unschwer erweislich ist. Wären Bergarbeitervertreter zugegen gewesen, die Herren Kirdorf, Grassmann, Kabler, Fulda u. s. w. dürften ihre Freude erlebt haben. Der Abgeordnete Molkenbuhr brachte den Stein ins Rollen durch die Frage, weshalb der inländische Absatz des Syndikats zurückginge, während die Auslandsverkäufe stiegen. Diese Neugierde war sehr berechtigt. Rühmte man doch dem Syndikat *wahre vaterländische Wirtschaftspolitik* nach. Kohlengrosshändler Fulda-Frankfurt am Main antwortete Molkenbuhr — ich citiere nach dem stenographischen Bericht —:

... Meines Erachtens ist doch gerade der Zweck der Cartelle ... der, einen einheitlichen festen Preis im Inlande (!) zu erzielen, und wenn man diesen Zweck unter allen Umständen hoch hält, wie es das Syndikat getan hat und noch tut, so ist die Folge, dass für die Syndikatszechen auf Hebung des Absatzes geradezu Verzicht geleistet wird.

Um aber jeden Zweifel zu beseitigen, sagte der Vorsitzende des Kohlsyndikats, Commercienrat Kirdorf-Gelsenkirchen:

»Den Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich mich vollständig anschliessen. Auf die Frage, die Herr Molkenbuhr angeregt hat, stimmen die Ausführungen des Herrn Fulda auch zu.«

Damit gibt also die competenteste Stelle zu, dass die Preispolitik des Syndikats den Absatz im Inland einschränkt, was gleichbedeutend ist mit einer Hemmung der Industrie — soweit sie von Syndikatskohlen abhängt — respective einer erzwungenen Einschränkung des Kohlenconsums und einem daraus folgenden sinkenden Arbeitsverdienst! Also die Massnahmen des Syndikats greifen direct in die Arbeiterexistenz ein.

Während der zollpolitischen Verhandlungen im Reichstag war das stärkste Argument der Zöllner das, sie wollten durch den Schutzzoll den Inlandconsum heben, dies sei vaterländische Wirtschaftspolitik. Wie *segenreich* nun das Kohlsyndikat in dieser Hinsicht gewirkt hat, ergeben seine Verkaufsziffern. Von dem Gesamtabsatz der Gruben betrug:

	1898	1899	1900	1901	1902
der inländische Absatz:					
Saargebiet . . . . .	85,1	85,9	87,7	88,2	?
Kohlsyndikat . . . . .	83,2	84,0	84,5	83,6	81,0
Oberschlesien (fiscal.) . . .	88,3	89,5	90,5	92,0	?
der ausländische Absatz:					
Saargebiet . . . . .	14,9	14,1	12,3	11,8	?
Kohlsyndikat . . . . .	16,8	16,0	15,5	16,4	19,0
Oberschlesien (fiscal.) . . .	11,7	10,5	9,5	8,0	?

Diese Zahlen bedürfen keiner Erläuterung. 1902 sind 6,42 Millionen Tonnen Steinkohlen in Deutschland eingeführt (um 2,04% mehr, als 1901), 16 101 141 Tonnen ausgeführt (um 5,47% mehr, als 1901). Das Kohlensyndikat hat 1902 allein 6 063 954 Tonnen ausgeführt, das heisst fast unser ganzer Kohlenexport entfällt auf die Syndikatszechen! Ueber die Preisdifferenzen verweigerten die Syndikatsvertreter nähere Auskunft; im Anhang zum stenographischen Verhandlungsbericht wird nur folgende Tabelle gegeben (Durchschnittspreise):

	1900	1901	1902
Syndikatspreise für Inland	Mark 10,70	11,01	10,45
„ „ Ausland	„ 9,82	11,22	9,84

Bekanntlich werden die Auslandsverkäufe entschädigt, das heisst der zwischen dem Verrechnungspreis und dem Auslandspreis bestehende Unterschied wird vergütet, zu welchem Zwecke vom Syndikat die sogenannte *Umlage* pro Tonne erhoben wird. Da 1902 die Syndikatsförderung 48,60 Millionen Tonnen betrug, die Umlage 6%, so hat das Syndikat mindestens 25 Millionen Mark für Auslandsverkäufe vergütet, welcher Betrag natürlich von den inländischen Verbrauchern in Form höherer Preise aufgebracht werden musste.<sup>2)</sup> Dass eine solche Praxis den Inlandconsum nicht erhöht, sondern, zum mindesten relativ, einschränken muss, hat uns ja Herr Kirdorf selbst bestätigt. Der Abgeordnete Gothein resumierte denn auch zutreffend:

„Ich möchte also constatieren, dass allseitig Einstimmigkeit darüber herrscht, dass es dem Syndikat nicht gelungen ist, dass es auch gar nicht die Absicht hat, den Inlandsabsatz zu heben.“

Wenn darauf replicierend die Herren Kirdorf, Krabler und Genossen versuchten, sich zu rechtfertigen, so scheidet dies an der nackten Tatsache, dass die Nichtsyndikatszechen im Ruhrgebiet fortwährend ihren Absatz — im Inland! — erhöhten, 1902 sogar um 15%, während die Syndikatsförderung zurückging. Kein Mensch wird bestreiten, dass sich die Nichtsyndikatszechen — zum Beispiel *Deutscher Kaiser, Neumühl, Langenbrunn* — in sehr guter Verfassung befinden, ihre Preise nicht ruiniös herabsetzten. Wenn dann der Streit entsteht über die Doctorfrage *Heben niedrige Preise den Absatz?*, so mag die Erfahrung mit den Nichtsyndikatszechen nicht vergessen werden. Schliesslich kommt ja die Kohle als absolut notwendiges Volksbedürfnis in Betracht, man muss sie schlechterdings haben, ob sie noch so teuer ist. Ebenso sicher ist aber auch, dass die hohen Preise die Hausfrauen zwingen, sehr sparsam mit den Kohlen umzugehen, sie mit Asche vermennt zu gebrauchen und nur ja nicht länger zu feuern, wie unbedingt nötig ist.<sup>3)</sup> Die Zeche *Caroline* bei Holzwickede löste 1902 überhaupt pro Tonne Kohle 9,79 (1901: 10,04) Mark, für Hausbrand aber 11,29 (11,53) Mark. Die Hausbrandkohlen weichen, trotz ihrer schlechteren Qualität, weniger im Preise, als die sonstigen Sorten, deren beste dem Ausland zugebracht werden. Natürlich gilt dasselbe für Industriekohle. Würde man mikrostatistische Erhebungen über die Wechselbeziehungen zwischen Preis und Absatz der Kohle anstellen, es

<sup>2)</sup> Für 1897 hat Theodor Vogelstein in seiner Schrift *Die Industrie in der Rheinprovinz* diese Entschädigung auf ungefähr 17 Millionen Mark berechnet.

<sup>3)</sup> Ein industrieller Statistiker berechnet für 1902 den deutschen Kohlenverbrauch pro Kopf auf 1736 Kilogramm, gegen 1767 im Jahre 1901 und 1800 im Jahre 1900. Wer im Kohlenbezirk lebt, weiss, wie sich heute die Haushaltungen im Kohlenverbrauch einschränken müssen, denn der Centner Kohle kostet 0,70 bis 1,10 M., vor 10 Jahren bekam man ihn um den halben Preis. Die Löhne sind seit 1899-1900 bis zu 50% gesunken; kein Wunder, wenn da auch der Consum zurückgeht, zumal bei den Apothekerpreisen!

zeigte sich leicht, wie selbstschädigend die Preispolitik des Syndikats ist. Seine Vertreter selbst erklärten, je höher die Förderung, desto geringer die Selbstkostenquote pro Tonne; diese Binsenwahrheit hat das Syndikat aber nicht beachtet, daher sein zurückgehender Inlandsabsatz, die sinkende Förderung, die Arbeiterentlassungen und die rapide sinkenden Löhne.

Nimmt das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat Einfluss auf die Arbeiterlage? Nach dem Wortlaut seines Gesellschaftsvertrages nicht; jedoch machte schon der Abgeordnete Molkenbühr in der Cartellcommission auf den nachfolgenden Passus in den syndikatsseitig aufgezungenen Lieferungsbedingungen aufmerksam:

»Betriebsstörungen und Betriebseinschränkungen, Arbeiterausstände, gleichviel, ob solche durch Vertragsbruch oder infolge von vorausgegangenen Kündigungen eintreten, höhere Gewalt jeder Art — wozu auch Mobilmachung und Kriegsfall rechnen — entbinden für die Dauer und den Umfang der dadurch notwendig werdenden Einschränkung von der Lieferung im Verhältnis der Verringerung der Herstellung in den einzelnen Sorten — nach Abzug des Verbrauchs für eigene Zwecke der Zechen — und findet eine Nachlieferung dadurch ausfallender Mengen nicht statt.«

Das Syndikat steht der Arbeiterbewegung also selbst in seinen Verträgen doch nicht so weltfremd gegenüber, wie in der Commission behauptet wurde, um die Nichteinladung von Arbeitern zu rechtfertigen. Deshalb hätte die Regierung eben Bergarbeitervertreter zu den Verhandlungen zuziehen sollen. Eine Lücke in der bestehenden Cartellliteratur wäre dann vielleicht ganz ausgefüllt worden.

Ist denn wirklich die syndikatlische Beeinflussung der Arbeiterverhältnisse nur eine *indirecte*? Wer das glaubt, nimmt Schein für Wahrheit, hält sich an den Buchstaben der Verträge, ohne ihren Geist zu beachten. Kleinwächter sagt im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* über die Cartelle der Unternehmer, sie wollten die Preislage verbessern und die Produktionskosten herabmindern. Den Löwenanteil der Selbstkosten im Bergbau bilden aber die Arbeiterlöhne! Fast alle bekannten Werke über die Unternehmertcartelle betonen ausdrücklich, sie verschafften dem einzelnen Unternehmer eine grössere Machtfülle gegenüber den Arbeitern. Huber meint in seiner Schrift *Die Cartelle*: »An sich ist die Uebermacht des Grosseapitals in den Unternehmerverbänden der Coalitionsfreiheit und der Selbständigkeit der Arbeiter entgegengesetzt.« Was das bei unserem kläglichen Coalitionsrecht besagen will, weiss jeder Gewerkschafter. Und Tschierschky sagt in seiner Schrift *Cartell und Trust* gerade heraus, es sei nicht einmal nötig, in die Syndikatsverträge auf die Arbeiter bezügliche Bestimmungen aufzunehmen, »da die Unternehmer auf dem Boden des Cartells in ihrer Solidarität wachsen und damit an Selbstbewusstsein und im Ernstfalle auch an Rückhalt gewinnen«. Sehr richtig! Gerade das Verhalten der Ruhrgrubenherren in den letzten Jahren beweist hinlänglich ihr gesteigertes Selbstbewusstsein und ihre Geringschätzung der Arbeiterrechte. Die Dividende steigt, der Arbeitslohn sinkt, so lautet der Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet schon seit 1900. Ist das Syndikat daran unschuldig? Für das *Steigen der Löhne* reclamierten die Syndikatsherren den Dank des Vaterlandes — man sehe die Verhandlungen über die Cartelle! —, aber sobald die Rede auf die unbestreitbar sehr verschlechterten Arbeiterverhältnisse kam, erklärten die Wortführer des Syndikats, solchen Vorgängen stände dieses fern, es habe keinen Einfluss auf den *technischen Betrieb*. Damit werden die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Man stelle sich nur vor, im Syndikatsbeirat oder in der Zechenbesitzerversammlung wird über den *normalen Kohlenpreis* debattiert — wie bringt man es da fertig, nicht auf die Arbeiterlöhne einzugehen? Sie machen doch 40 bis 70% der Selbst-

kosten aus! Würde die Debatte diese Selbstkosten nicht berücksichtigen, dann wäre ja die Preisfestsetzung des Syndikats eine rein willkürliche. Damit stimmen aber wieder nicht die heiligen Beteuerungen, die Preise seien nur nach reiflicher Erwägung wegen der *steigenden Selbstkosten* erhöht worden. In einer Reihe von Werkberichten wird überdies ausdrücklich die syndikatsseitige Preisfestsetzung direct mit dem Niedergang der Arbeiterlöhne in Verbindung gebracht! Und dann sollte im Schosse des Syndikats die Arbeiterfrage als eine unbekannte Grösse behandelt worden sein? Ich begreife nicht, wie die Regierung aus der *juristischen Structur unserer heutigen Cartelle* (Schmoller) die Ueberzeugung schöpfen kann, Arbeiterdelegierte hatten in der Cartellcommission nichts zu suchen. Die Herren Professoren Schmoller und Francke haben zwar, ebenso wie der Abgeordnete Molkenbuhr, im Laufe der Verhandlungen auf die notwendige Ergänzung der Commission durch Arbeitervertreter hingewiesen; aber aus dem mir vorliegenden Stenogramm der Unterhaltung über die *oberschlesische Kohlenconvention* am 26. und 27. März dieses Jahres ersehe ich, dass auch da alle möglichen Personen, aber wieder keine Bergarbeiterdelegierten eingeladen worden sind. Weiss die Regierung denn nicht, was sich in den Bergwerksbezirken die Spatzen auf den Dächern zuzwitschern? Es lässt sich doch schwer verkennen, wie das Syndikatsgebaren direct in die Arbeiterexistenz eingreift.

Die letzte Geschäftskrise begann schon 1900. Der Abgeordnete Gothein, der in der Cartellcommission darauf hinwies und die Erhöhung der Syndikatspreise noch für 1901 (!) scharf tadelte, ihr die Mitschuld gab an der rapiden industriellen Deroute, musste sich eine höhnische Abweisung seiner Deduction und eine Verspottung seiner *Prophetengabe* gefallen lassen. Herr Kirdorf behauptete, Ende 1900 (!) sei noch eine *starke Nachfrage* zu erwarten gewesen. Kohलगrosshändler Fulda, ein begeisterter Fürsprecher des Syndikats, bekundete, es habe sich »erst im Laufe des Jahres 1901 und im Winter 1901-1902 . . . die Situation auf dem Kohlenmarkte sehr verschlechtert«. Die Preise für 1901 sind nämlich, was wohl zu beachten ist, im Herbst 1900 festgesetzt. Wie war aber damals die Geschäftslage? In dem sehr syndikatsfreundlichen Bericht der Handelskammer Essen pro 1900 lesen wir, es habe sich »in der zweiten Hälfte [des Jahres] . . . eine Stockung . . . in manchen Industriezweigen sogar ein gewisser Rückgang (!) geltend gemacht«. Ungefähr dasselbe sagte der Abgeordnete Gothein, und er wurde dafür verhöhnt. Aber es kommt noch besser.

Der Geschäftsbericht des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats selbst schreibt über die Situation 1900:

»Die Presse, Handelskammern, Vereine aller Art bemächtigten sich des Gegenstandes [Kohlenwucher], und das Haus der Abgeordneten setzte noch zu Beginn dieses Jahres eine Commission zur Prüfung der Kohlenfrage ein, also zu einer Zeit (?), als der Markt bereits Anzeichen einer Ueberproduction verriet. . . .«

Und im Geschäftsbericht pro 1901 heisst es, es habe »die Aufwärtsbewegung bekanntlich (!) um die Mitte des Jahres 1900 ihre Endenschaft gefunden«. Wir sehen, der Syndikatsbericht widerlegt die Ausführungen der Syndikatsleute in der Cartellcommission! Daraus schon ergibt sich die Notwendigkeit, den Commissionsmitgliedern recht frühzeitig das einschlägige Material zugänglich zu machen, sollen sie nicht waffenlos den Behauptungen der Interessenten gegenüberstehen.

Die neuerliche Preiserhöhung beim Niedergang der Conjunction wirkte entschieden verschlechternd auf die Gesamtlage der stark kohlenverbrauchenden Eisen- und Stahl- und Metallindustrie. Weder die Verhältnisse der Zechen-

finanzen, noch die Arbeiterlöhne bedingten die weitere Preisschraubung. Aber auf sie folgten Absatzminderung — die Nichtsyndikatsgruben ermässigten früh genug ihre Preise und erhöhten darauf ihren Absatz! —, rapide Verschlechterung der Arbeiterexistenz, Lähmung des ganzen Geschäftsverkehrs im Industriegebiet. Warum diese unsinnige Preisschraubung? Die Syndikatsherren berufen sich immer wieder auf *fortgesetzte steigende Arbeiterlöhne*. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Im Herbst 1900 erfolgte die neue Preiserhöhung; Coakskohle, Maschinenkohlen, Hausbrand wurden davon betroffen. Zugleich ordnete das Syndikat aber auch für das erste Quartal 1901 eine Fördereinschränkung von 10% an, obgleich im November 1900 die tatsächliche Förderung die Beteiligungsziffer um 0,57% überholte! Den Syndikatsleuten war demnach der industrielle Niedergang nicht unbekannt, dennoch Preiserhöhung. Hier tritt allerdings die Absicht, den Consum einzuschränken, eindringlich hervor. Weshalb aber diese Absicht? Und die Folgen für die Belegschaften? Darüber liess sich die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* in charakteristischer Weise aus:

»Die nächste Folge der obenerwähnten Fördereinschränkung dürfte vermutlich nicht nur ein Stillstand im Steigen der bis in die letzte Zeit hinein wachsenden, sondern sogar eine Herabsetzung der Arbeitslöhne und im Zusammenhang damit, früheren Erfahrungen gemäss, wahrscheinlich eine Mehrleistung der einzelnen Arbeiter sein. Diese Umstände werden die Ausbeute für die Zechen günstig beeinflussen, so dass die Fördereinschränkung mit Bezug hierauf einen nicht so nachteiligen Einfluss haben wird, wie es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein erwecken konnte.«

Nun sage einer, das Syndikat nehme keinen Einfluss auf die Arbeiterlöhne! Die syndikatfreundliche *Rheinisch-Westfälische Zeitung* schreibt klipp und klar, um die vom Syndikat angeordnete Fördereinschränkung beziehungsweise den hieraus resultierenden Gewinnausfall wett zu machen, wurden die Syndikatszechen die Löhne herabsetzen. Sollte das eine Erfindung des Zechenorgans gewesen sein? Dem widerspricht die in der Tat allgemein durchgeführte Lohnreduction, die nach amtlichen Quellen unten nachgewiesen wird.

Vorher sei aber noch anderes verzeichnet. Die in Berlin erscheinende *Industrie*, ein syndikattolles Organ, brachte am 8. Juli 1900 einen Artikel, der die sehr bezeichnende Ueberschrift *Lohnfragen und Kohlensyndikat* trug. *Nomen et omen!* Selbstkosten, Arbeiterlöhne, nahende Krise etc. werden dort besprochen: das Preissteigern wird zurückgeführt auf Lohnsteigerung, und dann heisst es im wohlbekannten Syndikatsstil:

»Tatsächlich liegt die Sache also so, dass die Selbstkosten weit schneller gestiegen sind, als die Verkaufspreise, und dass in den höheren Selbstkosten wesentlich die geradezu rapide steigenden Löhne zum Ausdruck gelangen. So wenig wir nun aber geneigt waren, für nicht ausreichende Löhne zu plaidieren, so sollte man doch nicht ausser acht lassen, dass der chronische und bisher fortgesetzt wachsende Arbeitermangel für die Lohnbewegung als Schraube ohne Ende wirkt.

Es drängt sich daher die Frage auf, und sie wird in den rheinischen Zechenkreisen allen Ernstes ventilirt, ob es nicht angezeigt wäre, die Wirksamkeit des Kohlensyndikats, welche sich für Regulierung des Absatzes und der Preise so vorzüglich bewährt hat, in der Richtung zu erweitern, dass eine Schranke gezogen wurde, welche wenigstens dem gegenseitigen in die Höhe Treiben der Löhne durch die freie Concurrenz der Zechen, um dem einzelnen Arbeiter ein Ziel zu setzen, geeignet wäre. Es mag nicht leicht sein, dieses Problem zu lösen. Aber der Organisation der Arbeiter zum Zwecke der Lohnerhöhung wird man schliesslich unterliegen, wenn man es auf Seite der Unternehmer bei der freien Concurrenz in der Lohnfrage belässt.«

Der Behauptung, vorgenannter Plan, das Syndikat auch zu einem Lohn-drückercartell auszugestalten, werde »in rheinischen Zechenkreisen allen Ernstes ventilirt«, ist von autoritativer Seite nicht widersprochen worden, obgleich sich die *Bergarbeiterzeitung*, der *Bergknappe* und zahlreiche Bergarbeiterversammlungen mit dem *Lohndrückercartell* beschäftigten! Ein Dementi würde auch verpufft sein, denn wirklich setzten im vierten Quartal 1900 umfangreiche Lohnreductionen auf den Ruhrzechen ein. Der *Industrieartikel* erschien im Juli; im Herbst und Winter 1900 konnte die *Bergarbeiterzeitung* über Lohnabzüge auf den Zechen der Gesellschaft *Harpen*, auf *Vollmond*, *Heinrich Gustav*, *Amalia*, *Prinz von Preussen* (10% Abzug), *Kaiserstuhl* (20 bis 30 Pfennig Schichtlohnabzug), *Präsident*, *Neu-Iserlohn*, *Bruchstrasse*, *Beust*, *Blumenthal* u. s. w. berichten. Die Beamten behaupteten zur Begründung der Gedingeabriss (Accordverschlechterung) und Lohnabzüge, der Absatz sei geringer, das Geschäft werde flauer; wie wir aber wissen, setzte das Syndikat gerade damals die Preise noch höher an, und in der Cartellcommission haben die Syndikatsherren *nachgewiesen*, dass 1900 noch so gut wie kein Wölkchen den industriellen Himmel trübte.

Die Gleichmässigkeit des Eintretens der Lohnabzüge in Verbindung gebracht mit den Aeusserungen der genannten syndikatsfreundlichen Presse deutet auf ein geheimes Abkommen der Zechenherren hin! Wo sollte es getroffen sein? Im *Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund* wohl nicht; denn erstens soll ja auch dieser sich nicht mit *Lohnverabredungen* befassen, wie in den Cartellverhandlungen gesagt wurde, zweitens hat der Verein, soviel ich weiss, zu jener Zeit keine Zusammenkunft gehabt. Dagegen folgten die Lohnherabsetzungen, gleich nachdem die herbstliche Versammlung der Syndikatsherren stattgefunden hatte. Ist das blosser Zufall?

Für jeden, der auch nur etwas mit industriellen Betrieben vertraut ist, unterliegt es gar keinem Zweifel, dass die Syndikatsgebarung die Arbeitslohnfragen nicht ausser acht lassen darf. Ich halte es für selbstverständlich, dass die Gemeinschaft der Syndikatsherren in irgend einer Weise an irgend einem Orte sich schlüssig werden muss über ihr Verhältnis zu den Arbeiterforderungen. Da das Syndikat die bisher vollendetste und straffste Form der Zechenorganisation darstellt, noch dazu in ziemlich kurzen Zwischenräumen immer wieder Stellung nimmt zu den Productenpreisen, so liegt es auf der Hand, wie die auffallende Uebereinstimmung in den Massnahmen der Syndikatszechen gegenüber den Belegschaften erzielt würde.

Auf ein Factum sei noch auferksam gemacht. Seit dem — sehr aufgebauschten — *Arbeitermangel* in der Flochconjunctur ist unter den Ruhrbergleuten bekannt, dass sie auf keiner Zeche Arbeit bekommen, wenn sie nicht am 15. des betreffenden Monats gekündigt haben. Merkwürdigerweise gilt das nicht für die Nichtsyndikatsgruben, dieselben nehmen auch die ab dem Monatsbeginn in Kündigung gestandenen Arbeiter an. Also auch hier walten wohl *überirdische Mächte*?

Wie verhält es sich nun mit den *fortgesetzt steigenden Selbstkosten*? Darüber müsste eine eigene und sehr umfangreiche Abhandlung geschrieben werden, wenn diese allerdings für die Preisstellung entscheidende Frage nach allen Richtungen hin beantwortet werden sollte. Dazu komme ich vielleicht später. Aber auf eine hierher gehörende Aeusserung des Abgeordneten und Generalsecretärs Dr. *Beumer* muss kurz geantwortet werden, da dieser Herr auch als Autorität gilt. Er behauptete in der Cartellcommission, heute betrügen die Arbeiterlöhne rund 60% der Selbstkosten. »Es ist meines Wissens noch nicht 25 Jahre her, dass die Löhne etwa 28% der Selbstkosten der Kohlen be-

tragen.« Man sollte annehmen, Herr Dr. Beumer hütete sich, solche Rederei zu machen; er will doch ernst genommen werden. Nur wenige Zahlen: Beim *Cölnner Bergwerksverein* betrug 1873 die Selbstkosten pro Tonne 7,98, 1880: 3,84, 1895: 5,24, 1902: 6,44 Mark. Der Arbeiterlohn pro Schicht beanspruchte davon 1873: 49%, 1880: 70%, 1901: 65%, 1902: 64%! Die Selbstkosten waren also vor 30 Jahren höher, der Lohnanteil ist seit 1880 gesunken. *Dahlhauser Tiefbau* hatte 1873: 7,20, 1902: 7,95 Mark Selbstkosten, der Lohnanteil betrug 1873: 82%, 1902: 50%. Der Arbeiterlohn stand 1873 auf 5,91, 1901: 4,25, 1902: 3,99 Mark! So hebt sich das sociale Niveau der Arbeiterklasse! Bei *Massen* betrug die Lohnquote von den Selbstkosten 1888: 80%, 1901: 54%; die Gesellschaft erzielte 1901 gegen das Vorjahr höhere Kohlenpreise, höhere Arbeitsleistung und — niedrigere Arbeiterlöhne. *König Ludwig* gab 1888: 52%, 1902: 50% der Selbstkosten an Arbeitslöhnen aus. Vom Förderwert auf *Bismarck* wurden an Löhnen verausgabt: 1901: 43,45%, 1902: 42,97%. Für *Concordia* betrug die Selbstkosten pro Tonne 1890: 6,89, 1891: 7,02, 1902: 7,69, Januar 1903: 7,46, Februar 1903: 7,19 Mark; die Lohnquote 1891: 54%, 1902: 52%. Gehen wir bis in die siebziger und achtziger Jahre zurück, so finden wir fast überall procentual stärkere Selbstkosten (im Vergleich zum Kohlenpreis) und eine höhere Lohnquote. Herrn Dr. Beumers Erzählung ist völlig ohne Beweis. Es muss noch dabei bedacht werden, dass heute die Syndikatsumlage die Selbstkosten bedeutend erhöht; zahlte doch *Nordstern* 1902 pro Tonne 64 Pfennig Syndikatsteuer, zusammen 1 085 501 Mark Umlage! Aber nicht nur die Syndikatsteuer, sondern alle möglichen sonstigen Ausgaben, selbst reine *Capitalvermehrungen* (Maschinenkauf etc.), werden in den letzten Jahren auf die *Selbstkosten* geschlagen; zum Beispiel schrieb *Dahlbusch* plötzlich ab Mitte 1900 alle derartige *Neuanlagen* auf die *Selbstkosten* der Kohlenförderung und erreichte damit eine *Steigerung der Selbstkosten* um 21 Pfennig pro Tonne! Solche Manipulationen machen natürlich die ganzen Zechenrechnungen socialpolitisch wertlos. Trotz dieser künstlichen Selbstkostensteigerung erübrigten die 18 grössten Actiengesellschaften im Ruhrbergbau 1902 noch einen Rohgewinn von 2,97 Mark pro Tonne! Nach den bis 1899 reichenden Berechnungen des Weidtmannschen *Jahrbuches für den Oberbergamtsbezirk Dortmund* betrug der Lohnanteil am Förderwert der Ruhrgruben 59,8%. Hier ist der amtliche Productenwert angesetzt, der 1899 pro Tonne 7,66 Mark betrug, während die billigste Syndikatsmarke (Magerkohle) schon mit durchschnittlich 8,88 Mark damals an der Essener Börse notiert war. Man braucht deshalb nicht einmal die Riesengewinne aus der *Nebenproduction* heranzuziehen, um doch die ausserordentlich glänzende Situation der Ruhrkohlenherren zu erkennen.

Ohne Zweifel ergibt sich schon aus den mitgetheilten Stichproben, dass es ungerechtfertigt ist, die insbesondere ab 1898 beschleunigte Preisschraubung der Syndikatskohlen den *steigenden Selbstkosten* zur Last zu legen. Was speciell die *Arbeiterlöhne* anlangt, so stellten sie sich nach behördlicher Ermittlung im Ruhrbergbau wie folgt:

1. Alle Lohnklassen:

	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
1895 . . . . .	3,15			
1898 . . . . .	3,66	3,15	3,18	3,21
1899 . . . . .	3,86	3,69	3,78	3,82
1900 . . . . .	4,11	3,90	4,00	4,04
1901 . . . . .	4,13	4,17	4,24	4,21
1902 . . . . .	3,88	4,09	4,07	3,98
1903 . . . . .	3,81	3,78	3,81	3,81
		—	—	—

## 2. Eigentliche Kohlenbergleute (Lohnklasse a) :

	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
1895 . . . . Mark	3,72	3,72	3,75	3,79
1898 . . . . "	4,44	4,49	4,60	4,67
1899 . . . . "	4,72	4,78	4,90	4,95
1900 . . . . "	5,04	5,14	5,25	5,21
1901 . . . . "	5,08	5,02	4,97	4,84
1902 . . . . "	4,66	4,52	4,55	4,54
1903 . . . . "	4,55	—	—	—

Die Methode der amtlichen Lohnerhebung ist durchaus nicht einwandfrei, aber da die Zahlen von den U n t e r n e h m e r n geliefert sind, haben sie für unsere Untersuchung doppelten Wert. Wie man sieht, beginnt schon im vierten Quartal 1900 der L o h n r ü c k g a n g, also zur selben Zeit, wo das Syndikat die Kohlenpreise abermals erhöhte und wo nach den Erklärungen der Syndikatsherren in der Cartellcommission noch *starke Nachfrage* herrschte! Darauf mache sich jeder Volkswirtschaftler seinen Vers, vergesse aber auch nicht, dass just zur selben kritischen Zeit die *Z e c h e n o r g a n e* über *Kohlen-syndikat und Lohnfragen* leitartikelten und auf die *Notwendigkeit*, den Gewinn-ausfall auf Lohn a b z ü g e hercinzuholen, hinwiesen. Wie gut wäre es, wenn die Syndikatsherren in der Cartellcommission unter Zeugen eid auszusagen hätten!

Hochwichtig ist auch folgende Feststellung: Die bergbehördliche Lohnstatistik unterscheidet 5 Arbeiterklassen: a) unterirdisch beschäftigte e i g e n t l i c h e Bergleute; b) sonstige unterirdisch beschäftigte Arbeiter; c) über Tage beschäftigte erwachsene männliche Arbeiter; d) jugendliche männliche Arbeiter; e) weibliche Arbeiter. Classe e kommt im Ruhrgebiet nicht vor. Von diesen Gruppen arbeitet nur Lohnklasse a (Hauer und Schlepper) regelmässig im Accord (*Gedinge*), die anderen Gruppen schaffen in der Regel im Zeitlohn. Eine Verteuerung der Selbstkosten durch Lohnsteigerung muss also in der Hauptsache einem höheren Lohnbezug der Classen b, c und d zur Last fallen, weil der Accordverdienst naturgemäss nur eine generelle Steigerung durch Z u n a h m e d e r L e i s t u n g erfahren kann. Wohl kann der Accordlohn günstig beeinflusst werden, indem der Einheitssatz (pro Wagen oder Meter) nicht bis zum äussersten herabgedrückt wird, sondern ziemlich auskömmlich s t e h e n bleibt. Das ist denn auch in der Hoheconjunctur durchschnittlich geschehen, die Fälle von Aufbesserung des Gedinges werden ausgeglichen durch anderweitige Herabsetzung desselben; jedenfalls ist dem Bergmann nichts geschenkt worden. Die vorgeschützte kolossale Selbstkostenerhöhung muss darum nicht bei den Gedingelöhnern, sondern bei den *Zeitlohnarbeitern* in einer entsprechenden Lohnsteigerung in Erscheinung treten. Sehen wir zu, wie es tatsächlich aussieht. Es betrug der Durchschnittslohn

	Lohnklasse a.	Lohnklasse b.	Lohnklasse c.
1895 Mark	3,75	2,65	2,74
1900 "	5,16	3,36	3,32
Zunahme	38%	26,9%	21,9%

Die ganze Lohnzulage vom Beginn bis zum Ende der Hoheconjunctur betrug also bei den Zeitlöhnern nur 21 bis 26%! In Lohnklasse c befinden sich die Arbeiter an den Separationen, Coaksöfen, in den Briquettfabriken etc. Der Hochofencoakspreis ist aber von 11 auf 22 Mark (100%) hinaufgetrieben worden, die Arbeiterlöhne bedingen dies durchaus nicht! Der Coakskohlenpreis stand 1896 auf 7,00, 1900 auf 10,50 Mark, 50% höher; der Arbeiterlohn verschuldet dies nicht. Die Fett-, Gas-, und Hauskohlenförderung der Syndikatszechen beträgt über vier Fünftel (1902: 87,23%) der Gesamtförderung, bildet demnach das Rückgrat des Syndikatsgeschäfts. Wie Händler und Consumenten

klagen, sind hierfür die Preise von 1895 bis 1900 bis zu 100% gesteigert worden, obendrein gab's schlechtere Qualitäten, weil die besten Sorten in das *bestrittene Gebiet* oder ins Ausland gingen. Wegen der Lohnsteigerung brauchten die Wucherpreise nicht angesetzt zu werden, denn die nach Leistung bezahlten Knappen der höchsten Lohnclasse vermochten ihren Verdienst nur um 38% hinaufzuarbeiten. *Siebenplaneten* nahm pro Tonne Kohle Juli 1900 11,30, August 11,76, September 12,20 Mark ein. Pro Tonne *Ueberschuss* hatten 1900 *Blumenthal* 2,30 (1899: 1,20), *Deutschland* 2,66 (1,47), *Constantin* 2,70 (1,45) Mark. Dieselben Zechen liessen 1900 schon *Lohnkürzungen* eintreten! Die Ausbeute pro Kux beziehungsweise die Dividende war 1900 selbst 1901 noch höher, als 1899 und die Jahre vorher. Wie bis in die neueste Zeit speciell die *führenden* Kuxeninhaber abschnitten, mag folgende Tabelle lehren. Es gaben Ausbeute pro Kux (in Mark):

	1898	1900	1901	1902
<i>Carolus Magnus</i> . . . . .	400	620	650	495
<i>Constantin der Grosse</i> . . . . .	600	1000	900	900
<i>Ewald</i> . . . . .	900	1200	1200	1200
<i>General Plumenthal</i> . . . . .	250	750	900	900
<i>Graf Bismarck</i> . . . . .	2000	2000	2400	2800
<i>Graf Schwerin</i> . . . . .	150	400	500	400
<i>Helene Amalia</i> . . . . .	1000	1700	1500	1000
<i>Königin Elisabeth</i> . . . . .	700	1300	1500	1000
<i>König Ludwig</i> . . . . .	400	400	400	400
<i>Mont Cenis</i> . . . . .	100	1155	1500	1095
<i>Unser Fritz</i> . . . . .	800	1000	1150	1050

Nach amtlichem Zeugnis standen 1902 die Arbeiterlöhne auf dem Niveau von 1898. Damit vergleiche man die obige Ausbeutetabelle. Herr Kirdorf rühmte in der Cartellcommission, das Syndikat habe allen Ruhrgruben, auch den früher unrentablen, höhere, gleichmässige Gewinne verschafft; das stimmt. Ferner führte Herr Kirdorf aus, gute Löhne seien für das Gedeihen der Volkswirtschaft notwendig, damit eine kaufkräftige Masse vorhanden sei. Auch sehr richtig — aber was helfen all die schönen Erzählungen in der Cartellcommission, wenn man zu Hause gerade das Gegenteil des Gelobten tut? Die *Gelsenkirchener Bergwerksactiengesellschaft* (Generaldirector Kirdorf!) hat 1902 den Arbeitern beinahe 2 Millionen Mark an Lohn gekürzt, den Activiären nach starken Rückstellungen aber wieder 10% Dividende ausgezahlt. Der Arbeiterlohn auf den Zechen der Gelsenkirchener Gesellschaft stand 1902 laut Geschäftsbericht niedriger, als 1898! Das ist die Praxis — in der Cartellcommission war's nur Theorie.

Von 1900 bis 1902 inclusive stieg die Belegschaft der Ruhrgruben um rund 16 500 auf 236 524 Mann — nach dem Bericht des *bergbaulichen* Vereins — die ausgezahlte Lohnsumme fiel aber von 293 auf 267 Millionen Mark. Dafür sind 1902 wieder eine ganze Reihe Zechen mit 20 bis über 30% Dividende herausgekommen.<sup>4)</sup> Ob die kleine Zahl der Dividendenempfänger ihr Geld auch *unter die Leute bringen*, das heisst in der Weise die allgemeine Geschäftstätigkeit beleben können, als wenn die 26 Millionen Mark Lohnrückgang in Form von Löhnen der Volkswirtschaft zugeführt waren? Die Frage wird auch kein Syndikatsherr bejahen, trotzdem halten die Lohnabzüge im Ruhrbergbau immer noch an, dem Erwerbsleben wird noch immer Lebenssaft entzogen.

Dass an dieser Lohnpolitik das Syndikat unschuldig ist, dagegen spricht

<sup>4)</sup> Die *Deutsche Bergwerkszeitung* stellte zusammen, dass die Actiengesellschaften im Ruhrbergbau 1901 eine Durchschnittsdividende von 16,67%<sub>0</sub>, 1902 eine solche von 13,11%<sub>0</sub> auszahlen. Das ist doch gewiss eine sehr anständige Capitalverzinsung in Zeiten matten Geschäftsganges!

einmal die Einheitlichkeit des Verfahrens. Dann aber auch weiss man doch, wann die Lohndrückerei begonnen, wer sie propagiert, womit sie begründet wurde. Lange vor dem Syndikat bestand der *bergbauliche* Verein; dieselben Leute sind darin führend, wie im Syndikat. Aber solange dieses noch nicht existierte, kannte man solche Rücksichtslosigkeit nicht, wie sie heute offen zur Schau getragen wird. Allen Forderungen, Bitten und Flehen der Arbeiter zum Trotz wird der Lohndruck verstärkt, das *Nullen* der Wagen in scandalöser Weise geübt, die *Werksdisciplin* willkürlich, aufreizend gehandhabt. Offen rühmt man sich dieses Treibens; erzählt doch der neueste Bericht der Bochumer Gesellschaft ungeniert:

„Wenn unter den für das abgelaufene Jahr wesentlich ungünstigeren Verhältnissen, gegenüber dem Vorjahre, der Ueberschuss noch eine Steigerung von 18149 Mark aufweist, so ist dieses Resultat allein auf eine Ermässigung der Selbstkosten zurückzuführen, wozu sowohl eine bessere Arbeitsleistung wie auch eine Ermässigung der Löhne und der Materialien beigetragen haben.“

Solchen Cynismus hätte man früher nicht gewagt; aber das Syndikat stärkte immens die sociale Stellung des Unternehmers, das setzt sich um in Lohndruck — bei steigender Leistung! —, Paschawirtschaft auf den Werken, Verachtung der Arbeiterwohlfahrt, Missachtung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse. Wenn man freilich den Wortlaut der Abmachungen, den Geburtstag der Arbeiterexistenz betreffenden Beschlüsse oder Verabredungen der Syndikatsleute angeben müsste, um unzweifelhaft den Zusammenhang zwischen Arbeiterfrage und Syndikatsgebarung nachgewiesen zu haben, dann wird der Beweis niemals gelingen. Denn die Herren werden doch keine *Dummheiten* begehen! Ist aber jemals ein Indicienbeweis zur Ueberführung des Angeklagten bündig erbracht worden, dann wohl vorstehend in der Aufdeckung der verblüffend intimen Wechselwirkungen zwischen Syndikatsbeschlüssen und Veränderungen der Arbeitsbedingungen der Ruhrbergleute. Es ist daher auch nur zu erklärlich, dass sich die Erbitterung der Arbeiter über den Lohndruck etc. nicht gegen den *bergbaulichen* Verein richtet — der doch seiner Vergangenheit und Bestimmung entsprechend der nächste dazu wäre —, sondern dass die Bergleute und andere Bürger im Syndikat den Volksfeind sehen und nicht selten verlangen, *das Gesetz soll es verbieten* . . .

Vom Arbeiterstandpunkte aus betrachte ich aber die Unternehmertcartelle à la Kohlensyndikat nicht mit feindlichen Blicken. Die Syndikate sind notwendige Folgen unserer Wirtschaftsentwicklung, wie andererseits die Arbeitergewerkschaften. Ich wünsche, dass die augenblicklichen Verhandlungen über die Syndikatserneuerung zur Neubildung der Gesellschaft führen mögen. Die Entwicklung der Industrie stört sich ja auch nicht an unseren Wünschen. Der Zusammenschluss der Zechen muss und wird kommen, entweder so oder so. Kommt das Syndikat in alter Form — abgesehen von einigen Modificationen — nicht zu stande, dann wird nach vorherigem Concurrentenkampf das Ende ein Trübsal der grössten Gesellschaften sein; jetzt schon commandieren die 12 grössten über 48% der ganzen Syndikatförderung, die 72 anderen Syndikatgruben sind oft machtlos. Eine Verkaufscorporation ist gewiss einem vertrusteten Mammutunternehmen vorzuziehen. Die Accumulation des Capitals halten keine frommen Wünsche auf; mag sich also das Syndikat trotz alledem nur erneuern! Wenn in der *Cölnischen Volkszeitung* auch fortwährend angeblich von volks- und arbeiterfreundlicher Seite Stimmung gegen das Syndikat gemacht wird, so weiss man doch, was dahinter steckt; teils ist es reactionäre Gesinnung, die sich mit der modernen Entwicklung nicht abfinden kann; teils kommen bekannte *Outsider* zu Wort, deren politische Parteinähe der *Cölnischen Volkszeitung* entspricht. Es sei aber hier ausgesprochen, dass gerade die von der *Cölnischen Volkszeitung* protegirten Nicht-

syndikatszechen *Deutscher Kaiser* (Firma Tyssen) und *Neumühl* sich unter den Ruhrbergleuten wegen der schlechten Arbeiterbehandlung eines sehr üblen Rufes erfreuen. Auch dort sind — und zwar trotz anhaltend flotter Förderung — die Löhne gedrückt; auf *Deutscher Kaiser* sank schon 1900 der Durchschnittslohn von 1368 auf 1356 Mark, wie aus dem Bericht des Ruhrorter Handelskammer ersichtlich, während er im ganzen Ruhrbergbau noch von 1255 auf 1332 Mark stieg! Man glaube nur nicht, die Nichtsyndikatszechen hätten entsprechend ihrem steigenden Absatz den Arbeitern wenigstens keinen Lohnabzug gemacht. *Laugenbräun*, eine der bedeutendsten Nichtsyndikatsgruben, zahlte 1902 dieselbe Ausbeute (600 Mark pro Kux) wie 1899, aber die Löhne sind um 30 bis 40% gefallen. Nur weil die *Aussenseiter* keine Feierschichten einlegten, strömten die Arbeiter gern dorthin, die Schichtlöhne stehen auf den nichtsyndicierten Gruben genau so schlecht, wie auf den anderen. Selbstverständlich machen sich die Nichtsyndikatler die durch das Syndikat geschaffene Situation zu nutze: sie verkaufen einige Mark unter Syndikatspreis, steigern dadurch ihren Absatz, kaufen aber die Arbeiterkraft zu der üblichen Taxe. Da keine Feierschichten, sondern stets eher Ueberschichten nötig waren, mochte sich die Gewinnquote pro Tonne erniedrigen, aber die viel höhere Gesamtförderung glich das reichlich wieder aus. *Die Masse muss es bringen*, darauf hätte auch das Syndikat Bedacht nehmen sollen, dann hätten sich schon inländische Abnehmer für die alte Fördermenge gefunden. Es ist vollkommen richtig: die *Outsider* haben ohne Opfer mitprofitiert von der durch das Syndikat geschaffenen besseren Finanzlage der Ruhrzechen. Wie ja auch die von den Unternehmern so sehr geliebten unorganisierten Arbeiter die Gewerkschaften säen lassen, um schmarotzend an der Ernte teil zu nehmen.

Oh ohne Syndikat die Hochconjunctur wildere Preisschraubereien brachte, das ist auch eine Doctorfrage — ich möchte sie bejahen. Natürlich folgt daraus, dass ich eine noch schärfere Krise als Nachwehen der syndikatlosen Zeit annehme. Auch dem ist so. Schon 1894, als das Syndikat durch Förderbeschränkung Feierschichten veranlasste, habe ich auf die früheren Jahre hingewiesen, wo zwar die Feierschichten nicht so regelmässig, aber darum doch nicht geringer auftraten. Als das Syndikat noch nicht bestand, war auch der Lohnsturz in der Geschäftsflaute stärker, die Arbeiterentlassungen — in den siebziger und achtziger Jahren — umfangreicher. Alles das ist nur zu erklärlich, denn das heute grossartig organisierte Syndikatsgeschäft vermag gerade in schlechter Geschäftszeit eher die Käufer ausfindig zu machen, als die kaufmännisch oft sehr mangelhaft geschulten Verwaltungen, zumal der kleineren Zeehen. Wie die Gewerkschaftsorganisationen bewiesen haben, dass sie die Arbeiterbewegung in ruhige, aber zielsichere Bahnen lenkten, die wilden Strikes verhinderten, so erwartet man von den Unternehmer-syndikaten eine Ausgleichung der volkswirtschaftlichen Wellenbewegung. Bis 1898 ist das Kohlensyndikat seiner Mission ziemlich gerecht geworden — stellen wir keine überspannten Ansprüche! — von da an aber begannen die wilden Strikes im Kohlen- und Coaksgeschäft; die Folgen erleben wir noch jetzt. Wie ich die Syndikatswirtschaft in den letzten Jahren beurteile, ist oben nachzulesen. Aber dadurch wird meine principielle Stellung zu den Cartellen nicht tangiert.

Gerade vom Arbeiterstandpunct wünsche ich die Erhaltung des Kohlensyndikats. Fällt es, so ist die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes dadurch nicht gebessert, vielmehr muss die Kosten des schon angekündigten *Concurrenzkampfes bis aufs Messer* der immer noch schwach organisierte Arbeiter tragen. Wenn man die Arbeiterverhältnisse unter der Herrschaft des Syndikats vergleicht mit denen der früheren Zeit, so kann von einer ab-

soluten Benachteiligung der Belegschaften nicht gesprochen werden; nur im Verhältnis zum Unternehmergewinn und zur Verteuerung der Lebensbedürfnisse ist der Arbeiterlohn zurückgeblieben; in ungehörigster Weise verschlechtert hat er sich erst seit 1900, und zwar durch die absatzschwächende, daher falsche Preispolitik des Syndikats. Hier ist ein absolut niedergedrückter Einfluss des Cartells auf das Arbeitereinkommen unbestreitbar.

Diesen Wirkungen des Syndikats, wie aller Cartelle der Unternehmer, kann die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter nur mit Erfolg entgegenreten, wenn unser Coalitionsrecht ein wirklich freies und gleiches sein wird. Die aus natürlichen Gründen unaufhaltsame Concentration der Capitalmacht verlangt, die Cartelle, Syndikate, Trusts, bedingen den Fortfall all der kleinlichen polizeilichen Beschränkungen des Vereinsrechts. Will man dem concentrirten Riesencapital nicht die Volkswohlfahrt auf Gnade und Ungnade ausliefern, so müssen seiner Selbstsucht Zügel angelegt werden durch die Coalition der Arbeiter respective der Consumenten. Es wird sich dann meines Erachtens im Fluss der Zeiten bald ein Vertragsverhältnis zwischen den gegensätzlichen Factoren herausbilden, als Vorstufe zu einer höher organisierten Wirtschaftsgemeinschaft. Gerade beim Bergbau auf Kohle lassen sich Einigungsämter, Tarifverträge, Lohnregulierungsstellen um so eher schaffen, als durch die starke Coalition der Werkbesitzer Einheitspreise unter reeller Berücksichtigung der Selbstkosten leicht zu stipulieren sind; hierbei muss der auskömmliche Arbeiterlohn als Basis für die Preisbildung dienen. Welche vernünftigen Gründe sprechen gegen solches Verfahren? Wer selbst für sich das Recht zur Coalition im vollsten Masse ausnutzt, darf es billigerweise anderen nicht beschneiden; wer selbst seine Ware zu guten Preisen verkaufen will, darf dem Arbeiter nicht verwehren, seine Ware Arbeitskraft möglichst profitabel zu verwerten; wer selbst die Consumenten an eine Centralstelle verweist, den einzelnen Zechen verbietet, anders als durch das Syndikat Verkäufe zu tätigen, dem steht es schlecht an, Arbeiterverbände nicht anzuerkennen, nur mit unserer Belegschaft verhandeln zu wollen. Das Herrenmenschentum ist unter den Syndikatsleuten sehr stark verbreitet, dies bringt manche sonst modern Denkende gegen die Syndikatsbildungen auf. Aber mit Gefühlsaufwallungen ist uns nicht gedient, wir haben mit Tatsachen zu rechnen. Den cartellierten Bedrückern gegenüber helfen nur Cartelle der Unterdrückten. Sie werden sich Anerkennung zu verschaffen wissen.

## Wesen und Arten der Genossenschaften.

Von

Heinrich Kaufmann.

(Hamburg.)

Ein Blick auf die Genossenschaftsbewegung der Gegenwart zeigt eine sinnverwirrende Fülle der Arten und Formen von Genossenschaften, die oft zu einander im schärfsten Interessengegensatz stehen.

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird vielfach zwischen den Arten der Genossenschaften nicht scharf genug unterschieden. Es kommt nicht selten vor, dass jemand die Genossenschaften bis in den Himmel erhebt, während vielleicht sein Freund und Gesinnungsgenosse für sie nur Worte des schärfsten Tadelns hat. Bei näherer Betrachtung zeigt sich dann meistens, dass der eine an diese, der andere an jene Art der Genossenschaften denkt. So findet man nicht selten in conservativen Zeitungen allgemein gehaltene Artikel, die ein warmes Loblied auf die Genossen-

schaften singen, und zwei Spalten weiter werden dann die Consumgenossenschaften in der heftigsten Weise angegriffen. Der Verfasser, der allgemein über Genossenschaften sprach, dachte dabei nicht an die Consumgenossenschaften, sondern an diese oder jene Art von landwirtschaftlichen Genossenschaften. Auch in Arbeiterblättern findet man nicht selten, dass schlechtweg von Genossenschaften gesprochen wird, während doch nur eine oder einige Arten von Genossenschaften gemeint sein können.

Eine nicht selten vorkommende Unterscheidung ist die Einteilung in Handwerker- und Arbeitergenossenschaften. Diese Unterscheidung nimmt nur ganz im groben auf den Beruf der Genossen Bezug, trifft jedoch das Wesen der Genossenschaft nicht im geringsten.

Eine andere Unterscheidung ist die Einteilung der Genossenschaften in landwirtschaftliche und industrielle Genossenschaften. Bei dieser Unterscheidung wird darauf Bezug genommen, ob die Genossen den industriellen oder den landwirtschaftlichen Bevölkerungsklassen angehören. Wir wir später nachweisen werden, ist aber ein Gegensatz zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Genossenschaften an sich durchaus nicht vorhanden. Vielmehr hat fast jede Genossenschaftsart sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft eine ihr eigentümliche Form gefunden.

Eine bessere Gliederung gibt die Bezugnahme auf die Functionen der Genossenschaft. Danach unterscheidet man Distributiv- und Productivgenossenschaften. Zu den Distributivgenossenschaften zählt man die Credit-, Rohstoff-, Consum-, Werk-, Bau und Magazingenossenschaften<sup>1)</sup>, während man die Productivgenossenschaften in Handwerker- und Arbeiterproductivgenossenschaften, Wohlfahrtsproductivgenossenschaften, Unternehmerproductivgenossenschaften und Consumentenproductionsgenossenschaften zerfallen lässt.<sup>2)</sup> Parisius und Crüger unterscheiden nur drei Arten von Productivgenossenschaften, nämlich 1. Genossenschaften, bei denen sich Genossen desselben Erwerbes, eventuell unter Zuziehung von Capitalisten u. s. w., zusammentun, um gemeinschaftlich Waren anzufertigen respective zu verarbeiten, 2. Genossenschaften, zu denen sich eine Anzahl Personen vereinigen, um für den eigenen Gebrauch Waren herzustellen, 3. Genossenschaften, die allerdings auf Production gerichtet sind, bei denen die Genossenschaft aber nur die äussere Form des Geschäftsbetriebes abgibt.

Gegen die Einteilung der Genossenschaften in distributive und productive wendet sich Dr. Franz Oppenheimer, indem er ausführt: »Man kann den Begriff der Production unter keinen Umständen auf die mechanische Tätigkeit der Umformung eines rohen Stoffes zu einer Ware beschränken. Es besteht im Gegenteil wohl Uebereinstimmung darüber, dass zur Production jede Tätigkeit der Formung und Bewegung des Stoffes gehört von dem Augenblicke, wo die erste Handreichung zur Gewinnung des Rohstoffes getan wird, bis zu dem Augenblicke, wo die fertige Ware in die Hand des wirklichen Verzehrers kommt.«<sup>3)</sup> Oppenheimer teilt die Genossenschaften nach den wirtschaftlichen Beziehungen, in denen dieselben zu ihren Mitgliedern stehen, in Käufer- und Verkäufergenossenschaften. Zu den Käufergenossenschaften rechnet er die Consumgenossenschaften, die Credit-, Rohstoff- und Werkgenossenschaften und die Baugenossenschaften, zu den Verkäufergenossenschaften die Productiv- und Magazingenossenschaften.

<sup>1)</sup> Vergl. Ludolf Parisius und Dr. Hans Crüger: *Das Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, mit Commentar* (Berlin 1903), pag. 130.

<sup>2)</sup> Vergl. W. Häntschke: *Die gewerblichen Productivgenossenschaften in Deutschland* (Charlottenburg 1894), pag. 5.

<sup>3)</sup> Vergl. Dr. Franz Oppenheimer: *Die Siedelungsgenossenschaft* (Berlin 1898), pag. 43.

Welche Schwierigkeiten es bisher gemacht hat, eine erschöpfende Einteilung der Genossenschaften zu finden, zeigt am deutlichsten Dr. Crüger in seinem Büchlein *Aus Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Genossenschaften*, wo es heisst:

„Die Definition der *Genossenschaft* in dem Sinne, den wir heute in Deutschland mit dem Worte verbinden, finden wir in knapper und doch umfassender Form in dem Genossenschaftsgesetz. Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Die allgemein übliche Einteilung der Genossenschaften ist die distributive und productive; zu ersteren gehören alle die Genossenschaftsarten, die auf einen gemeinsamen Bezug von Waren und Aufteilung derselben unter die Mitglieder gerichtet sind, zum Beispiel die Rohstoffgenossenschaften, aber auch Creditvereine und Baugenossenschaften fallen darunter, — zu den productiven Genossenschaften zählen alle, die in irgend einem Sinne der Production dienen, zum Beispiel die eigentlichen Productivgenossenschaften, die Magazingenossenschaften . . . .

Freilich ist diese Einteilung nicht erschöpfend und für viele Genossenschaften nicht bestimmt genug. Das gilt aber wohl von jeder Classificierung.

Auch die Einteilung in Käufer- und Verkäufergenossenschaften hat den gleichen Fehler, sie beruht auf dem Interessenstandpunct der Mitglieder. Zu den ersteren gehören die Consum-, Rohstoff-, Credit-, Baugenossenschaften u. s. w., zu den letzteren die Magazin- und Productivgenossenschaften. Die Einteilung deckt sich in der Regel mit der zuerst angeführten. Nach der gesetzlichen Definition wird man zu unterscheiden haben Genossenschaften, die den Erwerb, und solche, die die Wirtschaft der Mitglieder fördern. Die Förderung des Erwerbs wird durch Erhöhung der Einnahmen, die der Wirtschaft durch Herabsetzung der Ausgaben erzielt. Dorthin gehören im allgemeinen die productiven, hierher die distributiven Genossenschaften, doch wird man die Credit- und Rohstoffgenossenschaften zu denen zu zählen haben, die der Förderung des Erwerbs der Mitglieder dienen . . . .

Die Genossenschaft ist so vielseitig und lässt sich auf so mannigfache Geschäftszweige anwenden, kommt in so vielgestaltiger Form vor, dass keine Einteilung ausreicht.<sup>4)</sup>

Ich will trotzdem in nachfolgendem versuchen, eine erschöpfende Einteilung der Genossenschaften zu finden. Wenden wir zunächst unseren Blick auf das Genossenschaftsgesetz. Das Genossenschaftsgesetz lässt sich auf eine systematische Einteilung der Genossenschaften nicht ein, sondern es bringt nur eine Definition des Begriffs *Genossenschaft* und nennt unter Bezugnahme auf die Function der Genossenschaften eine Anzahl von Arten derselben.

Nach der Definition des Gesetzes (§ 1) sind die Genossenschaften *Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken*; und dann werden aufgezählt:

• . . . . namentlich 1. Vorschuss- und Creditvereine, 2. Rohstoffvereine, 3. Vereine zum gemeinschaftlichen Verkauf landwirtschaftlicher oder gewerblicher Erzeugnisse (Absatzgenossenschaften, Magazinvereine), 4. Vereine zur Herstellung von Gegenständen zum Verkaufe derselben auf gemeinschaftliche Rechnung (Productivgenossenschaften), 5. Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- oder Wirtschaftsbedürfnissen im grossen und Ablass im kleinen (Consumvereine), 6. Vereine zur Beschaffung von Gegenständen des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes und zur Benutzung derselben auf gemeinschaftliche Rechnung, 7. Vereine zur Herstellung von Wohnungen.

Nach der Definition des Gesetzes gehört zum Charakteristikum der Genossenschaften ein dreifaches. Dieselben müssen sein Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, sie müssen bezwecken die Förderung des Erwerbs

<sup>4)</sup> Vergl. Dr. Hans Crüger: *Aus Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Genossenschaften* (Berlin 1898), pag. 32.

oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, ihr Zweck muss erreicht werden durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb.

Gesellschaften sind die Genossenschaften ebenso wie die Handelsgesellschaften, im Gegensatz zu den loseren Vereinigungen, die nach den Landesgesetzen zu beurteilen sind. Der Begriff *Gesellschaft* bewegt sich vorzugsweise auf privatrechtlichem Gebiet und kann daher auch durch *Verein*, einen Begriff, der vorzugsweise auf dem öffentlichen Gebiet liegt, nicht wohl ersetzt werden. Die Genossenschaften sind Gesellschaften mit nicht geschlossener Mitgliederzahl. Es ist daher ein beständiger Wechsel in dem Bestande der Mitglieder möglich. Die Genossenschaft kann daher auch kein bestimmt fixiertes Grundcapital haben und unterscheidet sich dadurch wesentlich von den Handelsgesellschaften, die im Gegensatz zu den Genossenschaften als *Capitalgesellschaften* bezeichnet werden müssen. Der Träger der Handelsgesellschaft, deren reinste Form die Actiengesellschaft ist, ist das Capital. Der Träger der Genossenschaft kann nur die Person sein, da eben das Capital der Genossenschaft nicht fest fixiert werden kann. Die Genossenschaften sind also *Personengesellschaften*, ein Merkmal, das auch noch durch verschiedene Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes scharf ausgeprägt wird. Durch ihren Zweck *Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder* werden die Genossenschaften im weiteren Sinne als *Erwerbsgesellschaften* charakterisiert und unterscheiden sich so von ähnlichen Vereinigungen, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen.

Der Zweck der Genossenschaften wird erreicht durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Gemeinschaftlich, das heisst, das Geschäft muss in den Händen der Mitglieder liegen, welche direct oder durch dazu gewählte Personen das Geschäft leiten, welche auch — wo es erforderlich ist — in irgend einer Form die Mittel zur Führung des Geschäfts aufbringen und welche die durch den Geschäftsbetrieb erzielten wirtschaftlichen Vorteile sich zu eigen machen.

Das Wort *Geschäftsbetrieb* bezeichnet eine dauernde, in sich geschlossene Tätigkeit, ein wirtschaftliches Unternehmen. Die Tätigkeit, welche zur Aufrechterhaltung eines Geschäftsbetriebes notwendig ist, ist dreifacher Art, nämlich: Einkauf, Umwandlung und Verkauf. Der Fabrikant kauft die Rohstoffe, wandelt sie durch Arbeit um und bringt das als gewonnene Product zum Verkauf. In diesem Falle ist eine qualitative Umwandlung zu verzeichnen, die wir gemeinhin mit dem Namen *Production* belegen. Der Krämer kauft eine Ware in grösseren Mengen und verkauft sie abgewogen oder gemessen in kleineren Quantitäten. Auch hier hat eine Umwandlung stattgefunden, aber nicht eine Umwandlung in der Qualität, sondern in der Quantität. Eine Tätigkeit dieser Art bezeichnet man als *distributiv*. An die Stelle der Qualität- oder Quantitätsveränderung kann auch die einfache Ortsveränderung treten, die allerdings meistens mit einer quantitativen Aenderung verbunden ist.

Auch bei der gewerbmässigen Gewinnung von Rohstoffen lässt sich im allgemeinen diese Dreiteilung unterscheiden. Das Rohstofflager (Bergwerk), das Recht, Rohstoffe zu sammeln u. s. w., muss erworben werden. Dieser Erwerb kommt der Function des Einkaufs gleich, die Gewinnung selbst, das Loslösen vom Lager, das Sammeln in Körben u. s. w. ist die Umwandlung. Das gewonnene Product kommt zum Verkauf. Selbst die Tätigkeit des Lohnarbeiters kann unter dem Gesichtspunct der Dreiteilung, in Einkauf, Umwandlung und Verkauf gebracht werden. Der Lohnarbeiter kauft das, was er zu seines Leibes Nahrung und Notdurft bedarf, ein, wandelt es durch die organische Tätigkeit seines Körpers in Arbeitskraft um und verkauft die Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Eine Ausnahme macht die Tätigkeit der Speculanten, zum Beispiel des Grundstückspeculanten, des Speculanten in Wertpapieren u. s. w., der lediglich kauft und verkauft. Irgend eine Umwandlung, weder in Qualität noch Quantität noch in

Ortsbewegung des gekauften Objectes nimmt er nicht vor. Immerhin beruht auch seine Tätigkeit darauf, dass eine Umwandlung im gewissen Sinne, aber ohne sein Zutun, eintritt, nämlich eine Wertzunahme des Handelsobjectes, eine Preissteigerung der Grundstücke, eine Erhöhung des Curses der Wertpapiere. Diese Erhöhung des Wertes ist etwas, das ausserhalb seiner Tätigkeit liegt und mehr oder minder dem Zufall anheimgegeben ist. Die Tätigkeit des Speculanten gleicht daher durchaus derjenigen des Lotterie-, Karten- oder sonstigen Glücksspieler. Eine wirtschaftliche Tätigkeit im eigentlichen Sinne kann man sie kaum nennen.

Die Dreiteilung des Geschäftsbetriebes in Einkauf, Umwandlung und Verkauf ist für meinen Versuch einer erschöpfenden Einteilung der Genossenschaften entscheidend. Es sind jedoch noch einige weitere Beziehungen ins Auge zu fassen. Die Voraussetzung eines jeden Geschäftsbetriebs ist eine bestimmte Capitalmenge, der Zweck des Geschäftsbetriebes die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile.

Die wirtschaftlichen Vorteile sind erstens um so grösser, je fruchtbarer der zwischen Einkauf und Verkauf liegende Umwandlungsprocess gemacht wird. Die Umwandlung geschieht durch Arbeit, und sie ist um so fruchtbarer, je mehr es gelingt, die Corporation der Arbeit, Zusammenarbeit und Zusammenwirken von Menschen und Maschinen in möglichst weitem Umfange in ihren Dienst zu stellen. Der Umwandlungsprocess, der in weitestem Masse sich der Corporation der Arbeit bedient, verändert in Qualität oder Quantität grosse Mengen, bedarf zahlreicher Arbeitskräfte und Maschinen, grosser Gebäude u. s. w.; seine Voraussetzung ist eine möglichst grosse Capitalmenge. Wo diese Capitalmenge vorhanden ist, da kann der Umwandlungsprocess auf der breitesten Grundlage vorgenommen werden und die denkbar höchsten Erträge liefern. Die Aufbringung solcher Capitalmengen übersteigt die Kraft des einzelnen, es tun zahlreiche Personen ihr Capital zusammen, und es entstehen die Capitalgesellschaften zum gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Solange die wirtschaftliche Entwicklung sich auf der Linie einer immer besseren Organisation der Arbeit und damit einer steigenden Productivität des Umwandlungsprocesses bewegt, ist der Träger dieser wirtschaftlichen Entwicklung das Capital beziehungsweise die Capitalgesellschaft. Es ist die Zeit der Entwicklung vom Klein- zum Grossbetrieb, in der wir zum grossen Teil noch heute stehen. Immerhin machen sich heute schon Anzeichen geltend, dass diese Entwicklungslinie nicht in ununterbrochenem Aufstieg bis in den Himmel hinein läuft. Die denkbar höchste Corporation der Arbeit ist in jedem einzelnen Productionszweige ausserordentlich verschieden. Während in dem einen Productionszweige erst bei Beschäftigung von Tausenden von Arbeitern Zusammenarbeit, Arbeitsteilung und Maschinenarbeit ihre höchste Ausbildung erlangt, geschieht dies in anderen Productionszweigen schon bei Beschäftigung von vielleicht 50 bis 100 Personen. Eine neue bessere Technik wird dann ja vielleicht wieder einen weiteren Aufstieg, eine höhere Corporation der Arbeit, eine weitere Steigerung zum Grossbetrieb ermöglichen. Hemmend wirken dagegen wieder vielfach die Absatz- und Marktverhältnisse, die es nicht rentabel machen, etwas von einem Punkte aus für Deutschland zu fabricieren, sondern dahin führen, Fabriken in verschiedenen Teilen Deutschlands anzulegen, wie das von zahlreichen dominierenden Firmen, namentlich der Nahrungsmittelbranche, auch bereits geschehen ist.

Wirtschaftliche Vorteile sind beim Geschäftsbetrieb zweitens zu erzielen durch Einkauf einer möglichst grossen Menge des umzuwandelnden Products, wodurch diejenigen Zwischenhände, die bisher für den Kleinbetrieb die vorzunehmende quantitative Umwandlung vornehmen, ausgeschaltet werden. Der handwerksmässig arbeitende Tischler ist gezwungen, sein Holz beim Holzhändler zu kaufen, die grosse Möbelfabrik oder Baugesellschaft bezieht Holz in ganzen Schiffsladungen direct aus dem Productionlande.

Wirtschaftliche Vorteile erzielt der Geschäftsbetrieb drittens im Ver-

kaufe durch Zusammenlegung des Products zu einer marktfähigen Menge, indem auch hier Zwischenhände, die für den Kleinbetrieb die quantitativen Umwandlungen vornehmen, ausgeschaltet werden. Die Exportschlächtereier liefert geräuchertes Fleisch- und Wurstwaren in marktfähiger Menge direct an die Verkäufer, der Kleinbauer ist gezwungen, seine Jahresproduction an 4 geräucherten Schinken und 25 Pfund geräucherter Mettwurst dem Aufkäufer abzutreten, der mit seinem Fuhrwerk von Hof zu Hof fährt und die aufgekauften Producte an den Grossisten abgibt, der seinerseits erst an dieselben Abnehmer liefert, an welche die Exportschlächtereier direct liefern kann. Die wirtschaftlichen Vorteile des Grosseinkaufes und des Verkaufes in marktfähigen Mengen hat derjenige Geschäftsbetrieb, der auf einer weitgehenden Corporation der Arbeit beruht, von vornherein, und er bedarf zur Herbeiführung dieser Vorteile nicht noch besonderer Vereinigungen.

Eine weitere Entwicklung nach oben zeigt sich jedoch noch darin, dass diese Grossbetriebe sich ihrerseits wieder zum gemeinsamen Verkauf zusammenschliessen, nicht um marktfähige Mengen zu erzielen, sondern um den Markt zu beherrschen und zu controlieren und auf Grund dieser Machtstellung die Production durch Einschränkung oder Ausdehnung der Nachfrage anzupassen. Es ist dies die Entwicklung zu den Trusts und Ringen. Der Unterschied zwischen der Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Grossbetrieb und der Entwicklung vom Grossbetrieb zum Ring ist der, dass im ersten Falle durch die höhere Corporation der Arbeit im Umwandlungsprocess, im zweiten Falle durch die monopolartige Beherrschung des Verkaufes die wirtschaftliche Ueberlegenheit erreicht wird. Es ist übrigens nicht notwendig, dass ein Ring immer von der Verkaufsseite aus den Markt zu beherrschen sucht und dem Consumenten die Preise in die Höhe treibt. Ebenso kann die Beherrschung des Marktes von der Einkaufsseite aus geschehen und sich in erster Linie gegen die Producenten richten.

Die Trägerin der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung ist, wie gesagt, in der Hauptsache die Capitalgesellschaft. Ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit gegenüber dem alten Kleinbetrieb beruht darauf, dass sie durch Vereinigung der Capitaalkraft vieler die Mittel aufbringt, um auf immer breiterer Grundlage die fruchtbringende Corporation der Arbeit im Umwandlungsprocess des Geschäftsbetriebes in ihren Dienst zu stellen. Verbunden damit sind die Vorteile des Grosseinkaufes der Rohmaterialien und der Production von marktfähigen Warenmengen. Wo nun der Corporation der Arbeit aus der Natur des Umwandlungsprocesses Schwierigkeiten erwachsen, sei es, dass es sich nur um einfache Dienstleistungen handelt, sei es, dass nicht eine mechanische, sondern eine organische Production in Frage kommt, sei es, dass eine mangelnde Technik eine umfangreiche Corporation der Arbeit nicht erlaubt, da ist die Ueberlegenheit der reinen Capitalgesellschaft problematisch, und es erweisen sich andere Formen des Zusammenschlusses zum gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb als die stärkeren im wirtschaftlichen Kampf ums Dasein. An die Stelle der Capitalgesellschaft tritt die Personengesellschaft, deren wichtigste erwerbsgesellschaftliche Form die Genossenschaft ist. Wir finden also die Genossenschaft einmal auf demjenigen Teil des wirtschaftlichen Bodens, den die Capitalgesellschaft überhaupt nicht oder noch nicht bebauen kann. Die Genossenschaft wird in manchen Fällen als eine Vorfrucht der Capitalgesellschaft auftreten.

Es ist jedoch eine zweite Lücke vorhanden, durch welche die Genossenschaft siegreich in unser Wirtschaftsleben eindringt, und zwar nicht als Vorfrucht der Capitalgesellschaft oder Bewohnerin eines capitalistischen sterilen Bodens, sondern als siegreicher Concurrent der Capitalgesellschaft selbst und als Nachfolger und Erbe derselben. Hier ist nicht die Genossenschaft, sondern die Capitalgesellschaft die Vorfrucht.

Wenden wir unseren Blick zurück zu der Dreiteilung des Geschäftsbetriebes,

in Einkauf, Umwandlung und Verkauf. Die Voraussetzung ist Capital, und der Zweck wirtschaftliche Vorteile. Die Capitalgesellschaft gibt für den Geschäftsbetrieb das Capital her, sie trägt den aus dem Geschäftsbetriebe erwachsenden Gewinn oder Verlust, und sie leitet den Geschäftsbetrieb gemeinschaftlich. In eine weitere Beziehung treten die Capitalgeber zum Einkauf, Umwandlung und Verkauf nicht. Auch die Mitglieder der Genossenschaft geben die Voraussetzung des Geschäftsbetriebes, das Capital, auch sie tragen Gewinn oder Verlust des Geschäftsbetriebes, und auch sie üben die gemeinschaftliche Leitung aus. Ausserdem aber stehen die Genossen in irgend einer Beziehung entweder zum Einkauf oder zum Umwandlungsprocess oder zum Verkauf. Durch diese Beziehung wird der Zusammenschluss ein engerer, als es bei der Capitalgesellschaft möglich ist. Die Genossenschaft erweist sich als eine höhere Form des Zusammenschlusses, und sie hat daher auch nach naturwissenschaftlichen Gesetzen die Aussicht, sich im wirtschaftlichen Kampf ums Dasein als die stärkere Form des Zusammenschlusses auch da zu erweisen, wo sie zu der Capitalgesellschaft in directe Concurrenz tritt.

Aus den Beziehungen der Genossen zum Einkauf oder zur Umwandlung oder zum Verkauf ergibt sich eine ganz natürliche Dreiteilung der Genossenschaftsarten.

Die Actiengesellschaft *Obstimport* kauft das Obst bei den Producenten, versendet es, sortiert es, bringt es in marktfähige Mengen und verkauft es an den Händler. Die Actiengesellschaft *Nordhäuser Kornbranntweinbrennerei* kauft das Getreide auf dem Markt, verarbeitet es zu Branntwein und verkauft den Branntwein wiederum auf dem Markt. Die Obstverwertungsgenossenschaft dagegen kauft nicht das Obst von irgend einem Producenten, sondern sie bezieht es von den Genossen selbst, die Genossen sind die Lieferanten des zu verwertenden Productes. Die Brenneigenossenschaft *Ober-Niederdorf* kauft das zu bearbeitende Product, sei es Kartoffeln oder sei es Korn, nicht auf dem Markt, sondern die Mitglieder der Genossenschaft sind die Lieferanten dieses Productes. In Genossenschaften dieser Art treten die Genossen zu der Function des Einkaufs des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes als Lieferanten in Beziehung. Die Actiengesellschaft *Bremer Cigarrenfabrik* kauft den Tabak auf dem Markt, wandeln ihn durch bezahlte Arbeitskräfte in Cigarren um und verkauft die Cigarren auf dem Markt. Die Hamburger *Tabakarbeitergenossenschaft* kauft den Tabak auf dem Markt, wandelt ihn durch ihre Genossen in Cigarren um und verkauft die Cigarren auf dem Markt. In diesem Falle treten die Genossen zu dem Umwandlungsprocess in Beziehung dadurch, dass sie diesen Umwandlungsprocess selbst ausführen. Die Actiengesellschaft *Warenhaus* kauft ihre Waren in grossen Mengen auf dem Markt, detaillirt sie und verkauft sie in kleinen Mengen an die Consumenten. Die Consungengenossenschaft *Vorwärts* kauft ihre Waren in grossen Mengen auf dem Markt, detaillirt sie und verkauft sie an ihre Genossen. In diesem Falle treten die Genossen zu dem Verkaufsprocess in Beziehung als Bezieher.

Die Beziehungen der Genossen zu dem Geschäftsbetrieb können also dreifacher Art sein: 1. zu dem Einkauf als Lieferanten, 2. zu dem Umwandlungsprocess als Umwandler und 3. zu dem Verkauf als Bezieher.

Diese Beziehungen sind auch Ursache, Beweggrund gewesen für die Gründung der Genossenschaft. Die Lieferanten wollten ihr Product durch ihre Genossenschaft besser verwerten, die Umwandler wollten ihre Arbeitskraft durch die Genossenschaft besser bezahlt machen, die Bezieher wollten durch die Genossenschaft Waren günstiger beziehen. Danach sind zu unterscheiden: 1. Verwertungsgenossenschaften, 2. Umwandlungsgenossenschaften, 3. Bezugsgenossenschaften. Es ist keine

Genossenschaftsart denkbar, die nicht in eine dieser drei grossen Gruppen fällt.

Wenden wir unsere Betrachtungen zunächst den Verwertungsgenossenschaften zu. Die Verwertungsgenossenschaft setzt voraus, dass der Genosse Producte zu verwerten hat, und die Absicht der Genossen geht dahin, durch den Zusammenschluss zu einer Genossenschaft die Producte besser zu verwerten, als es sonst möglich erscheint. Der Genosse ist für die Einkaufsfunktion des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes Lieferant. In der Verwertungsgenossenschaft geben die Genossen das Material zum Ausgangspunct des Umwandlungsprocesses. Der Umwandlungsprocess des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes kann theils ein quantitativer, theils ein qualitativer sein. Ausgeschaltet werden meistens der Aufkäufer und der die Waren auf den Markt bringende Grossist, unter Umständen auch ein Zwischenproducent. Der Unternehmergeinn dieser Zwischenpersonen und der durch eine höhere Corporation der Arbeit erzielte Gewinn wird von der Genossenschaft nach Massgabe des gelieferten Productes an die Genossen verteilt. Sie erzielen für dieses Product einen höheren Preis, als es ohne Hilfe ihrer Genossenschaft möglich wäre.

Ein Teil der Verwertungsgenossenschaften nimmt nur eine quantitative Umwandlung des gelieferten Productes vor. Diese können distributive Verwertungsgenossenschaften genannt werden. Hierher gehören:

- a. Obstverkaufsgenossenschaften,
- b. Eierverkaufsgenossenschaften,
- c. Milchverkaufsgenossenschaften,
- d. Tabakverkaufsgenossenschaften,
- e. Verkaufsgenossenschaften gewerblicher Producte (Magazingenossenschaften).

Ein Teil der Verwertungsgenossenschaften nimmt eine qualitative Umwandlung vor, die productiven Verwertungsgenossenschaften. Hierher gehören:

- a. Molkereigenossenschaften der Landwirte,
- b. Müllerei- und Bäckereigenossenschaften der Landwirte,
- c. Schlächtereigenossenschaften der Landwirte,
- d. Winzergenossenschaften der Landwirte,
- e. Brennerigenossenschaften der Landwirte etc.

Diese productiven Verwertungsgenossenschaften werden vielfach als *landwirtschaftliche Productiegenossenschaften* bezeichnet. Es ist aber die Production nicht der eigentliche Zweck, sondern das Mittel zum Zweck, auch tritt nicht der Genosse als Umwandler zu dem Productionsprocess der Genossenschaft in Beziehung, er ist kein Arbeiter der Genossenschaft, sondern die Genossenschaft lässt die Arbeit durch bezahlte Arbeitskräfte verrichten. Es gibt allerdings auch landwirtschaftliche Productivenossenschaften, die aber, wie wir weiter unten sehen werden, ganz anderer Art sind.

Zu den Verwertungsgenossenschaften gehören ferner die Vereinigungen von Personen zur besseren Verwertung ihrer Arbeitskraft, sofern dieselben nicht in einem Umwandlungsprocess tätig sind, sondern Dienstleistungen verrichten. Hierher gehören:

- a. Barbiergenossenschaften,
- b. Fensterreinigungsgenossenschaften,
- c. Dienstmännerngenossenschaften etc.

Diese Gruppe wird vielfach auch unter die Productivenossenschaften gerechnet. Die Dienstleistungsgenossenschaften sind jedoch, wie klar ersichtlich, nicht in einem Umwandlungsprocess tätig, sondern sie suchen nur durch Organisation der Dienstleistungen ihre Arbeitskraft besser zu verwerten. Sie liefern der Genossenschaft das Rohproduct Arbeitskraft, diese wandelt es um in corporative

Arbeit und verkauft sie an den, welcher derselben bedarf; dagegen wird der Gegenstand ihrer Arbeit weder von der Genossenschaft eingekauft noch verkauft.

Endlich können sich noch Personen zusammenschliessen, um ihrer Genossenschaft nicht Producte, auch nicht Arbeitskraft, sondern Geld zur gemeinschaftlichen Verwertung zu überlassen. Es ist dies eine Genossenschaftsart, die eigentlich nie allein vorkommt, sondern stets in Verbindung mit anderen Genossenschaftsarten, nämlich die Spargenossenschaft. Die Rohform der Spargenossenschaft ist der Sparclub, der in manchen Städten unter den Industriearbeitern in der bösartigsten Weise grassiert. Jeder Gastwirt sucht aus seinen Stammgästen einen Sparclub einzurichten, die Mitglieder sind verpflichtet, wöchentlich eine bestimmte Summe in eine gemeinschaftliche Casse zu legen, dabei haben sie Gelegenheit, gleich einen Teil ihres Lohnes bei dem speculativen Gastwirt zu consumieren, und nicht selten ist die von den Spargenossen gemachte Zechen dreimal so hoch, als die Einlage. Dieses Unkraut der Sparclubs wird am nachhaltigsten bekämpft, und am sichersten verdrängt dadurch, dass die Spargenossenschaft eine Verbindung mit anderen Genossenschaftsarten eingeht. Vor allen Dingen kommen für die Arbeiter die Spar- und Consumgenossenschaften und Spar- und Baugenossenschaften in Frage. Auch gibt es Spar- und Rohstoffgenossenschaften. Am meisten hat die Creditgenossenschaft die Spargenossenschaft in ihren Dienst gestellt. Manche Creditgenossenschaften arbeiten hauptsächlich mit Spareinlagen von Nichtmitgliedern. Die Einlagen der Mitglieder bilden nur eine bescheidene Summe des Betriebscapitals. Die Creditgenossenschaft wird in dieser Verbindung leicht zu einer auf der Spargenossenschaft wuchernden Schmarotzerpflanze. Es ist daher durchaus nicht verwunderlich, dass der Anwalt Dr. Crüger als Vertreter der Interessen der Creditgenossenschaften über die von mir vor anderthalb Jahren im *Wochenbericht* gegebene Anregung, durch eine Organisation des Sparcassenwesens der Consumvereine das Geld der Massen in den Dienst der Massen zu stellen, in einer bis dahin in genossenschaftlichen Auseinandersetzungen unerhörten Weise herfiel. Das Bestreben, das Sparcassenwesen der Consumvereine zu entwickeln, musste den Gegensatz zwischen Consumgenossenschaften und Creditgenossenschaften in *Allgemeinen Verbände* auf die Spitze treiben, da hierdurch die Consumgenossenschaften den Creditgenossenschaften einen Teil der Grundlage ihrer Existenz entziehen.

Wir wenden uns zweitens zu den Umwandlungsgenossenschaften. An die Stelle des Lohnarbeiters tritt als Umwandler der Genosse, er ist ein Glied des Produktionsprocesses. Die Umwandlungsgenossenschaft schaltet den capitalistischen Unternehmer aus. An seine Stelle treten als Unternehmer die im Umwandlungsprocess tätigen Genossen. Die Umwandlung kann entweder eine quantitative oder eine quantitative sein. Danach sind zu unterscheiden Productivgenossenschaften und Distributivgenossenschaften. Erstere zerfallen in solche, die eine mechanische, und solche, die eine organische Production betreiben, also:

- a. industrielle Productivgenossenschaften,
- b. landwirtschaftliche Productivgenossenschaften.

Die industriellen Productivgenossenschaften, wie zum Beispiel die *Tabakarbeitergenossenschaft* in Hamburg, die *Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft* in Nordhausen sind bekannt. In diesen beiden Fällen sind die Genossen Arbeiter. Es handelt sich um *Arbeiterproductivgenossenschaften*. Ebenso ist es auch möglich, dass Handwerker, wie zum Beispiel in der Productivgenossenschaft der Schneider in Dresden, sich zu einer Productivgenossenschaft vereinigen. Man könnte eine solche Genossenschaft *Handwerkerproductivgenossenschaft* nennen. Im Grunde wird aber, sobald die Corporation der Arbeit durchgeführt ist, der in der Productivgenossenschaft tätige Handwerker nicht als Handwerker, sondern als Arbeiter zu bezeichnen sein, oder umgekehrt könnte man mit demselben Recht wie die Schneider in Dresden,

die gelernten Cigarrenmacher in Hamburg als Handwerker bezeichnen. Zwischen Arbeiterproductivgenossenschaften und Handwerkerproductivgenossenschaften ist irgend ein Unterschied nicht vorhanden. Etwas anderes würde es sein, wenn die Handwerker, etwa die Schneider, die Umwandlung nicht in einer gemeinschaftlichen Werkstätte, sondern jeder in eigener Werkstätte vornehmen würden und nur Einkauf und Verkauf genossenschaftlich organisiert wäre. In diesem Falle würden wir es nicht mit einer Productivgenossenschaft zu tun haben, sondern mit einer Verbindung von Bezugs- (Rohstoff-) und Verwertungs- (Magazin-) Genossenschaft.

Landwirtschaftliche Productivgenossenschaften würden genossenschaftliche Vereinigungen von Landarbeitern zum gemeinsamen Betrieb eines grösseren landwirtschaftlichen Besitzes, etwa eines grösseren Bauernhofes oder eines Gutes sein. Solche landwirtschaftlichen Productivgenossenschaften existieren meines Wissens in Deutschland nicht. Soweit ich orientiert bin, ist dagegen bei den Gartenbaucolonieen Einkauf, Umwandlung und Verkauf genossenschaftlich organisiert, und die Mitglieder sind zugleich diejenigen, welche als Arbeiter den gemeinschaftlichen Besitz bearbeiten. Diese Gartenbaucolonieen oder Gartenbaugenossenschaften sind somit landwirtschaftliche Productivgenossenschaften.

In den vorstehend behandelten Umwandlungsgenossenschaften wird eine qualitative Umwandlung vorgenommen. Es ist jedoch auch denkbar, dass sich Genossen zum Zwecke der quantitativen Umwandlung vereinigen. Nehmen wir zum Beispiel an, dass 50 Commis gemeinschaftlich und auf genossenschaftlicher Grundlage ein Warenhaus errichten und in diesem selbst als Verkäufer tätig sind, so hätten wir es nicht mit einer qualitativen, sondern mit einer quantitativen Umwandlung zu tun. Ich würde eine solche Genossenschaft unter die *Distributivgenossenschaften* stellen, und zwar als *Warenhausgenossenschaft*. Ferner kann man sich vorstellen, dass Transportarbeiter, wie zum Beispiel Droschkenkutscher, ihr Gewerbe auf genossenschaftlicher Grundlage betreiben. Ich würde eine solche Genossenschaft eine *Transportarbeitergenossenschaft* nennen. Transportarbeitergenossenschaften kommen in Deutschland nicht, wohl aber in Frankreich vor. Auch die Speichereiarbeiter könnten sich zu einer Genossenschaft vereinigen und den Lagerhausbetrieb gemeinschaftlich betreiben. Es würde eine *Speichereiarbeitergenossenschaft* entstehen. Transportarbeiter- und Speichereiarbeitergenossenschaften nehmen eine qualitative Umwandlung nicht vor. An die Stelle der qualitativen Umwandlung tritt eine Ortsveränderung. Sie gehören zu den *Distributivgenossenschaften*.

Die Umwandlungsgenossenschaften zerfallen in:

- I. *Distributivgenossenschaften*,
  - a. *Warenhausgenossenschaften*,
  - b. *Transportarbeitergenossenschaften*,
  - c. *Speichereiarbeitergenossenschaften* etc.
- II. *Productivgenossenschaften*,
  - a. *industrielle Productivgenossenschaften*,
  - b. *landwirtschaftliche Productivgenossenschaften*.

Es folgt nun die dritte und letzte grosse Gruppe der Genossenschaften, die *Bezugsgenossenschaften*. In der Bezugsgenossenschaft tritt der Genosse als Bezieher zu dem Verkaufsprocess in Beziehung. Ausgeschaltet wird ein Zwischenhändler oder Productent. Der Genosse ist gegenüber der Verkaufsfuction des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes der Abnehmer. Der Genosse kann in zweifacher Art als Bezieher oder Abnehmer zu der Bezugsgenossenschaft in Beziehung treten, nämlich: 1. indem er Waren für seine Erwerbstätigkeit, 2. indem er Waren für seinen Verbrauch, oder sagen wir, für seine *Wirtschaft* bezieht. Danach sind die Bezugsgenossenschaften in zwei grosse Gruppen

zu teilen, in Erwerbsbezugsgenossenschaften und Wirtschaftsbezugsgenossenschaften.

Die Erwerbsbezugsgenossenschaften sind teils landwirtschaftlicher, teils industrieller Natur; ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden ist jedoch nicht vorhanden. Die genossenschaftliche Vereinigung von Landwirten zum gemeinschaftlichen Bezug von Futterstoffen, Düngemitteln, Werkzeugen und Maschinen ist sehr häufig. Solche Genossenschaften bezeichnen sich vielfach als landwirtschaftliche Consumvereine oder landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften. Auch diejenigen genossenschaftlichen Vereinigungen der Landwirte, welche zum Zwecke des gemeinschaftlichen Besitzes und der Benutzung von Maschinen, zum Beispiel Dampfdreschmaschinen, errichtet sind, die landwirtschaftlichen Maschinengenossenschaften gehören in diese Kategorie, denn die Genossen treten zu der Genossenschaft in Beziehung als Abnehmer der Arbeitskraft der Maschinen. In die Kategorie der Bezugs-genossenschaften gehören auch die Zucht-tiergenossenschaften. Die Genossen sind Abnehmer einer bestimmten organischen Leistung eines Tieres. Auf dem Gebiet der Industrie finden wir am häufigsten Vereinigungen von Handwerkern und Händlern zum gemeinschaftlichen Bezug der für ihren Gewerbebetrieb notwendigen Rohstoffe, Werkzeuge und Waren, die Rohstoffgenossenschaften und die Einkaufsgenossenschaften der Kleinhändler. Industrielle Bezugs-genossenschaften sind ferner die Vereinigungen von Gewerbetreibenden zum gemeinschaftlichen Besitz und zur Benutzung von Maschinen und Werkzeugen, die Werkzeuggenossenschaften. In dieselbe Kategorie würden Vereinigungen von Gewerbetreibenden fallen, welche durch gemeinschaftliche Transportmittel Rohstoffe beziehen, während, wie wir oben sehen, Vereinigungen von Genossen zur gemeinschaftlichen Ausübung des Transportgewerbes in die Kategorie der Umwandlungsgenossenschaften fallen. Ebenso können Gewerbetreibende oder Landwirte Lagerhäuser und Speicher zum gemeinsamen Besitze und zur Einlagerung ihrer Producte benutzen, die Speicherei- und Lagergenossenschaften, zu denen meistens auch die landwirtschaftlichen Kornhausgenossenschaften zählen. Endlich kann von den Genossen statt Rohstoffe etc. auch Geld von der Genossenschaft bezogen werden. Die Genossen treten als Abnehmer eines ihnen eingeräumten Credits auf. Genossenschaften dieser Art nennt man *Creditgenossenschaften*. Wenn die Mitglieder der Creditgenossenschaften hauptsächlich der industriellen Bevölkerung angehören, so spricht man von *industriellen Creditgenossenschaften*, gehören sie den landwirtschaftlichen Bevölkerungskreisen an, so spricht man von *landwirtschaftlichen Creditgenossenschaften*. Die Erwerbsbezugsgenossenschaften zerfallen somit in:

- a. landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften,
- b. landwirtschaftliche Maschinengenossenschaften,
- c. Zucht-tiergenossenschaften,
- d. Rohstoffgenossenschaften,
- e. Einkaufsgenossenschaften der Kleinhändler,
- f. Werkzeuggenossenschaften,
- g. Transportgenossenschaften,
- h. Lagerhausgenossenschaften,
- i. Creditgenossenschaften.

Die Wirtschaftsbezugsgenossenschaften sind sämtlich Consum-tengenossenschaften. Die Consumenten können zu ihrer Genossenschaft in Beziehung treten als Abnehmer von im grossen eingekauften Waren, als Abnehmer von Wohnungen, die auf gemeinschaftliche Rechnung hergestellt sind, als Abnehmer einer Summe von Leistungen, bestehend in Logis, Essen, Trinken etc., die wir gewöhnlich mit dem Ausdruck *Pension* bezeichnen. Endlich können die Genossenschaften statt als Abnehmer von Gebrauchsartikeln, als Abnehmer anderer

Leistungen, etwa eines gemeinschaftlichen Schutzes zu ihrer Genossenschaft in Beziehung treten, zum Beispiel als Abnehmer eines Schutzes gegen Verluste bei Unfall, Feuerschaden, Hagelschaden etc. Solche Genossenschaften würden mit dem Namen *Versicherungsgenossenschaften* zu bezeichnen sein. Danach zerfallen die Wirtschaftsbezugs-genossenschaften oder Consumtengenossenschaften in:

- a. Consumtengenossenschaften,
- b. Productions-genossenschaften,
- c. Baugenossenschaften,
- d. Hauswirtschaftgenossenschaften,
- e. Versicherungsgenossenschaften.

Damit ist die Einteilung der Genossenschaften vollendet. Es ist, wie vorstehend nachgewiesen, keine Genossenschaftsart denkbar, die sich nicht leicht und bequem in dieses System fügt.

Bevor ich meine Betrachtungen schliesse, will ich jedoch noch auf ein Dreifaches hinweisen.

Erstens: ich bin in dem Vorstehenden überall davon ausgegangen, dass diejenigen Personen, die zu der Einkaufs- Umwandlungs- oder Verkaufsfunktion des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes in Beziehung treten, Genossen, das heisst Mitglieder der Genossenschaft sind. In der Praxis kommt es sehr häufig vor, dass ausser den Genossen auch noch andere Personen als Lieferanten, Umwandler oder Abnehmer zugelassen werden. Endlich gibt es auch Genossenschaften, bei denen sich solche Beziehungen nicht nachweisen lassen. Es ist für den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb aus bestimmten Gründen lediglich die genossenschaftliche Form gewählt worden, beziehungsweise es ist das, was das Wesen der Genossenschaft ausmacht, verloren gegangen. So kommt es vor, dass eine Productivgenossenschaft, in der zu Anfang nur die Genossen als Umwandler tätig waren, Lohnarbeiter einstellt; die Zahl der Lohnarbeiter wird immer grösser, und die der Genossen nimmt ab; schliesslich hören die Genossen auf, im Umwandlungsprocess tätig zu sein, und heimsen nur den durch den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb erzielten Gewinn ein. Der Betrieb ist nicht mehr seinem Wesen nach, sondern nur noch seiner Form nach eine Genossenschaft, während er seinem Wesen nach eine Capitalgesellschaft geworden ist. Die Umwandlung einer solchen Genossenschaft auch in eine formelle Capitalgesellschaft, zum Beispiel einer Actiengesellschaft, pflegt dann gewöhnlich nicht lange auf sich warten zu lassen. Diejenigen Genossenschaften, in denen nur die Genossen zum Einkauf, zur Umwandlung oder zum Verkauf in Beziehung treten, sind reine, echte oder eigentliche Genossenschaften. Diejenigen Genossenschaften, in denen ausser den Genossen auch andere Personen, sei es als Lieferanten, sei es als Umwandler, sei es als Abnehmer zugelassen werden, sind unreine, uneigentliche oder unechte Genossenschaften. Diejenigen Genossenschaften, in denen eine Beziehung der Genossen zum Einkauf, zur Umwandlung oder zum Verkauf nicht mehr vorhanden ist, die dem Wesen nach bereits Capitalgesellschaften und nur ihrer Form nach Genossenschaften sind, sind Pseudo- oder falsche Genossenschaften.

Zweitens kommt es in der Praxis sehr häufig vor, dass mehrere Genossenschaftsarten vereinigt werden. Auf die Spargenossenschaft, welche nur in ehelicher Verbindung mit anderen Genossenschaftsarten vorkommt, zum Beispiel Spar- und Creditgenossenschaft, Spar- und Consumgenossenschaft, Spar- und Baugenossenschaft, habe ich bereits hingewiesen. In diesen Fällen tritt eine Verwertungsgenossenschaft zu einer Bezugsgenossenschaft, welche sie in natürlicher Weise ergänzt, in Verbindung. Recht häufig ist auch die Vereinigung gleichartiger Genossenschaften, namentlich der verschiedenen Consumtengenossenschaften. So führt die Consumgenossenschaft meistens zur Angliederung eines Productionsbetriebes, aber auch die Verbindung von Consum- und Baugenossenschaften

ist nicht selten. Auch zwischen Bezugserwerbigenossenschaften und Bezugswirtschafts-genossenschaften kommen Verbindungen vor, wie Rohstoff- und Consumgenossenschaften, Einkaufs- und Consumgenossenschaften. Ebenso würden sich die verschiedenen Verwertungsgenossenschaften leicht zusammenschließen können, wie Obst- und Eierverkaufsgenossenschaften, Molkerei- und Obstverkaufsgenossenschaften u. s. w. Meines Erachtens würde es sich für die genossenschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft empfehlen, solche Zusammenschlüsse herbeizuführen, denn je vielseitiger und umfangreicher der genossenschaftliche Betrieb wird, um so leichter wird es auch in einfachen landwirtschaftlichen Verhältnissen möglich, für einen Betrieb einen besoldeten geschäftskundigen Leiter anzustellen. Das ist um so mehr wünschenswert, als namentlich die landwirtschaftlichen Genossenschaften vielfach an dem Mangel einer tüchtigen kaufmännischen Leitung krankten. Die Verbindung zwischen Molkerei- und Bezugsgenossenschaften ist in der Landwirtschaft nicht selten. Nicht wenige Genossenschaftsmolkereien schreiben ihren Mitgliedern vor, dass sie eine bestimmte Menge von Kraftfutter zu verfüttern haben, und liefern ihren Mitgliedern zugleich dieses Quantum Kraftfutter. Hier ergänzen Molkerei- und Bezugsgenossenschaft einander in der besten Weise. Es ist aber wirklich kein Grund vorhanden, diese Bezugsgenossenschaften nur auf solche Artikel, die für den landwirtschaftlichen Betrieb notwendig sind, zu beschränken. Ebenso viele Vorteile würde es bieten, wenn die Bezugsgenossenschaft auch den Bezug von Artikeln für den Hausverbrauch der ländlichen Bevölkerungskreise in die Hand nehmen würden. Die Mitglieder der Molkereigenossenschaften müssen jeden Morgen, manchmal auch zweimal täglich die Milch abliefern. Wenn die Molkereigenossenschaft zugleich Consumverein wäre, so könnten diejenigen, welche die Milch abliefern, zugleich die Waren für den Hausgebrauch mitnehmen, und es würde der oft weite Weg zum Krämer erspart. Vielfach liesse sich auch in dem Personal der Genossenschaftsmolkereien die geeignete Persönlichkeit für die Warenverteilung finden. Ebenso liesse sich in bester Weise mit der Molkereigenossenschaft die Obst- und Eierverwertungsgenossenschaft verbinden. Eine Vereinigung dieser verschiedenen Genossenschaftsarten in einer Hand und unter tüchtiger Leitung würde meines Erachtens die Quelle eines weiteren mächtigen Aufblühens der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung sein.

Drittens sind noch zu erwähnen die Vereinigungen von Genossenschaften zu Centralgenossenschaften, das ist die Ausbildung des genossenschaftlichen Grundgedankens nach oben, wie wir sie namentlich in den Grosseinkaufsgesellschaften finden. Auch die landwirtschaftlichen Centralbezugsgenossenschaften und Centralgenossenschaftscassen gehören in diese Kategorie. Aus praktischen Gründen wird freilich für solche *Genossenschaften der Genossenschaften* nicht immer die genossenschaftliche Form gewählt, sondern die der Capitalgesellschaft, weil diese hier manche Vorzüge hat. Eine solche Capitalgesellschaft, wie es zum Beispiel die *Hamburger Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine* ist, wird dann mit dem genossenschaftlichen Geiste so durchtränkt, dass sie ihrem Wesen nach nicht in die Kategorie der Capitalgesellschaften gehört, sondern nur die Form einer solchen hat. Es ist eine genossenschaftliche Organisation in der Form einer Capitalgesellschaft.

Damit stehe ich am Ende meiner Ausführungen. Der Uebersicht halber lasse ich noch das Schema der Einteilung folgen.

Die Genossenschaften zerfallen in:

A. ihrem Wesen nach:

1. Verwertungsgenossenschaften.

1. Distributive Verwertungsgenossenschaften.

- a. Obstverkaufsgenossenschaften,
- b. Eierverkaufsgenossenschaften,
- c. Milchverkaufsgenossenschaften,

- d. Tabakverkaufsgenossenschaften,
- e. Verkaufsgenossenschaften gewerblicher Producte (Magazingenossenschaften) etc.
- II. Productive Verwertungsgenossenschaften.
  - a. Molkereigenossenschaften der Landwirte,
  - b. Müllerei- und Bäckereigenossenschaften der Landwirte,
  - c. Schlächtereigenossenschaften der Landwirte,
  - d. Winzergenossenschaften der Landwirte,
  - e. Brennerigenossenschaften der Landwirte etc.
- III. Dienstleistungsgenossenschaften.
  - a. Barbiergenossenschaften,
  - b. Fensterreinigungsgenossenschaften,
  - c. Dienstmannergenossenschaften etc.
- IV. Spargenossenschaften.
- 2. U m w a n d l u n g s g e n o s s e n s c h a f t e n .
  - I. Productivgenossenschaften.
    - a. industrielle Productivgenossenschaften,
    - b. landwirtschaftliche Productivgenossenschaften.
  - II. Distributivgenossenschaften.
    - a. Warenhausgenossenschaften,
    - b. Transportarbeitergenossenschaften,
    - c. Speichereiarbeitergenossenschaften etc.
- 3. B e z u g s g e n o s s e n s c h a f t e n .
  - I. Erwerbsbezugsgenossenschaften.
    - a. landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften,
    - b. landwirtschaftliche Maschinengenossenschaften,
    - c. Zuchttiergenossenschaften,
    - d. Rohstoffgenossenschaften,
    - e. Einkaufsgenossenschaften der Kleinhändler,
    - f. Werkzeuggenossenschaften,
    - g. Transportgenossenschaften,
    - h. Lagerhausgenossenschaften,
    - i. Creditgenossenschaften etc.
  - II. Wirtschaftsbezugsgenossenschaften oder Consumentengenossenschaften.
    - a. Consumgenossenschaften,
    - b. Productionsgenossenschaften,
    - c. Baugenossenschaften,
    - d. Hauswirtschaftsgenossenschaften,
    - e. Versicherungsgenossenschaften.
- B. ihrer Form nach:
  - 1. reine, echte oder eigentliche Genossenschaften,
  - 2. unreine, unechte oder uneigentliche Genossenschaften,
  - 3. Pseudo- oder falsche Genossenschaften.
- C. ihrer Zusammensetzung nach:
  - 1. einfache Genossenschaften,
  - 2. zusammengesetzte Genossenschaften,
  - 3. Centralgenossenschaften.

---

## Aerzte und Krankencassen. .

Von

Karl Kollwitz.

(Berlin.)

Seit längerer Zeit ist die Stellung der Aerzte den Krankencassen gegenüber Gegenstand des allgemeinen Interesses geworden; namentlich Ereignisse der letzten Zeit haben diese Frage zu einer brennenden gemacht, so die Gründung

des Leipziger Verbandes der Aerzte Deutschlands als Kampforganisation gegen die Krankencassen, der Aerztestrike in Gera, der sich vom Januar bis jetzt hinzieht, die Beratung und der Erlass der neuen Krankencassennovelle und der bei dieser Veranlassung einberufene ausserordentliche Aerzte- und Krankencassentag. Die Frage geht über den Rahmen eines Interessenstreites zweier Berufsarten hinaus, sie berührt die sociale Würdigung des ärztlichen Standes, die Aufgaben und die Grenzen der Krankencassen, die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle minderbemittelten Schichten oder auf die ganze Bevölkerung und die Frage der Verstaatlichung des gesamten Heilwesens. Der Besprechung in dieser Zeitschrift ist die Angelegenheit deswegen besonders wert, weil die socialdemokratische Partei bisher noch keine einheitliche und ganz geklarte Stellung ihr gegenüber eingenommen hat und die bei öffentlichen Veranlassungen kundgegebenen Aeusserungen meist einseitig das Interesse der Krankencassen berücksichtigen. So hat zum Beispiel der Genosse Molkenbuhr in seiner Reichstagsrede bei der Beratung der Krankencassennovelle zwar zugestanden, dass ein ärztlicher Notstand vorliege; er nannte aber die ärztlichen Bemühungen, diesen Notstand zu überwinden, rein zünftlerische Bestrebungen und verwahrte sich dagegen, dass Einrichtungen geschaffen würden, durch welche die Aerzte gesetzlich das Recht erhielten, die Cassen *auszubeuten*. Es zeigt diese Auffassung, wie notwendig es ist, einen klaren Einblick in die Verhältnisse zu schaffen.

Aus den oben angeführten Tatsachen und der Resolution des letzten Krankencassencongresses, die besagt, dass die Cassen sich gegen die zu hohen Ansprüche der Aerzte fest zusammenschliessen haben, geht hervor, dass zwischen Aerzten und Krankencassen ein heftiger Kampf besteht. Neu ist an dieser Tatsache nur, dass sie Offenheit und Zielbewusstsein ausdrückt gegenüber dem früheren Zustande, in welchem zwar dieselbe Feindschaft bestand, aber weniger offen zum Ausdruck kam, und eine grosse Zersplitterung der Kräfte auf beiden Seiten herrschte. Jeder Näherstehende weiss, dass diese Feindschaft bald nach Erlass des Krankencassengesetzes im Jahre 1883 ihren Anfang nahm. Es wurden durch dieses Gesetz Krankencassen als Institutionen geschaffen, welche die Aufgabe hatten, mit bestimmten Einnahmen die Versorgung ihrer Mitglieder in Krankheitsfällen zu bestreiten und daneben ein Capital bis zu der Höhe der Jahresausgabe anzusammeln. Da in dem Gesetz sowohl die Höhe der Einnahmen, wenn auch mit gewissem Spielraum, als auch die Höhe der Ausgaben für die Unterstützung der Arbeitsunfähigkranken, gleichfalls mit gewissem Spielraum, angegeben war, blieb für die übrigen Ausgaben, als Verwaltungskosten, Kosten für ärztliche Behandlung, Arznei, Krankenhausbehandlung und die Ansammlung des Reservefonds nur so viel, als die Differenz zwischen dem Krankengeld und den Einnahmen betrug. Die Cassen sahen sich daher, zumal es ihnen als Vertretern der Mitglieder nahe lag, deren Beiträge nicht unnütz in die Höhe zu treiben, genötigt, einen gewissen Fiscalismus walten zu lassen, der da am stärksten sich bemerkbar machte, wo er den geringsten Widerstand fand, und das war den Aerzten gegenüber der Fall. So billig als möglich sich die notwendige ärztliche Kraft zu schaffen, erschien als taktisch klug und berechtigt. Als geeignetes System sah man die feste Anstellung einer Anzahl von Aerzten für jede Krankencasse an, so dass diesen Aerzten gegen ein festes Gehalt die Verpflichtung oblag, sämtliche Mitglieder der Krankencasse, welche in dem den Aerzten angewiesenen Bezirk wohnten, ärztlich zu behandeln. Das fiscalische Interesse gebot es, dass die Zahl dieser Aerzte auf ein Minimum beschränkt und die Höhe des Fixums so niedrig, als eben möglich, gehalten wurde. Dieses System konnte man augenscheinlich nur deswegen anstandslos annehmen, weil man auf die Krankencassen die Methode der armenärztlichen Versorgung

übertragen zu können meinte, weil man ferner, um die Existenz der Cassen zu erhalten, die Benutzung und Ausnutzung derselben durch die Mitglieder möglichst erschweren zu müssen glaubte, und drittens, weil man unwillkürlich auf die ärztliche Behandlung übertrug, was bei allen mechanischen Arbeiten sich als richtig erweist, dass man um so schneller, geschickter und productiver arbeite, je grösser und gleichartiger das zu verarbeitende, in diesem Falle das Krankematerial, ist. Dieser Tendenz der Krankencassen gegenüber konnten die Aerzte in jener Zeit nicht Widerstand entgegensetzen, weil sie keine geschlossene Masse bildeten, ferner schon damals ein Ueberschuss von Aerzten bestand, die Proletarisierung eines Theils derselben schon begonnen hatte und der Andrang zum ärztlichen Studium, wahrscheinlich hervorgerufen durch die Aussicht auf das Krankencassengesetz und die Annahme desselben, den Ueberschuss an Aerzten und die Proletarisierung noch verschlimmerte.

So bildete sich ein Zustand aus, in welchem ein grosser Teil der Bevölkerung dem Gros der Aerzteschaft entzogen und einem kleinen Teil der Aerzte zur ausschliesslichen Behandlung überwiesen war. Eine Zeitlang konnte sich diese Einrichtung halten, ohne dass ihre Mängel hervortraten. Je mehr aber die Proletarisierung des Aerztestandes vorschritt, umso deutlicher wurde die Unhaltbarkeit der selben. Der Andrang zu frei gewordenen Cassenarztstellen wurde immer grösser, in der Anwendung der Mittel, eine solche zu erlangen, wurde man immer weniger wählerisch, man liess sich ein immer niedrigeres Honorar, eine immer grössere Arbeitslast bieten, um nur zur Tätigkeit zu gelangen und eine sichere Unterlage für die Erlangung einer Praxis zu erhalten. So konnte es sich ereignen, dass ein solcher Arzt für ein Gehalt von 1000 Mark jährlich, oder noch nicht 3 Mark pro Tag, täglich etwa 40 Consultationen und 7 Krankenbesuche, kurz, eine Tagesarbeit zu leisten und noch darauf zu achten hatte, dass keine Beschwerden der Kranken über ihn lautbar wurden. Ausserdem war er es den Kranken, seinem Gewissen und seiner wissenschaftlichen Stellung schuldig, dass er nicht in einen Schematismus der Behandlung verfiel, und ferner hatte er Sorge zu tragen, dass er noch nebenbei durch die Privatpraxis soviel verdiente, um seine Familie unterhalten zu können. Wären diese Uebelstände auf einen kleinen Kreis beschränkt geblieben, so hatte sich die Allgemeinheit der Aerzte darum wenig gekummert. Durch den Umstand aber, dass der schliesslich unvermeidliche Schematismus der Behandlung fixierter Cassenärzte allmählich immer lauter werdenden Unwillen der Cassenkranken hervorrief, der schliesslich sich auch auf die übrigen Aerzte übertrug, dass die Unwürdigkeit der Art der Bewerbung um Cassenarztstellen eine Geringschätzung des gesamten ärztlichen Standes wenigstens bei vielen zur Folge hatte und vor allem, dass trotz des Ueberangebots von Arbeitskraft ein grosses Arbeitsfeld abgesperrt war, wurde die Angelegenheit zu einer Sache des ärztlichen Standes. Man begann damit, öffentlich diese Zustände zu kritisieren, die Organisation zu fördern, und strebte dahin, gesetzliche Bestimmungen gegen die Ausbeutung der ärztlichen Arbeitskraft zu erlangen. Doch blieben alle Massnahmen belanglos, bis im Jahre 1893 zum erstenmal die Bewegung für freie Arztwahl einsetzte. Klein am Anfang und mit enormen Schwierigkeiten, einem Urwald von Hass, Hohn und Eigensinn auf seiten der Aerzte und Cassen umgeben, gelang es ihr in überraschend kurzer Zeit, zu einer ungeheuren Bedeutung für den ärztlichen Stand auszuwachsen. Sie ist im wesentlichen charakterisiert durch zwei Tendenzen, einmal die, die Anstellung der Aerzte durch ein nichtärztliches Organ zu beseitigen, das heisst, allen Aerzten, die es wollen, freie Bahn zu schaffen für die Behandlung sämtlicher Mitglieder sämtlicher Krankencassen, zweitens die, ein dem Werte der Einzelleistung entsprechendes Honorar zu erlangen. Der Wert dieser Bestrebungen für den Aerztestand war so einleuchtend,

dass der durch eigennützige Interessen eines Theils der Aerzteschaft bedingte Widerstand bald aufgegeben wurde und dass die Einführung der freien Arztwahl — oder, nach Dr. Zacher, der *beschränkten freien Arztwahl* — für Behandlung der Krankencassen zu einer allgemeinen Forderung der deutschen Aerzteschaft geworden ist.

Dieser in der Bewegung für die freie Arztwahl zum Ausdruck gelangten Tendenz der Aerzte, eine Besserung ihrer Beziehungen zu den Cassen durch grössere Unabhängigkeit und bessere Honorierung zu erlangen, setzten die Cassen anfangs allgemeinen, später teilweisen, aber heftigen Widerstand entgegen. Einmal schien in der gänzlichen Unabhängigkeit des einzelnen Arztes vom Cassenvorstand, in der Einführung der Bewertung der Einzelleistung und in der freien Wahl des Arztes eine Gefahr für die Balancierung des Etats der Krankencassen zu liegen. Es lag nahe, anzunehmen, dass die Aerzte dahin streben würden, durch Uebernachgiebigkeit gegen die Kranken, Verschreiben überflüssiger und teurer Arznei und überflüssiges Verlängern der Behandlungszeit sich ein möglichst grosses Einkommen zu verschaffen und die Cassen in beispielloser Weise zu belasten. Zweitens lag die Befürchtung nahe, dass die Aerzte den Wert des Points, das heisst den Wert der Einzelleistung immer mehr in die Höhe zu treiben wünschen würden, so dass auch auf diese Weise der finanzielle Bestand der Cassen bedroht erschien. Obgleich eine Reihe von Cassen die freie Arztwahl eingeführt und sich dabei durchaus wohl befunden haben, in vielen Fällen sogar zu geordneten und befriedigenden Verhältnissen gelangt sind, obgleich also hierdurch die Befürchtungen über die Undurchführbarkeit der freien Arztwahl eigentlich als widerlegt gelten können, hält ein grosser Teil der Krankencassen noch misstrauisch an dem alten System fest und ist es trotzdem zu dieser acuten Steigerung der alten Feindschaft gekommen. Den Zankapfel bildet in der heutigen Zeit fast einzig die Frage der Honorierung der ärztlichen Leistung. Die Auffassung der Cassen und die Auffassung der Aerzte stehen sich hierbei anscheinend diametral gegenüber. Die Aerzte verlangen eine solche Honorierung der Einzelleistung, dass sie dem eigentlichen Wert derselben entspricht, das heisst, dass sie die darin enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ausdrückt. Sie sehen dabei ab, ob sie mit Cassen oder anderen Institutionen zu tun haben, ob die Cassen leistungsfähig sind oder nicht, ob die Höhe des ärztlichen Honorars im Verhältnis oder im Missverhältnis zu den übrigen Verpflichtungen der Cassen steht. Sie verhalten sich, wie ein Kaufmann, der sich ruinieren würde, wenn er seine Waren unter dem Einkaufswerte abgeben würde.

Die Krankencassen dagegen verlangen, dass die Aerzte ihre Forderungen in Einklang bringen mit den übrigen Verpflichtungen und den Aufgaben der Krankencassen. Diese sind ja nicht erschöpft mit der Bezahlung der Aerzte, vor allem liegt ihnen die Verpflichtung ob, dafür zu sorgen, dass die Kranken in der Zeit der Arbeitsunfähigkeit ein ausreichendes, hygienische Verhältnisse ermöglichendes Krankengeld erhalten. Die Vorstellung, dass das, was ein verheirateter Familienvater als Krankengeld für ein Woche erhält, eventuell nicht höher sein würde, als was ein Arzt für sieben Consultationen in der Woche, die doch nur einen unendlich kleinen Teil seiner Arbeitskraft darstellen, erhalten würde, ist ein Grund gewesen zu heftigster Erbitterung und für das Bestreben der Cassen, schon jetzt einen heftigen Widerstand gegen diese vorausgesetzte *Ausbeutung* zu organisieren.

Es ist ganz zweifellos, dass bei der Fortsetzung dieses Streites der Kampf sich auf diesen Punct nicht beschränken wird. Es werden vielmehr immer neue Streitpuncte herangezogen werden, und es ist zu befürchten, dass dabei selbst das bisher errungene gegenseitige Einvernehmen wieder verloren gehen

wird. Jedenfalls liegt es durchaus nicht im Interesse einer der beiden Parteien, dass dieser Streit fortgesetzt wird, und es ist absolut nicht zu erwarten, dass selbst durch die höchste Entfaltung des Streites, falls nicht von dritter Seite eingegriffen wird, diese Frage zur befriedigenden Lösung gebracht wird. Es bleibt als das einzig Zweckmässige die friedliche Lösung übrig. Und diese wird durch das starke Interesse, das beide Parteien an derselben haben, nahegelegt.

Zunächst ist es sicher, dass die Cassen kein Interesse daran haben, schlecht bezahlte, oberflächlich behandelnde, finanziell schlecht gestellte Aerzte zu haben. Ihr Interesse geht dahin, dass die Kranken so vollkommen und rücksichtsvoll, als möglich, behandelt und, soweit das höchste Können und Wissen der Zeit es gestattet, wiederhergestellt werden. Das ist nur möglich, wenn der Arzt bei der Behandlung individualisieren, das heisst, wenn er die Besonderheiten des Falls beachten und berücksichtigen kann. Dies ist ohne eine gewisse Ruhe und einen Zeitaufwand nicht durchführbar. Zeit anwenden kann der Arzt nur, wenn er finanziell gut gestellt ist. Lässt er sich aber Zeit, so wird er nicht bloss die einzelne Krankheit gut behandeln, er wird sich auch bemühen, die weiteren Gesichtspunkte ins Auge zu fassen, welche jede Krankenbehandlung an die Hand gibt, die Fragen nach der Entstehung und Verhütung der Krankheit, der Beseitigung der socialen Schaden, welche diese und ähnliche Krankheiten hervorgerufen haben, kurz, der Arzt wird bestrebt sein, die Krankencassen auf ein höheres Niveau zu führen, ihren Wirkungskreis zu erweitern und ihre socialhygienische Bedeutung auszugestalten und zu vertiefen. Der gut gestellte, freie Arzt ist also der eigentliche Freund der Krankencassen, sie können ihn zur Durchführung ihrer Aufgabe nicht entbehren. Darum sollten die Cassen ansehn, dass sie mit einer Aufbesserung der Stellung der Aerzte sich selbst den grössten Gefallen erweisen.

Aber auch die Aerzte haben keinen Grund, in Feindschaft mit den Cassen zu verharren. Nicht die Cassen sind schuld an der Misère, die über den ärztlichen Stand hereingebrochen war. Durch den Umstand, dass sie ein Krankenmaterial darbieten, welches günstiger ist, als das durchschnittliche Material der Privatpraxis, weil die therapeutischen Massnahmen sich in viel grosserer Consequenz durchführen lassen, bilden sie gerade für den Arzt eine zu begrüssende sociale Erscheinung. Er muss, da er sich von dem socialhygienischen Wert der Krankencassen überzeugt hat, dahin streben, dass der Kreis der Versicherten erweitert wird und allen Armen und weniger Bemittelten die Vorteile der Krankenversicherung verschafft werden. Er muss dies auch tun, wenn sich zeigen sollte, dass dadurch der ärztliche Stand in materieller Hinsicht geschädigt würde. Denn — und hierin liegt der durchaus gesunde und berechtigte Kern der Auffassung der Krankencassen — die Aufgabe des ärztlichen Standes ist in erster Reihe eine socialpolitische. Es ist von diesem Gesichtspunct gesehen durchaus falsch, den Arzt in die Reihe der gewöhnlichen Gewerbetreibenden zu stellen und ihn lediglich auf die Einnahmen aus diesem Gewerbebetrieb anzuweisen, so dass er wie ein Geschäftsmann zu handeln genötigt ist und seine Hülfe verweigert, wo er nicht die vollwertige Bezahlung erhält. Der ärztliche Stand ist deswegen in erster Reihe ein socialer, weil er der einzige Träger des derzeitigen ärztlichen Wissens und Könnens ist, nur ihm die Ausübung der socialen Function, die Gesellschaft vor Krankheiten zu schützen, obliegt, nur ihm die Ausübung des Handelns als Arzt, das heisst als Fachmann gestattet und der ganzen übrigen Bevölkerung die Abwehr der Krankheit abgenommen ist. Denn wenn in einem socialen Körper den einzelnen Individuen eine Aufgabe, zu welcher sie sich sonst anbieten und ausbilden würden, abgenommen und einer Institution übertragen ist, so erwacht

dieser Institution die Pflicht, den Individuen vollkommenen Ersatz für die von ihnen notwendigerweise unterlassene Vorsicht und Ausbildung zu schaffen, das heisst in diesem Falle, ihnen ärztliche Hilfe zu leisten, auch wenn sie zahlungsunfähig sind. Weil aber die Aerzte eine sociale Function in solchen Fällen ausüben, sind sie nur zum Teil Gewerbetreibende im gewöhnlichen Sinne, zum anderen Teil öffentliche Functionäre, Organe des Staates. Freilich ist dieser ihnen notwendig anhaftende Charakter vom Staate bis jetzt nicht erkannt, wenigstens nicht anerkannt. Weil die Aerzte sich in dieser Zwitterstellung befinden, gewöhnliche Gewerbetreibende zu sein, denen zugleich sociale Aufgaben obliegen, für welche sie aber von dem Staat nicht entschädigt werden, kommen sie in die zahllosen Conflictte hinein. Dieser Umstand ist es auch, der sie in den Conflict mit den Krankencassen hineintreibt. Soweit sie genötigt werden, den Krankencassen ihre Hilfe unter dem Wert zu gewähren, üben sie eine öffentliche, dem Staate obliegende Function aus. Der Staat entschädigt sie aber hierfür nicht, sondern lässt den ärztlichen Stand ruhig Opfer bringen, die in Geld ausgedrückt im Laufe eines Jahres viele Millionen betragen. Es ist durchaus verständlich, dass die Krankencassen sich weigern, hier die Rolle des Staates zu übernehmen, da dieser ihnen hierzu absolut nicht ausreichende Mittel zur Verfügung stellt. Gewiss folgt hieraus nicht, dass die Aerzte mit jedem ihnen von den Cassen gebotenen Preis für ihre Arbeit einverstanden sein müssen. Die Cassen müssen und werden bereit sein, dasjenige Honorar, das zu zahlen sie überhaupt fähig sind, zu leisten. Aber was dann an dem vollen Entgelt der ärztlichen Arbeit fehlt, das ist der Staat verpflichtet aufzubringen. An diesen muss die Aerzteschaft sich wenden. Die Regierung muss so lange über die öffentliche Function, welche der Aerztestand ausübt, aufgeklärt werden, bis sie die ihr obliegende Verpflichtung anerkennt, den Aerztestand dafür zu entschädigen. Mit dieser Anerkennung ist aber nicht notwendig verbunden, dass der Aerztestand gänzlich seines privaten Charakters beraubt wird. Bevor auf diesem noch wenig erforschten Wege verpflichtende Schritte getan werden, könnte man sich so helfen, dass der Staat den Krankencassen einen Zuschuss leistet, durch welchen die an der vollen Honorierung der Aerzte auf Grund der preussischen Medicinaltaxe fehlenden Summen gedeckt werden.

Bis dieses erreicht ist, bleibt den Aerzten nur übrig, weiter sociale Opfer zu bringen. Ihr Bestreben kann inzwischen allein dahin gehen, diese nicht so gross werden zu lassen, wie sie bisher waren. Darin werden sie aber in den aufgeklärten Cassenvertretern willige Helfer finden, und damit ist der friedliche Weg und ein Zusammenwirken der Aerzte mit den Cassen gegeben.

Nur an einem Organ, an einer dauernden Institution fehlt es, welche die friedliche Vereinigung anbahnt und aufrechterhält, denn noch sind wir weit von der Erkenntnis der Harmonie der Interessen entfernt.

Dieses Organ müsste durch einen ständigen Ausschuss gebildet werden, der zunächst auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung zu stande kommt und zu gleichen Teilen aus Aerzten und Cassenvertretern besteht. Diese Ausschüsse würden in der primitivsten Form Gemeindeorganisationen, in der nächst höheren Kreis- oder Provinz-, in der darauffolgenden Landes- und in der höchsten Stufe Reichsorganisationen sein. Jede nächsthöhere Organisation bildet die Appellinstanz für die nächstkleinere Organisation. In diesen Ausschüssen, die ständig functionieren müssten mit einem ihnen freiwillig zugestandenem obrigkeitlichen Charakter, würde meiner Meinung nach ein Mittel gefunden sein, die Differenzen zwischen Aerzten und Krankencassen dauernd auszugleichen und eine feste Verbindung zwischen beiden Parteien herzustellen, welche geeignet wäre, durch das Mittel der Krankencassengesetzgebung enormen socialhygienischen Nutzen zu schaffen.

# Einige Worte über städtische Cultur.

Von

Lisbeth Stern.

(Berlin.)

Aus dem im vorigen Heft dieser Zeitschrift veröffentlichten Artikel von Curt Grottewitz über *Freundschaft mit der Natur* spricht eine derartig heftige und bossige Gesinnung gegen alles städtische Wesen, dass man nicht die geringste Neigung verspürt, dem mancherlei Richtigen, das in seinen Behauptungen sein mag, nachzugehen, sondern, durch die Kraft des Widerspruches beflügelt — die jede Uebertreibung erzeugt — weit eher versucht ist, mit demselben leidenschaftlichen Feuer die Vorzüge der Stadt entgegenzustellen. Wenn mir Grottewitz' Urteil als besonders kurzichtig erscheint, so liegt der Hauptgrund darin, dass niemand ein Recht hat, wie Grottewitz es tut, eine beliebige Culturform — hier das Landleben — als unbedingt wertvoll für den Menschen hinzustellen und in ihr die denkbar günstigsten Bedingungen für körperliches wie geistiges Gedeihen der Menschen zu erblicken. Mir liegt es näher, dem vielgestaltigen Wirken der Cultur in schweigendem Respect zuzuschauen und abzuwarten, wohin ihre verschlungenen Wege uns führen werden, ohne, wie Grottewitz, ihr in die Zügel zu fallen und mit Emphase jene längst verflossene Epoche der Blüte des Landlebens als die allein seligmachende zu preisen. So klar bewerten können wir die einzelnen Phasen der Culturentwicklung eben entschieden nicht; im Gegenteil sprechen ihre Vorzüge und Nachteile in einem Gewirre auf uns ein, das schwer zu erklären ist, zumal man immer das berechnete Misstrauen hegen muss, dass eine solche Wertung einem rein subjectiven Interesse entspricht. Da wir uns aber nicht gänzlich eines jeden Werturteils enthalten können, so scheint das Ausschlaggebende demnach zu sein, welches das Mass ist, mit dem wir die Geschichte messen, und welches das Ziel, das wir ihrer Entwicklung unterlegen.

Grottewitz sieht als das Ziel der Cultur offenbar seelische und körperliche Gesundheit an und nimmt, seiner persönlichen Neigung entsprechend, das Landleben als den vollkommensten Weg hierfür an — die Katholiken etwa messen die Seligkeit der Welt an der Ausbreitung ihrer Kirche und so fort. Doch muss man ein Mass deducieren können, das weniger subjectiv ist. Die Richtung hierzu scheint mir die Naturwissenschaft zu geben, die in der Entwicklung der Arten eine aufsteigende Tendenz sieht, welche sich zeigt in der Differenzierung und Verfeinerung der Organe. Entsprechend dieser Tendenz könnten wir wohl als das Ziel der menschlichen Cultur ansehen eine Differenzierung der einzelnen Persönlichkeiten und eine Gewährung der grösstmöglichen Freiheit in der Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Diese Differenzierung vermag das Landleben aber nicht zu geben; im Gegenteil verkümmert dort bei Culturmenschen eine grosse Reihe von Kräften vollständig, weil sie den genügenden Nährboden nicht finden können. Natürlich gehen auch in der Stadt manche Kräfte verloren, wie etwa die primitive Muskelkraft; doch sind gerade diese wohl nicht für die Cultur wesentlich. Es ist ja natürlich und von jeder von der Geschichte bestätigt, dass mit jeder neuen Culturstufe eine Menge von Werten, seelischen wie körperlichen, verloren gegangen sind und auch weiter mit jedem Umschwunge werden verloren gehen müssen, was doch aber eine Selbstverständlichkeit ist, die zu beklagen müssig wäre. Nachdem zum Beispiel die straffe Zucht der altgriechischen *πόλις* vorbei war, ging von dem neuen individualistischen Princip auch eine neue Befruchtung aus. Und nachdem die mittelalterlichen patriarchalischen *Landstände* dem deutschen Volk gegeben haben, was sie geben konnten, hat die Grossstadt noch nicht die Aufgabe gelöst, die ihr culturell zukommt, wenn überhaupt darüber hinaus eine Entwicklung möglich.

Die moderne Grossstadt ist noch so jung, dass es töricht wäre, anzunehmen,

dass sie sich etwa schon überlebt habe und etwas anderes an ihre Stelle treten könnte; im Gegenteil, ihre eigentliche Blüte steht erst noch bevor. Denn nachdem die Nachteile eines gar zu engen Zusammenlebens der Menschen sich allmählich herausgestellt haben, ist es nun erst Sache der modernen Hygiene, die Schäden zu heben. Dieses trifft den Hauptirrtum der Grottewitzschen Ausführungen, dass er nämlich die Mängel, die sich beim Stadtleben gezeigt haben, als solche ansieht, die dem Wesen der Grossstadt eignen, während sie nur Accidentien sind, die einmal mit vorgeschrittener Erkenntnis auf hygienischem Gebiet, vor allem aber mit einer besseren wirtschaftlichen Lage schwinden werden; in letzterer liegt vornehmlich der Grund für die von Grottewitz citierten Mängel. Die Schwindsucht muss natürlich zu einer verheerenden Epidemie werden, wo bei Ueberarbeitung und schlechter Ernährung viele Menschen zusammen in einem Raum eingepfercht sind. Doch ist daran eben nicht die Stadt schuld, sondern einzig und allein die Armut; denn unter den wohlhabenden und sanitär lebenden Städten ist der Gesundheitszustand ein vorzüglicher. Den übrigen Epidemien ist in der modernen Stadt durch die polizeilichen Bestimmungen, wie auch durch die hygienischen Einrichtungen — wie Wasserleitung, Canalisation und dergleichen — bei weitem mehr gesteuert, als auf dem Lande, so dass von den acuten Erkrankungen der Städter weniger zu leiden hat, als der Landbewohner. Ueberall hat die weit verbreitete und an sich plausibel scheinende Ansicht von der grösseren Gesundheitsschädlichkeit des Stadtlebens im Verhältnis zum Landleben vor neueren Untersuchungen nicht stand halten können. So ist zum Beispiel, wie auch Lindemann in der communalpolitischen Rundschau der *Socialistischen Monatshefte* mitgeteilt hat, der Geheime Medicinalrat Dr. Roth auf der letzten Jahresversammlung des *Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege* mit den *idyllischen* Zuständen auf dem Lande scharf ins Gericht gegangen. Er hat in jenem Vortrage — der soeben unter dem Titel *Die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land in gesundheitlicher Hinsicht und die Sanierung des Landes* im Buchhandel erschienen ist — nachgewiesen, dass die sanitären Verhältnisse des platten Landes viel mehr zu wünschen übrig lassen, als die der Stadt, dass insbesondere die Kindersterblichkeit und die Zahl der Totgeburten auf dem Lande weit höher ist, was auf die unzweckmässige Ernährung, wie auch auf die landwirtschaftliche Arbeit selbst zurückzuführen sei. Dr. Roth kommt zum Schluss, dass die Gefahren, die der städtischen Bevölkerung vom Lande drohen, viel grösser und zahlreicher seien, als die Gefahren, die die Stadt dem Lande bringt. Also das Bild physischer Kraft und Gesundheit, das Grottewitz von den Wirkungen des Landlebens entwirft und das unwillkürlich jeder von uns zu sehen glaubt, bedarf einer sehr starken Correctur.

Nun soll freilich das Stadtleben das Nervensystem überreizen und frühzeitig abspannen. Hat man es aber da wirklich mit Folgen des Stadtlebens an sich zu tun, oder nicht vielmehr mit Folgen der Ueberarbeitung, hin und wieder auch wohl des Alkohols und Nachtlebens? Denn bei Menschen aus guter Vermögenslage, deren Arbeit nicht das Mass ihrer Kraft übersteigt, werden diese Erscheinungen alle nicht zu Tage treten. Wenn auch in den verflossenen Jahrzehnten bei der vorwiegend sesshaften Lebensweise das Blut sich etwas gestaut hat und Bleichsucht, Verstopfung und Schläffheit grassierten, so kämpft man, nachdem das einmal eingesehen, mit glänzendem Erfolg durch den Sport dagegen an, der auch keineswegs mehr ein Monopol der besitzenden Classen ist, sondern bei Erstarken der Arbeiterbewegung, vor allem in intellectueller Hinsicht — wie wir an England sehen — auch allmählich in den Kreisen der Minderbemittelten Eingang findet. Wenn der Sport auch nicht gerade die Muskelkraft der Landarbeiter heranzuzüchten vermag, so kann er andererseits eine Gesundheit und Schönheit des Körpers hervorbringen, wie sie der Bauer, der zu der schweren Körperarbeit gezwungen ist, nie erreichen kann. Viel früher, als dem Städter, werden diesem die Schritte müde und schwer, und

vorzeitig sind ihm die Jahre anzumerken. Seit seiner Kinderzeit wird er die Freude an der spielhaften Betätigung seiner Körperkraft verloren haben, und damit wird er ein Typus dessen, der unter dem Druck der Arbeit sein Leben hinschleppt und die müden Glieder zum Sterben so gerne ausstrecken wird, wie des Abends zum Schlafen nach der mühsamen Arbeit des Tages.

Die leicht spielende Beweglichkeit des Körpers, wie aber auch der geistigen Fähigkeiten zu züchten, scheint mir eine der wesentlichsten Aufgaben der städtischen Cultur, und nicht zuzugeben ist die Behauptung von Grottewitz, dass der Mensch kein Talent habe zum Städter und dass jede dahin gehende Züchtung missrate. Mir scheinen die Tatsachen das Gegenteil auszusagen. Wenn man zwei neu eingezogene Recruten nimmt, der eine ein Arbeiter der Grossstadt, der nicht etwa frisch zugezogen ist, der andere ein Bauer, dann wirken die zwei fast wie Geschöpfe von verschiedener Rasse. Es ist merkwürdig, in wie viel schnellerem Tempo der Intellect des Städters arbeitet im Verhältnis zu dem des Bauern und wie viel flinker er jedes Commando in die entsprechenden Bewegungen umzusetzen versteht. Dieses gesteigerte Auffassungsvermögen verdankt der moderne Mensch dem intensiven Wettkampf mit seinesgleichen. Sein Intellect verlangt eine gesteigerte concentrirte Nahrung, und finden kann er solche nur in dem regen Connex mit anderen Menschen, den wieder nur die Grossstadt bieten kann.

Diese rein ideellen Bedingungen allein führten die moderne Cultur zur Städtebildung, und nicht erst, wie Grottewitz annimmt, die capitalistische Wirtschaft. Natürlich bedingt auch diese gewisse Centren; doch haben sich stets auf allen culturellen Höhepunkten der Geschichte — auch in den alten Wirtschaftsformen — die Menschen in Städten an einander geschlossen, ohne welchen Zusammenschluss die Entwicklung von Kunst, Wissenschaft und Technik nicht denkbar ist. Typisch ist die Zeichnung des Städters im Schillerschen *Spaziergang*:

„ . . . . . Enger wird um ihn,

Reger erwacht, es unwälzt rascher sich in ihm die Welt.“

Nun spricht Grottewitz von dem *Naturgefühl* als von einer Anlage, die nicht allgemein zu verlangen, sondern als ein dem einzelnen verschieden stark verliehenes Gut anzusehen ist. Er meint wohl damit den Genuss an der Natur, und gewiss ist dieser individuell verschieden; aber an sich ist er sicherlich erst als ein Ergebnis der städtischen Cultur zu betrachten und ohne sie nicht möglich. Eingesetzt hat in unserer modernen Welt dieser bewusste Naturgenuss in der Renaissance. Zu seiner ganzen Höhe angewachsen ist er aber erst in unserer Zeit. Früher suchte man in der Natur Objecte auf, die allein durch ihre Form Bedeutung und Schönheit hatten, wie man auf den Hintergründen der alten Bilder sieht, auf denen Fernblicke mit Bergen, Wasserfällen und dergleichen zu bewundern sind. Später wurde der Sinn dafür feiner, der Reiz der Lichter auf an sich gleichgiltigen Gegenständen genügte zum Vorwurf für die Kunst, und je länger je mehr wurden die feinsten Sinneswirkungen zum grössten Genuss. Das Gefühl der weichen Luftbewegungen an der Haut, der Geruch der welken Blätter oder die Stille der Herbstluft, wenn von weit die Stimmen der Feldarbeiter hörbar klingen oder das Brüllen einer Kuh — das alles sind natürlich Dinge, die der Bauer besser kennt, als wir, die er wohl auch vermissen wird, wenn er sie lange hat entbehren müssen; und doch ist seine Freude daran keine bewusste. Wenn diese Eindrücke nach langem Stadtleben sich ihm wieder erneuern, dann werden sie seine Seele berühren, aber wohl nicht anders, wie alles Heimatlliche, das frühe Erinnerungen in uns wachruft. Aber das ist ein Reiz, den man einen ästhetischen schwerlich nennen kann, da die persönlichen Ideenassocationen das Ausschlaggebende dabei sind. Sich des Genusses solcher Eindrücke bewusst zu werden, setzt eben Cultur voraus, und erst mit dem Bewusstsein ihres Reizes können diese Genüsse in das Bereich des Kunstgenusses gehoben werden. Dieser Vorgang ist aber nur möglich durch die Contrastwirkung

mit den städtischen Eindrücken. Dass der Naturgenuss einer solchen Gegenwirkung der Stadtbilder bedarf, soll indes keineswegs so verstanden werden, als wenn der Städter nun seine künstlerischen Anregungen nur auf dem Lande suchen solle und ihn die Stadt in dieser Beziehung leer lasse. Im Gegenteil. Wenn Grottewitz den grossartigen ästhetischen Reiz der Grossstadt nicht sehen kann, so spricht das nicht gegen die Sache. Doch bedarf es weiter da keiner Theorien, wo bereits eine so grossartige Kunst, die sich auf das Stadtmilieu aufbaut, für sich zu sprechen vermag. Poetisch wie malerisch ist die Grossstadt gleich befruchtend gewesen, und die wenigen Namen, wie *Zola*, *Baudelaire*, *Steinlen* und auch *Menschel*, genügen. Die Bilder der Grossstadt — seien sie tragisch, leidenschaftlich oder frivol — drängen sich in die Phantasie mit der Kraft, die allen neuen Eindrücken eigen ist, und die anderen bisher meist bearbeiteten Bilder erscheinen fast blass gegenüber diesem Gefühl der bedrängenden Höhe alles Lebendigen. Die unzähligen Stimmen der Grossstadt, die zu einem mächtigen Gebrause zusammengehen, sprechen eine bedeutendere Sprache dem modernen Künstler, als die Natur. Ihm erschliessen sich die grossen Perspectivlinien des gewaltigen Lebens rings um ihn. Man denke nur an die Schilderung der ersten Morgenstunden im Baudelaireschen Gedicht *Die Frühwache ertönt in den Höfen der Casernen*. Nachdem die Bilder gegeben sind, wie in der kalten Stille des Morgens in allen Winkeln ein gequältes Leben mit seinen Wünschen und Trieben sich regt, heisst es: »Die Morgenröte in rosa und grünem Gewande kommt frierend langsam daher am Seineufer, und das düstre Paris, das den Schlaf aus den Augen sich reibt, greift, ein rüstiger alter Mann, nach dem Werkzeug.«

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben

#### Wirtschaft

Einer der heftigsten und zugleich lehrreichsten capitalistischen Interessenkämpfe hat sich in den letzten Wochen auf dem **Baumwollmarkte** abgespielt.

In America, dem entscheidenden Productionslande, hatte schon seit längerer Zeit eine capitalkräftige Haussespeculation eingesetzt. Sieht man vom russischen Mittelasien ab, das vorläufig nur die russischen Spinnereien versorgt, so lieferten die Vereinigten Staaten 1901-1902 etwa 73 % des Weltmarktangebots an Baumwolle — neben Indien mit 17 %, Aegypten mit 8 1/2 %, Brasilien mit 1,7 %, New York und New Orleans, nicht mehr Liverpool und auch nicht Bremen sind heute die international tonangebenden Handelsstätten. Hier sah sich die Preistreiberi ausserordentlich begünstigt, weil die alten Vorräte Americas durch starke Exporte nach Europa gelichtet waren, während die neue Ernte unter dauernder Nässe und Kälte schwer gelitten hatte. Die Erntemengen mögen zwar schliesslich die ersten pessimistischen Schätzungen weit übertroffen haben, aber die schlechte Witterung hinderte das Pflücken und die Einbringung; man hatte mit aussergewöhnlich

viel verdorbenem Material zu rechnen, für das ein entsprechend geringerer Spinnertrag anzusetzen war; die besseren Sorten bedangen sehr bald hohe Prämien. Seit Januar bereits nutzte ein grosser Baumwollhändler von Providence, Daniel J. Sully, die Lage nach Kräften aus. Er und seine Gefolgschaft, zumeist Fabrikanten der Neuenglandstaaten, sollen bis zum Mai einen Gewinn von 5 Mill. Dollars erzielt haben. Dann trat W. P. Brown aus New Orleans an die führende Stelle, der mit seinem Anhang erst den Markt von New Orleans in seine Gewalt brachte und dann auch die Baissespeculation in New York vollständig matt setzte. So stiegen Ende Juni die Baumwollpreise geradezu sprunghaft. Es stellte sich in New York die Loconatiz pro americanisches Pfund

am 15. Januar . . . . .	8,90 Cents
„ 1. Februar . . . . .	9,05 „
„ 1. März . . . . .	10,25 „
„ 1. Mai . . . . .	10,75 „
„ 1. Juni . . . . .	11,50 „
Höchstbestand 26. Juni . . . . .	13,37 „

Die Baumwollverbraucher, das heisst die Spinner und Weber, sahen schliesslich kein anderes Abwehrmittel, als die Beschränkung der Nachfrage durch Verkürzung der Spinnereiproduction. In England hatte

man schon Ende der achtziger Jahre, unter ähnlichen Umständen und mit Unterstützung der Textilarbeiterorganisationen, zu der gleichen Waffe gegriffen — mancher Leser wird sich noch eines diese Bewegung unterstützenden Aufsatzes von Friedrich Engels erinnern. Aus Spanien, Frankreich, Oesterreich, Russland, aus den Vereinigten Staaten selber kamen Nachrichten vom Ruhenlassen der Betriebe. Am weitesten ging man in England: da die seit Pfingsten ergriffenen kleineren Mittel nicht durchschlugen, so beschloss am 19. Juni eine grössere Fabrikantenversammlung in Manchester, und zwar auf Vorschlag des Ausschusses des Spinnereiverbandes, dass in den Lancashirer Spinnereien wöchentlich nur vier Tage gearbeitet werden sollte; Mitglieder, die nach wie vor weiter producierten, sollten pro Tag und Spindel  $\frac{1}{16}$  d Busse zahlen, so dass also ein Betrieb mit 80 000 Spindeln für jeden weiter zur Production ausgenutzten Sonnabend oder Montag mit  $416\frac{1}{2}$  M. (20 Lstr. 16 s. 8 d.) Busse belastet war. Der Beschluss trat am 27. Juni in Kraft und soll überraschend einmütig durchgeführt worden sein. Die deutschen Spinnereien standen verhältnismässig noch am weitesten ausserhalb der Schusslinie; sie hatten sich früher am reichlichsten zu relativ billigen Preisen eingedeckt; sie benutzten zum Teil die Preiserhöhung sogar zur Wiederabstossung ihrer Rohstoffvorräte nach dem Baumwollmarkt. Auch Lancashire soll in dieser Weise ein überraschendes Angebot von Ware geschaffen haben, die man längst dem Rohstoffmarkte entzogen glaubte. Anfang Juli brachte der Dampfer *Louisiana*, von Bremen kommend, für Speculationsrechnung 3000 Ballen Baumwolle nach New Orleans! Es soll das erste Mal gewesen sein, dass, unter völliger Umkehrung des naturgemässen Warenstromes, Europa derartige Mengen nach America lieferte.

So konnten die Bäume der Haussespeculation sehr bald nicht weiter in den Himmel wachsen. Der Rückschlag erfolgte mit voller Wucht, als die amtlichen Washingtoner Wetter- und Saatenstandsberichte spätere reichere Zufuhren ankündigten. Neue Baumwolle ist, nach den seit 1892 gemachten Erfahrungen, zuweilen schon am 27. Juli, allerspätstens jedoch am 11. August, verkauft worden. Das Syndikat sah sich mit seinem Latein am Ende; schon am 7. Juli brach ein schwerer Preissturz über die Brownsche Gruppe herein. »An der New Yorker Baumwollbörse«, meldete der *Vossischen Zeitung* ein New Yorker Cabelbericht, »kam es zu einem völligen Zusammenbruch

der Haussespeculation. Die Preise fielen um 60 bis 70 Points. Juli- und August-Baumwolle wurde um 10 Dollars für den Ballen billiger angeboten, als vor einer Woche. Der Baumwollmarkt befindet sich in einer völligen Deroute. Die Verkäufe am heutigen Tage werden auf über eine Million Ballen geschätzt. Hunderte kleiner Speculanten sind zu Grunde gerichtet. Viele von ihnen verloren den ganzen Verdienst der letzten sechs Monate. Von allen Seiten her werden ständig Tausende Ballen Baumwolle an den Markt geworfen.« Der Preis erfuhr sofort einen Rückgang bis auf 11,60 Cents, also etwa bis auf das Niveau von Mitte Mai, als die Brownschen Treiber einsetzten. Bremen, das am 25. Juni einen Höchststand mit  $67\frac{1}{2}$  zu verzeichnen hatte, notierte am 7. Juli  $62\frac{3}{4}$ . Die Krisis konnte als überwunden gelten, obwohl die Baumwollpreise noch immer hoch über dem Normalniveau bleiben und weiter die *Einschränkungsfrage* unter den Fabrikanten nicht zur Ruhe kommen lassen.

Ueber die Erneuerung des rheinisch-westfälischen **Kohlensyndikats**, auf Grund der in Aussicht genommenen erweiterten Basis, ist bisher noch keine massgebende Entscheidung gefallen. Die Zechenbesitzer-versammlung hat allerdings am 6. Juli den neuen Vertragsentwurf mit nur unwesentlichen Aenderungen angenommen, aber schon die darauf folgenden Verhandlungen mit den Hüttenzechen sollen Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, denen manche weitere Schwierigkeiten folgen werden, vor allem auch betreffs der Auseinandersetzung mit dem Coakssyndikat. Um so beachtenswerter ist die Juni-Abrechnung des Syndikats. Die rechnungsmässige Beteiligungsziffer pro Monat Juni betrug 4 983 167 t oder arbeitstäglich 212 050 t (gegen 5 313 569 oder 212 543 t im vorhergehenden Monat und 5 005 633 oder 200 225 t im Juni vorigen Jahres). Die Förderung betrug 4 149 079 t oder arbeitstäglich 176 557 t (gegen 4 435 587 oder 177 423 t im vorhergehenden Monat und 3 978 596 oder 159 144 t im Juni des vorigen Jahres). Es ergibt sich also eine Minderförderung von  $16,74\%$  (in Aussicht genommen waren  $18\%$ ) gegen  $16,52\%$  im vorhergehenden Monat und  $20,52\%$  im Juni des vorigen Jahres. Im ersten Halbjahr 1903 betrug die Kohlenförderung 25 520 431 t (gegen 23 170 578 t im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres), also  $10,14\%$  mehr. Der Gesamtkohlenverband des Ruhrbezirks ist nach der Zusammenstellung der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* im gleichen Zeitraum

um 283 598 Doppelwaggons oder 12,5% gestiegen.

\*

**Kurze Chronik.** Die Errichtung eines allgemeinen deutschen Stahlwerkverbandes wird weiter mit grossem Nachdruck betrieben, da die Lage des amerikanischen Eisenmarktes immer dringender mahnt, der Zukunft zu gedenken, die, was die Ausfuhr anlangt, weniger erfreulich, als die Gegenwart, sein dürfte. — Auch dem Schiffahrtstrust des Herrn Morgan hängt der Himmel nicht mehr voller Geigen. Die englische Cunardlinie, die sich dem Trust betreffs der einzuhaltenen Passagierpreise und Frachtraten angeschlossen hatte, kündigte ihren Vertrag zum 1. Juli, und der New Yorker Finanzstrategie muss alle Kräfte aufbieten, um den Glauben an seine Gründung nicht gänzlich entschwinden zu lassen. Die deutschen verbündeten Gesellschaften können bei einer Auflösung des Trusts kaum viel verlieren. Das Unerfreuliche an dem ganzen Zwischenspiel wäre dann jedoch immer noch, dass der englische Chauvinismus mächtig erregt wurde und auch heute noch zu staatlichen Schiffahrtssubventionen viel mehr bereit ist, als jemals früher. — Die Curse des Stahltrusts haben vollends einen Tiefstand erreicht, der viele ein Ende mit Schrecken voraussehen lässt. — Der Schiffsbaustrust endlich ist für bankrott erklärt worden.

*Max Schippel.*

### Politik

Durch die Reichstagswahlen am 16. und 25. Juni hat sich an den bisherigen Mehrheitsverhältnissen nur wenig geändert. Die Zahl der Abgeordneten beläuft sich für die Mehrheitsparteien wie folgt:

	1903	1898
Centrum . . . . .	100	102
Conservative . . . . .	52	52
Reichspartei . . . . .	19	22
Nationalliberale . . . . .	50	48

Die vier genannten Parteien haben also im neuen Reichstag zusammen 221 Vertreter gegen 224 nach der Wahl von 1898. Man muss diese Tatsache im Auge behalten, wenn man die Bedeutung des neuen Reichstags für die Gestaltung der deutschen Politik abschätzen will. Die Parteien, die während der letzten fünf Jahre in der Hauptsache die feste Mehrheit gebildet haben, ziehen fast ganz genau so stark wieder in den Reichstag ein, wie 1898. Für die Regierung bedeutet diese Zusammensetzung des Reichstags die Aufforderung zur Fortsetzung des bisherigen Curses. In den

Stärkeverhältnissen der Minoritäts-, oder besser gesagt linksstehenden, Parteien haben sich dagegen wesentliche Aenderungen vollzogen, denn die Zahl der Abgeordneten beträgt bei der

	1903	1898
Socialdemokratie . . . . .	81	56
Freis. Volkspartei . . . . .	21	29
Freis. Vereinigung . . . . .	9	13
Deutsche Volkspartei . . . . .	6	8

Mit Ausnahme der Socialdemokratie haben die links stehenden Parteien ziemlich viele Sitze (10) verloren, während die Socialdemokratie allein 25 gewonnen hat. Es sind namentlich die kleinen und kleinsten Parteien, die diesmal sich in die Mandatsverluste zu teilen haben. Nur die Polen und die deutschgesinnten Lothringer haben einige Mandate gewonnen; erstere erhielten 1903 16 gegen 14 vom Jahre 1898, letztere 4 gegen 1. Die übrigen Parteien haben folgende Vertreterzahl:

	1903	1898
Antisemiten . . . . .	11	14
Bund der Landwirte . . . . .	3	4
Bayerischer Bauernbund . . . . .	3	4
Welfen . . . . .	6	9
Elsässer . . . . .	7	10
Wilde . . . . .	9	10

Die Gruppe der kleinsten Parteien hat 12 Mandate verloren; es folgen die liberalen Parteien mit einem Verlust von 10 und die Mehrheitsparteien mit einem solchen von 3 Mandaten — macht zusammen 25 Mandate, um die die Socialdemokratie zugenommen hat. Im ganzen haben also die linksstehenden Parteien ihren Bestand um 15 Mandate vermehrt. Die Zusammensetzung des neuen Reichstags spiegelt indessen nur unvollkommen die Stärke der Parteien, wie sie sich nach der Stimmabgabe gestellt hat. Die genauen amtlichen Wahlziffern ergeben für die einzelnen Parteien folgende Stimmenzahl:

Socialdemokratie . . . . .	3 011 114
Centrum . . . . .	1 873 415
Nationalliberale . . . . .	1 269 068
Conservative . . . . .	859 510
Freis. Volkspartei . . . . .	527 741
Polen . . . . .	347 784
Reichspartei . . . . .	269 211
Antisemiten . . . . .	244 561
Freis. Vereinigung . . . . .	230 796
Bauernbund . . . . .	129 275
Bund der Landwirte . . . . .	122 195
Deutsche Volkspartei . . . . .	102 508
Welfen . . . . .	94 252
Elsässer . . . . .	89 887
Nationalsociale . . . . .	30 204
Dänen . . . . .	14 843
Litauer . . . . .	6 012

Dazu kommen

Wilde . . . . . 261 327

Auf die in der ersten Gruppe aufgeführten Mehrheitsparteien entfielen 4271204 Stimmen, auf die in der zweiten Gruppe aufgeführten Parteien 3872159 Stimmen. An Stimmzahl sind die Mehrheitsparteien gerade um 400000 Stimmen voraus. Mandate haben sie dagegen unverhältnismässig mehr, nämlich 221, während die linksstehenden Parteien nur über 129 verfügen. Dieses Missverhältnis zwischen Stimmzahl und Mandatziffer ist hauptsächlich die Folge der veralteten Wahlkreisgeometrie und der Taktik bei den Stichwahlen.

\*

Wesentliche Fortschritte hat nur die **Socialdemokratie** gemacht. Die Zahl ihrer Mandate hat sich um eins über zwei Dutzend vermehrt. Mit 81 Abgeordneten nimmt sie die zweitstärkste Stellung unter den Fractionen ein. Dieses Anwachsen der Socialdemokratie ist anscheinend den gegnerischen Parteien sowohl als auch der Regierung etwas überraschend gekommen. Man hatte wohl eine weitere Stärkung der Socialdemokratie vermutet, aber so viel neue Mandate, wie sie sich erstritten hat, waren ihr von der gegnerischen Presse nicht zugebilligt worden. Dieses Mehr von neuen Abgeordneten hat nun ganz merkwürdig auf die Gegner gewirkt. Man stellte Betrachtungen über das weitere Anwachsen der Socialdemokratie an, malte sich schon den Reichstag mit einer socialdemokratischen Majorität vor Augen, sah den Umsturz von Monarchie, Thron und Altar in naher Sicht und bangte für jede staatliche Ordnung, für die Aufrechterhaltung von Heer und Marine. Gewiss, wir selbst haben die grösste Lust, noch weiter zu wachsen, aber so übermütig sind wir selbst in unseren kühnsten Hoffnungen nicht, es von 81 Abgeordneten so bald schon auf annähernd 200 zu bringen. Noch bilden die gegnerischen Parteien eine grosse und starke Mehrheit gegen den Ansturm der Socialdemokratie, und es ruft unwillkürlich ein Lächeln hervor, einen Teil der Gegner in schlotternder Angst die Erfolge der Socialdemokratie erörtern zu sehen. Man suchte nach Gründen für das starke Anwachsen der Socialdemokratie. Die officiöse Presse wollte die Schuld auf die bürgerlichen Parteien abwälzen, die nicht eng genug gegen die Socialdemokraten zusammen gestanden hätten. Umgekehrt machte man der Regierung den Vorwurf, dass sie es an einer zündenden Sammel-

parole habe fehlen lassen. Aber alle die gegenseitigen Vorwürfe änderten an der Tatsache nichts, dass die Socialdemokratie die stärkste Partei im deutschen Reiche ist. Dieser Tatsache gegenüber wurde die Frage aufgeworfen: Was nun? Die einfachste, aber kurzichtigste Antwort auf diese Frage war: Schaffen wir das jetzige Wahlrecht ab, dann ist es möglich, den Reichstag von der Socialdemokratie zu befreien! Das ist ganz die Curmethode à la Doctor Eisenbart. Wenn diese Methode die bestehende Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Ordnung der Dinge beseitigen würde, dann wäre der Vorschlag ein probates Mittel. Aber das Gegenteil ist der Fall: durch eine Beseitigung des jetzigen Wahlrechts würde man zu der herrschenden Unzufriedenheit eine Verbitterung des Volkes heraufbeschwören, die Deutschland politisch und wirtschaftlich ruinieren würde; man würde die mündigen Bürger, die alle Pflichten dem Vaterland gegenüber voll auf sich nehmen, in ihrer Mehrzahl degradieren und würde nicht nur die Socialdemokraten, sondern auch solche Kreise treffen, die heute noch der Socialdemokratie fernstehen. Man würde das Ventil verschliessen, durch das sich die Unzufriedenheit der Volksmassen äussern kann; man würde Herde der Opposition im Innern des Volkes anhäufen, die unorganisiert und ohne zielbewusste Direction fortwährend sich mit dem bösartigsten Explosionsstoff laden würden. Man schaue doch auf Sachsen, wo man im Jahre 1896 die Wahlentrichtung des Volkes durchgeführt hat! Wenn es dort nicht ganz so schlimm gekommen ist, so nur deshalb, weil wir ein im grossen demokratisches Reichstagswahlrecht haben, durch das das Volk seinem Unwillen über die Dinge in Sachsen Luft machen konnte! Was ist denn aber trotzdem die Folge der sächsischen Wahlentrichtung? Alle Welt, selbst die sächsische Regierung ist einig, dass die Gesetzgebung von 1896 ein grosses Fiasco bedeutet. Alle sächsischen Reichstagswahlkreise mit Ausnahme eines einzigen sind im Besitze der Socialdemokratie. Aber das wäre das wenigste. Es ist offenkundig, dass unter dem jetzigen sächsischen Wahlrecht die Verwaltung und Regierung Sachsens in einer Weise im Niedergang begriffen sind, wie dies unter dem früheren Wahlrecht nicht hätte eintreten können. Der Mangel einer entschiedenen Opposition im sächsischen Parlamente musste zu dem Marasmus führen, unter dem Sachsens politisches Leben leidet. Stagnation, Rückschritt überall auf dem Gebiete der Finanzen, im Verkehrswesen, in Fragen der Wirtschafts- und Handelspolitik.

Ein industrielles Volk kann nicht mehr von oben herunter regiert werden; eine Verwaltung und Gesetzgebung in einer die Interessen des gesamten Volkes berücksichtigenden Weise ist nur möglich durch eine fortschreitende Erweiterung der demokratischen Einrichtungen, zu denen in erster Linie ein freies Wahlrecht gehört.

Dass auch für die Socialdemokratie mit ihrem Wachstum ein grösseres Mass von Verantwortlichkeit auferlegt ist, wer wollte das bezweifeln? Zunehmende Macht macht vorsichtig in ihrem Gebrauch — das ist eine Erfahrung, die sich noch überall in der Geschichte bewahrheitet hat. Vorzüglich hält sich aber an diese Erfahrung eine Partei, die auf dem demokratischen Princip basiert. Es dürfte wohl noch nie eine politische Parteibildung gegeben haben, in der die Disciplin so durchgebildet war, wie in der Socialdemokratie. Diese Disciplin beruht nicht auf äusseren Machtmitteln, sondern ganz allein auf der strikten Durchführung demokratischer Grundsätze, deren Verletzung den Gegnern gegenüber ebenso schädlich für den Parteibestand wirken müsste, wie eine Verletzung innerhalb der Parteiorganisation selbst. Und je straffer und reichhaltiger eine Parteiorganisation mit dem Wachstum der Anhänger dieser Partei ausgestattet werden kann, desto mehr hat die Organisation als solche den demokratischen Grundsatz im Auge zu halten, dass die Partei nicht um ihrer selbst willen, sondern für die Vertretung der Interessen derer vorhanden ist, von deren Vertrauen sie getragen ist. Manche der jetzt im Absterben begriffenen Parteien, die gleichfalls demokratische Grundsätze befolgen wollten, haben dadurch ihre Wähler von sich abgestossen, dass ihnen das demokratische Princip eine blosse Phrase war. Die Socialdemokratie hat bei ihrer starken Anhängerzahl, bei der Geschlossenheit der Classe, die hinter ihr steht, nicht zu befürchten, dass sie leicht auf Abwege geraten könne. Sie ist in der Hand der deutschen Arbeiterbevölkerung nicht eine, sondern die politische Waffe, für deren Führung und Verwendung in letzter Linie die deutsche Arbeiterbevölkerung selbst verantwortlich bleibt. Wohl über die Hälfte des deutschen Volkes kann man ihrer wirtschaftlichen und socialen Lage nach zu den Schichten rechnen, deren politische Vertretung von der Socialdemokratie erwartet wird. Diese Aufgabe erfordert ein hohes Mass von Intelligenz, von praktischer Erfahrung und von kluger Taktik, neben welchen Eigenschaften auch die Begeisterung nicht fehlen soll. Die Tatsache, dass gerade die letzte

Wahl der socialdemokratischen Fraction eine Reihe Leiter gewerkschaftlicher Berufsorganisationen zugeführt hat, beweist, für wie wichtig es die Arbeiter selbst halten, dass auch genaue Kenner ihrer nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen in der Fraction der Socialdemokratie vertreten sind. Dem Zusammenwirken aller Mitglieder der Fraction kann die deutsche Arbeiterklasse ruhig die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen: je grösser das Vertrauen, je grösser die erteilte Machtbefugnis, desto stärker wächst auch das Gefühl der Verantwortung.

**Kurze Chronik.** In Serbien ist an Stelle des ermordeten Königs Alexander der Prinz Peter Karageorgjewitsch als König (Peter I) proclamiert worden. — Die Obstruction im ungarischen Parlament wegen der Heeresvorlage hat zu einem Ministerwechsel geführt. Auch der neue Ministerpräsident, Graf Khuen, wird der Obstruction nicht Herr. — Am 20. Juli ist Papst Leo XIII. gestorben.

*Richard Calver.*

### **Socialpolitik**

Zur Charakteristik der **socialen Lebensverhältnisse der Arbeiter** bringen die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeinspectoren für 1902 recht bemerkenswerte Tatsachen. Diese Verhältnisse sind im Anfang des Jahres 1902 als direct schlecht zu bezeichnen. Mit dem Steigen der Fleischpreise schrumpfte entweder der Fleischverbrauch der Arbeiter beträchtlich zusammen, oder geringwertige Fleischsorten, wie Pferdefleisch, verdrängten im Arbeiterconsum die besseren Fleischsorten. Im Bericht aus der Kreishauptmannschaft Dresden heisst es: »Bei derartigen ungünstigen Erwerbsverhältnissen erscheint es selbstverständlich, dass auch die Ernährungsweise eine äusserst dürftige ist; Kartoffeln und Leinöl sowie Brot und Kaffee bilden täglich wiederkehrend die Grundlage der Ernährung, und nur Sonntags erscheint einmal Fleisch auf dem kärglich besetzten Mittagstisch.« Grössere Arbeiterentlassungen kamen nach dem Bericht von Chemnitz nur in einzelnen Werkzeugmaschinenfabriken und Stückfärbereien vor. Angesichts der jetzt sinkenden Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft drängt sich dem Socialpolitiker die Frage auf: Führten die Zeiten der wirtschaftlichen Hochconjunctur eine wesentliche Verbesserung in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter wenigstens während dieser letzten Jahre herbei, und hinterliessen sie einige nicht zu besitzende dauernde Vorteile für diese? In seinem Jahrbuch *Handel und*

Wandel hat Richard Calwer auf Grund der Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften Jahresdurchschnittslöhne für die Jahre 1895 bis 1899 berechnet; er wies dann unter Berücksichtigung einer Dresdener Statistik die Steigerung der Lebensmittelpreise, der Wohnungsmieten u. s. w. nach und kam zu dem Resultat, dass von einer wesentlichen Erhöhung des Reallohnes keine Rede sein könnte. Gegen den Wert dieser Geldlohnstatistik erhebt der Ingenieur Dr. Hermann Beck in seiner Schrift *Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Maschinenindustrie am Ausgang des XIX. Jahrhunderts* (Dresden, Böhmert) bemerkenswerte Einwände. Er schreibt: »Die Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften geben in ihrer heutigen Form zunächst gar keine zuverlässige Auskunft über wirklich gezahlte Löhne. Die meisten Berufsgenossenschaften buchen die Löhne vollständig nur bis zu 4 M. pro Tag, was 4 M. übersteigt, nur mit  $\frac{1}{2}$  der Seeberufsgenossenschaft weist nur behördlich festgesetzte Löhne nach, die Tiefbauberufsgenossenschaft dagegen die Löhne auch über 4 M. hinaus, so dass ein Vergleich der so verschiedenartig bezeichneten Durchschnittslöhne und die darauf fussende Construction eines Gesamtdurchschnittes als wissenschaftlich fast wertlos bezeichnet werden muss.« Im Maschinenbau befinden sich die Gehälter der Betriebsbeamten bis zu 2000 M. und die ortsüblichen Tagelöhne für die jugendlichen und nicht ausgebildeten Arbeiter im Durchschnittslohn. Ohne Nachweis der Lohnbewegung der einzelnen socialen Gruppen — Zunahme oder Abnahme der gelernten oder ungelerten Arbeiter, Verschiebung der Lohnhöhe dieser Gruppen — hat die Angabe eines Durchschnittslohnes einen geringen Wert. Dr. Beck untersucht die Verhältnisse der Arbeiter eines Magdeburger Grossbetriebes mit über 1500 Personen und eines Mittelbetriebes mit 78 Personen (Ende 1898). Der Tisch ist in einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs nur mager für die Arbeiter der beiden Betriebe gedeckt worden. »Schon ein oberflächlicher Vergleich lehrt«, so schreibt Beck, »dass bei den Unternehmungen die Arbeitslöhne pro (zehnstündigen) Arbeitstag nur unwesentlich stiegen und dass die in einzelnen Fällen immerhin recht beträchtliche Steigerung der Jahresarbeitsverdienste demnach nur auf quantitative und qualitative Steigerung der Arbeitsleistungen zurückzuführen ist. . . . Es bleibt noch die Tatsache zu erklären, dass in dem Jahrfünft 1895 bis 1899 die Löhne pro Zeiteinheit etwas gestiegen. Da liegt zunächst nahe,

zu vermuten, die Lohnsätze seien erhöht worden. Das trifft für die Zeitlohnsätze in einigen Fällen — bei den Handarbeitern — in der Tat zu, bei den Stücklohnsätzen ist dagegen das Gegenteil der Fall. . . . Wenn die Löhne in den Jahren 1897 bis 1899 etwas höher sind, als 1895 bis 1897, dann ist das nicht auf höhere Accordsätze zurückzuführen, sondern auf die ganze Zahl von Ueberstunden, die 10 bis 20 % höher entlohnt werden, und auf durch die Dringlichkeit und Fülle der Aufträge verursachte grössere Intensität der Arbeit.« Die Verbesserung in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist somit nur durch eine erhöhte Arbeitsanstrengung herbeigeführt worden, und das in einer Zeit *beispiellos günstiger Conjunction*. Und nun zum Schluss mögen wir noch einen Blick in sehr bedenkliche Entwicklungstendenzen der Gegenwart tun: »Es ist die kräftig emporstrebende Maschinenindustrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die uns schon heute auf dem Weltmarkte in vieler Hinsicht erfolgreich die Stirn bietet und in Zukunft eine vielleicht heute noch nicht absehbare Rolle spielen wird. Neben der natürlichen Ueberlegenheit, den reichen Erz- und Kohlenlagern, den billigen Wassertransportgelegenheiten, neben der Unternehmungslust und dem Organisationstalent des Americaners, der Centralisation, der Capitalverwendung und Production, kommt vor allem in Betracht, dass America eine ungleich besser entlohnte Arbeiterkraft besitzt. Suchen wir ihm auch hier nachzukommen.« Die socialpolitisch wertvolle Arbeit Dr. Becks umfasst die Wohnungs-, Besitz- und Lebensverhältnisse, sowie Haushaltsbudgets der Arbeiter der statistisch durchforschten Betriebe.

In der **Arbeiterschutzgesetzgebung** rückt jetzt in den Vordergrund die Einführung des Zehnstundentags für Arbeiterinnen. Die Einführung dieses Maximalarbeitstages wird durch die Erhebungen der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten, aus denen die *Socials Praxis* die bemerkenswertesten Daten mittheilt, dargetan. Bisher erfreuten sich von 397794 Arbeiterinnen 62% (247577) des Zehnstundentags oder einer kürzeren Arbeitszeit, 38% (149137) arbeiteten länger als 10 Stunden. Unter den 29 Berichterstattern sind 16 rückhaltlose Freunde des Zehnstundentags, 7 bedingte Befürworter desselben und 6 ausgesprochene Gegner. Der Referent über die Berliner Arbeiterinnenverhältnisse spricht sich für den Zehnstundentag aus. In Berlin und seinen Vororten sind mehr als

63 000 Arbeiterinnen beschäftigt. Etwa 11% der Arbeiterinnen Berlins etc. arbeiten über 10 Stunden. Jedoch erfolgte die Erhebung in der Periode der Saison. Deshalb ist wohl die Behauptung gerechtfertigt, dass in den gewöhnlichen Zeiten 95% der Arbeiterinnen eine tägliche Arbeitszeit von 10 und weniger Stunden haben. Die Unternehmer selbst haben in ihrer überwiegenden Mehrheit nichts gegen eine gesetzliche Fixierung des Zehnstundentags einzuwenden.

Unter den Veränderungen in den kapitalistischen Grundcharakter der heutigen Wirtschaftsbetriebe haben wir zu begreifen: die Umwandlung kapitalistischer Privatbetriebe in staatliche oder communale Betriebe, die durch Staatszwang geschaffenen gemeinnützigen Genossenschaften und Versicherungsinstitute (Krankencassen, Landesversicherungsanstalten etc.), die Ausbildung freier genossenschaftlicher, auf dem Gemeinbesitz ruhender Unternehmungen, die Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter an der Verwaltung eines Unternehmens etc. In der Carl Zeiss-Stiftung, über die soeben Felix Ayerbach eine interessante Arbeit *Das Zeisswerk und die Carl Zeiss-Stiftung in Jena* (Jena, Gustav Fischer) veröffentlicht hat, liegt ein interessanter Versuch zur Umbildung der kapitalistischen Structur eines Unternehmens vor. Das Unternehmen soll nach der Carl Zeiss-Stiftung sein eigener Besitzer werden. Die Inhaberin des Betriebes ist die Carl Zeiss-Stiftung. An der Spitze der Stiftverwaltung steht ein Staatscommissar, der auf die strikte Beobachtung des Grundgesetzes der Stiftung, auf das Statut, schaut. Im Statut ist die Maximalgrenze der Gehälter vorgesehen. Im Durchschnitt verdient jetzt der über drei Jahre im Betriebe tätige Arbeiter über 24 Jahre 1800 M., zahlreiche tüchtige Arbeiter verdienen 2000 bis 3000 M. Der Arbeiter ist am Gewinn beteiligt und pensionsberechtigt (klagbarer Anspruch auf Pension). Er erfreut sich des Achstundentags. Für gemeinnützige Zwecke wandte die Carl Zeiss-Stiftung 3 131 000 M. auf, und zwar zur Förderung der Wissenschaft an der Universität Jena 1 946 000 M., für Errichtung des *Volkshaus* in Jena 900 000 M., für die *Oeffentliche Leschalle* in Jena 87 000 M., für Ankauf eines Geländes für Parkanlagen 50 000 M., ferner noch sehr erhebliche Summen für das Flussbad, für die Sophienheilstätte, für ein Kinderheim etc. Die hochherzige Stiftung verwirft grundsätzlich jeden Patriarchalismus.

Auf dem Gebiete der **Unfallversicherung** wurde bisher die Unfallverhütung sehr stiefmütterlich behandelt. Erfreulicherweise scheint sich jetzt das Tempo, in dem die Unfallverhütung in Deutschland bisher einhertrötete, beschleunigen zu wollen. Im Juni 1903 wurde die *Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt* in Charlottenburg eröffnet. Diese Ausstellung gibt uns ein ungefähres Bild von dem augenblicklichen Stande der Unfallverhütungstechnik. Die deutschen Berufsgenossenschaften bestreben sich, ihre Leistungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung in dieser Ausstellung zur Darstellung zu bringen.

Es ist bedauerlich, dass nicht im Unfallversicherungsgesetze die Verpflichtung der Berufsgenossenschaft zum Erlass von Unfallverhütungsvorschriften vorgesehen wurde. Das Gesetz redet nur von einer Befugnis, nicht von einer Verpflichtung der Berufsgenossenschaften. Allerdings können die Berufsgenossenschaften auf dem Aufsichtswege zum Erlass derartiger Vorschriften angehalten werden. Die Berufsgenossenschaften sind ferner verpflichtet, für die Durchführung der erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, die Befolgung der erlassenen Vorschriften durch technische Beamte zu überwachen. Leider ist also die Art, wie die Ueberwachung ausgeübt werden soll, dem Ermessen der Berufsgenossenschaften überlassen. Daher ist die Ueberwachungstätigkeit der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung so ausserordentlich verschieden geartet. Das ersehen wir aus den uns vorliegenden Geschäftsberichten folgender Berufsgenossenschaften für das Jahr 1902.

Die Betriebe der Tiefbauberufsgenossenschaft schliessen eine grosse Unfallgefahr ein. Wenn man die Zahl der seit 1897 erstmalig zur Entschädigung gelangten Unfälle, also die Unfallhäufigkeit ermittelt, so ergeben sich auf 1000 Vollarbeiter berechnet folgende Zahlen: bei allen Berufsgenossenschaften 8,55 Unfälle, bei allen Baugewerksberufsgenossenschaften 10,98 Unfälle, bei der Steinberufsgenossenschaft 12,61 Unfälle, bei der Tiefbauberufsgenossenschaft 13,46 Unfälle, bei der Fuhrwerksberufsgenossenschaft 17,34 Unfälle. Die Häufigkeit der Unfälle in dem Betriebe der Tiefbauberufsgenossenschaft wird vor allem der mangelnden Anlernung der Arbeiter und der schrankenlosen Concurrenz bei Uebernahme von Tiefbauten zugeschrieben. Von 12323 vorhandenen Bauarbeiten wurden durch die technischen Beamten der

Berufsgenossenschaft 13,6% revidiert oder 1674 Bauarbeiten mit 72 721 Arbeitern. Unter den 1674 revidierten Bauarbeiten wurden 883 für ordnungsmässig befunden und 741 bemängelt.

Bei der Seidenberufsgenossenschaft in Crefeld revidierte der Aufsichtsbeamte H. Elten-Barmen im Jahre 1902 1167 Betriebe mit circa 27 700 Arbeitern. 408 Betriebsinhaber hatten in ihren Betrieben Mängel in Bezug auf Unfallverhütung aufzuweisen. Der Aufsichtsbeamte Hertrich der Thüringer Baugewerksberufsgenossenschaft stellte fest, dass unter 1208 revidierten Betrieben 541 Mängel aufwiesen. Es herrscht nach Ansicht dieses Beamten »noch sehr viel Lauheit, Mangel an gutem Willen und Verständnis für den guten Kern der Versicherungsgesetze«.

Ueber die Tätigkeit der einzelnen Landesversicherungsanstalten auf dem Gebiete der **Invalidenversicherung** liegen uns bisher nur wenige Geschäftsberichte über das Jahr 1902 vor. Der Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Braunschweig enthält einige interessante kritische Bemerkungen über das heutige Prämiendeckungssystem der Invalidenversicherung. Nach dem neuen Invalidenversicherungsgesetz müssen so ungeheure Summen zur Deckung aller aus früheren und künftigen Beitragsleistungen resultierenden Rentenanwartschaften zurückgelegt werden, dass sich die Fürsorge für die Versicherten und deren Familien nur in den engsten Grenzen bewegen kann. Die Rücklagen zur Deckung der Rentenanwartschaften u. s. w. sind so hoch bemessen, dass die Landesversicherungsanstalten in den meisten Fällen nicht nur keine Ueberschüsse, sondern direct Deficite zu verzeichnen haben.

Die Bewegungsfreiheit der Landesversicherungsanstalten ist durch das Prämiendeckungssystem des neuen Invalidenversicherungsgesetzes stark eingeengt. Süd- und mitteldeutsche Vorsitzende der Landesversicherungsanstalten ziehen bereits gegen das Prämiendeckungssystem zu Felde, die Arbeiter jedoch bleiben ruhig im Gliede stehen. Von der Landesversicherungsanstalt Hannover ging uns die vorläufige Uebersicht über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse des Jahres 1902 zu. Diese Anstalt hat seit Jahren unermüdetlich den Arbeiterwohnungsbau gefördert. Die Darlehne der Anstalt für diesen Zweck botragen nach der vorläufigen Uebersicht

14 793 002 M. Von dieser Summe fallen 8,49 Mill. M. auf Baugenossenschaften, Baugesellschaften, gemeinnützige Actienbauvereine u. s. w. Für das Heilverfahren warf die Anstalt 481 751 M. aus.

Ueber die **Krankenversicherung** im Jahre 1901 wurden schon Mitte Juni einige Hauptdaten bekannt. Im Jahre 1901 bestanden 23 064 Cassen mit 9 641 742 Mitgliedern. Die Krankheitskosten der Cassen betragen 1901 163,35 Mill. M. Die mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungs-fälle 3 617 022 mit 66 652 488 Krankheits-tagen. Die Gemeindekrankenversicherung zählte 8457 Cassen mit 1 465 124 Mitgliedern, die Ortskrankencassen 4677 mit 45 650 235 Mitgliedern, die Betriebskrankencassen 7563 mit 2 496 743 Mitgliedern, die eingeschriebenen Hilfs-cassen 1439 mit 864 978 Mitgliedern u. s. w. Vor wenigen Wochen ist endlich der Band der *Statistik des Deutschen Reiches* erschienen, der die Krankenversicherung im Jahre 1900 behandelt.

Die deutsche Krankenversicherung ruht in socialer Hinsicht noch lange nicht auf breiten und festen Grundlagen. Ueber die Mindestunterstützungsdauer von 13 Wochen sind von 4655 Ortskrankencassen nur 899 Cassen hinausgekommen. Von den Mitglieder-massen sämtlicher Cassen geniessen 1 969 000 eine 26 wöchige Unterstützungsberechtigung, und 1 483 000 haben eine noch weitergehendere Berechtigung, jedoch werden noch 5 923 000 oder nahezu 6 Millionen Versicherte einen Vorteil von der Erhöhung der Mindestunterstützungsdauer haben, welche die Krankencassen-novelle 1903 bringt. Nach der amtlichen Schätzung für 1900 erhalten von 4 475 000 Ortskrankencassenmitgliedern nur 529 000 ein Krankengeld über 50 bis 66 $\frac{2}{3}$ %, des Tagelohns und 137 000 ein Krankengeld über 66 $\frac{2}{3}$ % bis 75%. Circa 7 329 000 Mitglieder aller Cassen müssen sich mit dem dürftigen Krankengeld von 50% begnügen. Die Familienversicherung ist von den Krankencassen bisher nur in einem geringen Umfange ausgebildet worden. Die Arztfrage beleuchtet der Referent über die Krankenversicherung, Herr Regierungsrat Mayet, sehr eingehend. Er weist an der Hand der Gemeindeversicherung nach, dass bei der gleichen Menge geleisteter Arbeit die Arztkosten nicht unbedeutend stiegen. Die tabellarische Uebersichten eröffnen dann einen Einblick in die socialen Ursachen des ärztlichen Notstandes. Durch die Zunahme der Zahl der Aerzte um 74% nahm die auf 1 approbierten Arzt kommende Einwohnerzahl von 2972 auf 2058 Personen, also um

914 Personen, das ist um 31%, ab. 1885 kamen bei den Krankencassen auf den approbierten Arzt nur 575 M. Arztkosten, im Jahre 1900 aber 1254 M., also 679 M. oder 118% mehr als 15 Jahre früher. — Es handelt sich um alle approbierten Aerzte mit Einschluß der Militär- und Anstaltsärzte. — Gegenüber dem Jahre 1885 kamen im Jahre 1900 75 Cassenmitglieder durchschnittlich mehr auf 1 Arzt, die sonstige Clientel des Arztes nahm aber um 982 Personen ab. Von letzterer Abnahme kommen 914 Personen auf die Zunahme der Arzterzahl und 75 Personen auf die Vermehrung der durchschnittlichen Cassenclientel der Aerzte.

Die Begründung von Ortscassenvereinigungen im Bezirk der einzelnen Landesversicherungen schreitet rüstig fort. Am 5. Juli wurde in Cöln die *Freie Vereinigung der Ortskrankencassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz* ins Leben gerufen. Am 26. Juli treten zur Begründung einer Cassenvereinigung die Ortscassenvertreter im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holsteins zusammen. Am 29. Juni tagte zu Plauen die *Freie Vereinigung sächsischer Ortskrankencassen*. Diese Vereinigung umfaßt 131 Cassen mit 464157 Mitgliedern. *Paul Kampffmeyer.*

### **Sociale Communalpolitik**

Die preussische Regierung hat dem Regierungspräsidenten den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der **Wohnungsverhältnisse** zur Begutachtung zugestellt. Ueber den Inhalt desselben hat die *Cölnische Zeitung* längere Ausführungen veröffentlicht können. Danach enthält der Gesetzentwurf zunächst eine Reihe von Bestimmungen, die der ungesunden Bodenspeculation entgegenwirken sollen. Er will die Bildung hoher Monopolpreise für den städtischen Grund und Boden dadurch hindern, dass er die Gemeinden verpflichtet, rechtzeitig durch die Festsetzung von Bebauungsplänen oder die Erweiterung der bestehenden für das Vorhandensein möglichst zahlreicher baureifer Grundstücke zu sorgen. Die Nachfrage nach Baugelände soll stets ein ausreichendes Angebot finden. Muss schon diese Auffassung, dass die Existenz eines Bebauungsplanes überhaupt einen regulierenden Einfluss auf die Bodenspeculation und die Bodenpreise haben könnte, als unzutreffend zurückgewiesen werden, so noch viel mehr das Mittel, durch das die Tätigkeit der Gemeinden ausgelöst werden soll. Der Entwurf will nämlich der Ortspolizeibehörde die Befugnis geben, die Festsetzung von Fluchlinien

überhaupt und insbesondere auch mit Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis, sowie die Fertigstellung von Strassen und Strassenteilen verlangen zu können. Da nun die Ortspolizeibehörden als subordinierte Aemter auf Anweisung der vorgesetzten staatlichen Behörden (Landrat respective Regierungspräsident) zu handeln haben, so erhalten diese das Recht, in das wichtigste Gebiet der communalen Tätigkeit entscheidend einzugreifen. Die communalen Verwaltungskörper werden damit ihrer Selbständigkeit beraubt, und das bisschen Autonomie, das in dem Baufluchtengesetz von 1875 ihnen bewahrt geblieben war, geht vollständig verloren. Die Versuche, die der Regierungsentwurf dieses Gesetzes nicht mit vollem Erfolge unternommen hatte, werden also von der Regierung wieder aufgenommen. Nach dem Gesetz von 1875, das ein Compromiss zwischen dieser und den liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses war, kann die Ortspolizeibehörde die Festsetzung von Fluchlinien verlangen, wenn die von ihr wahrzunehmenden polizeilichen Rücksichten die Festsetzung fordern. Dieses Recht soll nun dadurch schrankenlos erweitert werden, dass die Ortspolizeibehörde auch aus Gründen des Wohnungsbedürfnisses diese Festsetzung und ausserdem sogar die Fertigstellung von Strassen und Strassenteilen verlangen kann. Weigert sich die Gemeinde, dem Ansinnen der Ortspolizeibehörde nachzukommen, so tritt der beliebte Instanzenzug, Kreis- respective Bezirksausschuss etc., in Kraft. Eine rein locale Frage wird der Entscheidung der localen Körperschaften entzogen und solchen Instanzen übertragen, die dem localen Leben mit seinen Bedürfnissen fernstehen. Besonders gefährlich ist natürlich die heabsichtigte Bestimmung dort, wo die Polizeiverwaltung in den Händen staatlicher Behörden ruht, und bei dem Bestreben der Regierung, überall in den grösseren Städten die Polizeiverwaltung den Bürgermeistern und Magistraten abzunehmen, bedroht sie auch solche Städte, die heute noch ohne königliche Polizei sind. Wie jedes Gesetz, das in den letzten Jahren Gebiete der communalen Verwaltungstätigkeit zu regeln suchte, hat auch dieser Wohnungsgesetzentwurf die Aufgabe, die Selbständigkeit der communalen Verwaltung zu gunsten der staatlichen Aufsichtsbehörden zu beschränken, den Selbstverwaltungskörpern ihre geringfügigen Rechte zu nehmen und an die Stelle ihrer Entscheidung das Ermessen der allweisen und allmächtigen staatlichen Polizeibehörde zu setzen. Jeder Vorwand ist der Staatsbureaukratie gut genug, um ihr

Ziel zu erreichen, und so muss auch die nicht zu bestreitende Untätigkeit der meisten Gemeinden auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge dafür herhalten, die Rechtserweiterung der Polizei zu begründen. Gegen diese Bestrebungen der Regierung muss von den Gemeinden mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. Sie müssen sich mit allen ihren Kräften dagegen wehren, dass sie auf einem der wichtigsten Gebiete ihrer Tätigkeit auf das Niveau unterster ausführender Staatsorgane herabgedrückt werden. Die Selbstverwaltung steht uns denn doch zu hoch, als dass wir sie leichten Herzens zu gunsten der Polizeibehörde expropriert wissen möchten. Und das umso weniger, als diese durch ihre bisherige Tätigkeit auch nicht im geringsten den Befähigungsnachweis auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge erbracht haben. Wenn die *Frankfurter Zeitung* zu dem Entwurfe schreibt: »Man hat also nur die Wahl, auf lange Zeit hinaus alles beim alten zu lassen oder es hinzunehmen, dass in die Selbstverwaltung von oben hineinregiert werde. Und da erscheint uns das letztere denn doch als das kleinere Übel, wenn wir auch nicht glauben, dass die Polizeibehörden nun auf einmal fundamentale Socialpolitiker werden«, so beweist diese Aeusserung einen ungeheuren Mangel an Verständnis für die Bedeutung der Selbstverwaltung und eine eben so grosse Unkenntnis von den desorganisierenden und demoralisierenden Folgen, die das Hineinregieren staatlicher Behörden in die communale Verwaltung haben muss. Wenn es ein Gebiet gibt, auf dem das staatliche Hineinregieren schädlich und überflüssig ist, so ist es das Gebiet der Wohnungsfürsorge. Gerade hier kann die Wendung zum Bessern nur von unten herauf kommen. Aus den Bedürfnissen der Gemeinde und der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Wohnungspolitik muss die communale Wohnungsfürsorge herausgeboren werden. Den so entstandenen Kräften gilt es die Bahn frei zu machen, das Hausbesitzerprivileg in den Städteordnungen abzuschaffen, das Dreiclassenwahlrecht zu bekämpfen — aber man glaube nicht, den widerstrebenden Gemeindevwaltungen eine fortschrittliche Wohnungspolitik durch Verfügungen staatlicher Behörden aufzotroyieren zu können. Daran krank vor allem unsere ganze Wohnungsreform, dass sie ängstlich davor zurückschreckt, die politische Kraft der Demokratie für ihre Zwecke in Bewegung zu setzen. Von oben soll das Heil kommen, und die grossen Volksmassen, für die es bestimmt ist, sollen es in dankbarer Ehrfurcht er-

schaudernd entgegen nehmen. Bei diesem Mangel an Rückhalt im Volk sind alle reformerischen Bestrebungen dazu verdammt, an dem Widerstande der mächtigen Interessenten der Bodenspeculation und Mietausbeutung kläglich zu scheitern.

Der Entwurf will dann weiter das Fluchtliniengesetz von 1875 noch in einer Anzahl anderer Punkte verändern und ergänzen. Bei der Festsetzung der Fluchtlinien soll von den Gemeinden darauf Bedacht genommen werden, dass eine genügende Zahl von Plätzen, besonders Spiel- und Erholungsplätzen, vorgesehen wird, dass auch Strassen von geringerer Breite und Baublöcke von geringerer Tiefe geschaffen werden. Ferner will der Entwurf die rechtlichen Zweifel beseitigen, die bisher über die Befugnis der Polizeibehörden bestanden, durch die Bauordnung eine Beschränkung in der Ausnutzung der einzelnen Grundstücke für Bauzwecke herbeizuführen. Nach dem Entwurf kann durch die Bauordnung insbesondere geregelt werden: die Abstufung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke nach Zone oder Bezirk, die Ausscheidung besonderer von den Wohnstrassen und Wohnvierteln getrennter, sogenannter *Fabrikbezirke*, der Verputz und Anstrich von Bauten, sowie das Einschreiten gegen Bauten, die die Strassen oder die öffentlichen Plätze verunstalten. Ohne Kenntnis der einzelnen Bestimmungen des Entwurfes lässt sich zu diesen Punkten wenig sagen. Nur auf eine Gefahr sei hingewiesen: man will die Polizeibehörden zu Kunstrichtern in architektonischen Sachen einsetzen. Bisher war es Axiom, dass Polizeiverstand und Künstlertum sich ausschliessende Begriffe seien; nach dem Entwurf werden nunmehr die Polizeibehörden zu den ausschliesslichen Trägern wahrer Kunst.

Um den Bau von kleinen Wohnungen zu fördern, will der Entwurf die rechtlichen Bedenken beseitigen, die der Gewährung weitergehender Begünstigungen hinsichtlich der Gebühren für Strassenkosten, Canalbenutzung, Wasserbezug etc. an Wohngebäude mit kleinen Wohnungen entgegenstehen. Die Gemeinnützigkeit der Bauunternehmungen ist in Uebereinstimmung mit der bisherigen Praxis definiert worden. Ausserdem gelten als begünstigungsberechtigt die Wohngebäude der Arbeiter, Handwerker oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Personen, wenn die Wohngebäude dazu bestimmt sind, von ihnen ausschliesslich oder ausser von ihnen nur von höchstens zwei anderen Arbeiter-, Handwerker- etc. Familien bewohnt zu werden.

Schliesslich enthält der Entwurf Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen. In Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern müssen im Wege der Polizeiverordnung solche allgemeine Wohnungsordnungen erlassen werden. Die Anforderungen, die der Entwurf als Mindestanforderung aufstellt, sind ausserordentlich bescheiden und bleiben sogar hinter denen einiger bereits in Kraft stehender Polizeiverordnungen zurück. So wird zum Beispiel für je 3 Wohnungen nur ein Abort gefordert! In den Wohn- und Schlafräumen müssen auf jeden Bewohner über 10 Jahren mindestens 10 cbm Luftraum und 4 qm Bodenfläche fallen. Auch diese Ziffern sind durchaus ungenügend. Ledige Personen über 14 Jahre alt müssen nach dem Geschlecht getrennt in besonderen Räumen schlafen; doch können diese auch durch feste Abschlüge von mindestens 2 m Höhe hergestellt werden. Man denke sich die an und für sich durchaus unzureichenden Wohnräume der unteren Classen noch durch Abschlüge in Zellen geteilt, die jede Ventilation unmöglich machen, und man wird diese im Interesse der bedrohten Sittlichkeit erlassene Bestimmung nach ihrem richtigen Werte einschätzen. Ueber die Unterbringung von Dienstboten und Gewerbegehilfen, die Aufnahme von Zimmermiethern und Schlafgängern bringt der Entwurf nur die auch bisher schon üblichen Bestimmungen.

Für die Durchführung der Wohnungsaufsicht sollen die Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern ein Wohnungsamt errichten, das mit dem erforderlichen, in geeigneter Weise vorgebildeten Personal, insbesondere mit einer genügenden Anzahl beamteter Wohnungsaufsicher besetzt sein muss. Für kleinere Gemeinden kann die Errichtung eines solchen Amtes von den Aufsichtsbehörden vorgeschrieben werden. Auch können sich mehrere Gemeinden zu einem gemeinsamen Wohnungsamte vereinigen. Die Besichtigung der Wohnungen darf in der Regel nur zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends stattfinden, mit besonderer Ermächtigung der Ortspolizeibehörde aber auch ausserhalb dieser Stunden. Für die Abhilfe der vorgefundenen Mängel gilt der übliche Instanzenzug: Rat, Belchrung und Mahnung durch die Wohnungsaufsicher respective das Wohnungsamt, dann das Einschreiten der Polizeibehörde. Den einzelnen Regierungspräsidenten sollen, falls notwendig, besondere Wohnungsaufsichtsbeamte beigegeben werden, die die Wohnungsaufsicht der Gemeinden überwachen sollen.

Das ist im wesentlichen der Inhalt der

Veröffentlichung, die die *Cölnische Zeitung* über den Wohnungsgesetzesentwurf der preussischen Regierung gebracht hat. Danach scheint der Entwurf das zu werden, was man von der Tätigkeit der preussischen Regierung nur erwarten konnte: ein Polizeigesetz, dazu bestimmt, die Rechte der Polizeibehörden zu erweitern und das Gebiet der Wohnungsfürsorge nach den Gesichtspunkten polizeilicher Verwaltung zu regeln. Es wird so ziemlich alles beim alten bleiben, nur dass die Polizeibehörden in die Bauungspläne der Gemeinden noch mehr hineinreden werden, als sie bisher vermochten. Im übrigen wird die Wohnungsaufsicht in der gleichen polizeilichen Weise betrieben werden, wie bisher auch schon. Die durchaus unzureichenden Bestimmungen der Wohnungsordnungen werden in der rücksichtsvollsten Weise gegenüber den Hausbesitzern in Anwendung gebracht werden. An das aber, was vor allem not täte, eine energische Förderung des Baues von kleinen Wohnungen durch die Gemeinden, wagt sich der Entwurf nicht heran. Der Wohnungsbau soll die ausschliessliche Domäne der privaten Unternehmung bleiben — daran ändert auch die Unterstützung der sogenannten *gemeinnützigen Bauunternehmung* nichts — und damit ist denn auch dafür gesorgt, dass die socialpolitischen Bäume auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge nicht in den Himmel wachsen.

\*

**Kurze Chronik.** Die städtischen Collegien in München haben beschlossen, den Einheitstarif der elektrischen Strassenbahnen von 10 Pf. an Werktagen zu belassen, ihn aber an Sonn- und Feiertagen auf 15 Pf. zu erhöhen. — In der Strassburger städtischen Schulzahnklinik wurden in der Zeit vom 15. October bis Ende März 3341 Kinder untersucht und 1296 in zahnärztliche Behandlung genommen; bei einer Voruntersuchung hatte sich herausgestellt, dass von 10661 Volksschulkindern, die untersucht wurden, nur 165, also nur 1,06% ein gesundes Gebiss hatten. Ausser in Strassburg bestehen städtische Schulzahnkliniken in Darmstadt und Essen. — Die Stadtverordneten zu Neuss beschlossen die erforderliche Ringbahn in eigener Regie zu bauen. — Die städtischen Behörden zu Halle beschlossen die Einführung des Hausunterrichts in die ersten Classen der Mädchen Volksschulen; zunächst werden 3 Küchen eingerichtet, so dass 432 in allen Fächern des einfachen Haushaltes unterwiesen werden können. — Das Stadtverordnetencollegium zu Düsseldorf hat die städti-

schen Badeanstalten an mehreren Wochentagen den Volksschülern zur unentgeltlichen Benützung zur Verfügung gestellt. — Die Cölnner Stadtverordnetenversammlung genehmigte den Ankauf der Cöln-Frechener Kleinbahn durch die Stadt Cöln, die mit dem 1. Januar 1904 von dieser übernommen wird.

Hugo Lindemann.

### Socialistische Bewegung

Das Ergebnis der Reichstagswahlen hat selbst hochgespannte Erwartungen der Parteigenossen übertroffen. Die Zahl der in der Hauptwahl am 16. Juni für die Candidaten unserer Partei abgegebenen Stimmen belief sich auf 3 011 114; das bedeutet gegen 1898 eine Zunahme von 904 038 Stimmen, also um 42,9%. Im ersten Wahlgang wurden 56 Abgeordnete gewählt — genau so viele, als vor 5 Jahren nach Beendigung der Stichwahlen vorhanden waren —, von den 119 Stichwahlen am 25. Juni endeten 25 siegreich, so dass die socialdemokratische Reichstagsfraction jetzt 81 Mitglieder (gegen 58 am Ende der abgelaufenen Legislaturperiode) zählt. Es sind dies die Genossen Auer, Baudert, Bebel, Bernstein, Birk, Blos, Bock, Bömelburg, Braun, Buchwald, Cramer, David, Dietz, Dreesbach, Ehrhart, Eichhorn, von Elm, Edmund Fischer, Richard Fischer, Förster, Frässdorf, Fröhme, Geck, Gerisch, Geyer, Göhre, Goldstein, Gradnauer, Grenz, Grünberg, Haase, Heine, Herbert, Herzfeld, Hildenbrand, Arthur Hofmann, Franz Hofmann, Horn, Hué, Kaden, Körsten, Kühn, Kunert, Ledebour, Legien, Lesche, Lindemann, Lipinski, Mahlke, Meist, Meister, Metzger, Molkenbuhr, Motteler, Nitzschke, Peus, Pfannkuch, Reisshaus, Rosenow, Sachse, Scheidemann, Schippel, Schlegel, Schmalfeld, Albert Schmidt, Robert Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schöpflin, Schulze, Schwartz, Sindermann, Singer, Sperka, Stadthagen, Stolle, Südekum, Thiele, Tutzauer, von Vollmar, Wurm und Zubeil. Neu gewonnen wurden 16 Wahlkreise: Randow-Greifenhagen, Frankfurt a. O., Lauenburg, Flensburg, Bochum, Löbau, Meissen, Pirna, Wurzen, Leipzig Stadt, Borna, Annaberg, Böblingen, Göppingen, Altenburg und Rudolstadt; wieder gewonnen wurden 14: Berlin V, Stettin, Reichenbach-Neurode, Calbe-Aschersleben, Kiel, Dortmund, Lennep, Solingen, Freiberg, Mittweida, Plauen, München Stadt, Mainz und Bremen; verloren wurden 7: Sorau-Forst, Cottbus, Hanau, Erlangen-Fürth, Offenbach, Holzminden und Bernburg.

Für die Stichwahlen war die Verbindung

aller *staatserhaltenden* Elemente gegen die Socialdemokratie leitender Grundsatz. Nur einzelne freisinnige und nationalsocialistische Politiker und die süddeutsche Volkspartei traten grundsätzlich für die Unterstützung der Socialdemokraten ein, und in manchen Gebieten kamen uns die Gegensatz zwischen Klerikalen und Liberalen, sowie zwischen den Nationalitäten zu gute.

Ueber die Einzelheiten des Wahlergebnisses und die Consequenzen der durch die Wahlen geschaffenen Sachlage für die Socialdemokratie wird in dieser Zeitschrift noch eingehend zu reden sein. Der moralische Eindruck der gewaltigen Stimmenzunahme, namentlich der über alles Erwarten grossartigen Erfolge in Gross-Berlin und dem Königreich Sachsen, war im Inland, wie jenseits der Grenzen ein mächtiger. Dass die ausländischen Bruderparteien den Sieg der deutschen Socialdemokratie, der auch für die internationale Bewegung von Bedeutung ist, mit Begeisterung aufnahmen, versteht sich von selbst. Aber auch die fortgeschrittenen bürgerlichen Organe des Auslands erblickten in dem Ausfall der Wahlen einen Erfolg der Demokratie, der Socialreform, des Völkerfriedens und der Verkehrsfreiheit.

Das Jubiläum des vierzigjährigen Bestehens der Partei wurde am 23. und 24. Mai in Leipzig glanzend gefeiert. Von den Veteranen war eine grosse Zahl erschienen, darunter 3 Mitbegründer des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins*. Festredner waren Bebel und der Secretair des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins*, Vahlreich, der freilich in seiner sonst interessanten Festrede den Bahnbrecher Lassalle nur ungenügend würdigte. Die beste Jubiläumsfeier folgte dann am 25. Juni, in der Eroberung der seit Anbeginn des Reichstags bestürmten gegnerischen Hochburg Leipzig Stadt.

Ueber die Stellung der *Independent Labour Party* zu Chamberlains Schutz-zollprojecten informiert uns ein Leitartikel von Philip Snowden in der Juni Nummer der *Independent Labour Party News*. Der Reichszollverein, schreibt Snowden, wurde den englischen Arbeitern die Lebensmittel und der englischen Industrie die Rohstoffe verteuern; er würde Zehntausende von Arbeitern aufs Pflaster werfen und den Ausfuhrhandel Englands nach fremden Staaten rasch herunterbringen, ohne in der freien Ausfuhr nach den Colonien, die nur einer geringen Entwicklung fähig sei, auch nur

annähernden Ersatz zu bieten; er würde England mit aller Welt verfeinden, und dabei nicht einmal den Colonieen etwas nützen. Ebenso verfehlt wie Chamberlains Schutzzöllnertum sei aber auch der alte Leitgedanke der Manchesterschule, wonach England die *Werkstatt der Welt* sein und vom Exporthandel leben sollte; denn auf der ganzen Welt gehe die Entwicklung dahin, jede Industrie an der Ursprungsstätte des Rohmaterials zu localisieren. Jedes Land müsse darauf bedacht sein, seine eigenen natürlichen Reichtümer selbst zu verwerten. Auch England müsse diesen Weg einschlagen und den Kampf aufnehmen wider Grossgrundeigentum, Capitalismus und die grossen Monopole, um Platz zu schaffen für eine nationale Landwirtschaft, welche den Lebensmittelbedarf der englischen Bevölkerung im Inlande selbst decken soll.

Die polnische socialistische Partei im russischen Staatsgebiet, die sogenannte *P. P. S.*, hat in den Monaten Januar bis April 1903 folgende Schriften herausgegeben: A. Erzeugnisse der inländischen Geheimdruckereien: a) in polnischer Sprache: 1. Nr. 48 bis 50 des Warschauer Arbeiterblattes *Robotnik* (Nr. 50 erschien als Jubiläumnummer); 2. Nr. 2 des für die polnischen Genossen in Litauen bestimmten Parteiorgans *Walka*; 3. *Politische Neujahrsverse*, von Warschauer Arbeitern verfasst (Flugblatt); 4. ein Flugblatt des Centralcomités an das arbeitende Landvolk; 5. und 6. je ein Flugblatt des Warschauer Arbeitercomités an die Tischler von Warschau und an die Arbeiter der Krongoldischen Fabrik; 7. ein Flugblatt des Verbandes socialistischer Akademiker Polens gegen den czarenfreundlichen Schriftsteller Korwin-Piotrowski; 8. ein Flugblatt des Arbeitercomités in Bialystok an die dortigen Weber; 9. ein Flugblatt des Centralcomités in Sachen des Volkstheaters in Kowno; 10. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Bialystok an an die Spulerinnen; 11. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Lowicz an die socialistischen Bauern; 12. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Lowicz in Sachen des Verhaltens der Geistlichen; 13. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Kowno an die Schlosser der Szmidschen Fabrik; 14. und 15. je ein Flugblatt des Warschauer Arbeitercomités an die Arbeiter der Fabrik Rohn, Zieliński & Co. und an die Arbeiter der Fabriken von Martens, Bewenze und Tworowski; 16. ein Mailflugblatt; 17. und 18. Einladungskarten der Comités von Warschau und Ostrowie, zur Teilnahme an der

Maidemonstration auffordernd; 19. ein Flugblatt des Warschauer Arbeitercomités an die Arbeiter der Fabriken von Martens, Bewenze, Tworowski und Horn; 20. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Kowno in Sachen der Gerüchte über eine bevorstehende Judenhetze (hektographiert); b) in jüdischer Sprache: 21. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Bialystok an die Weber, jüdische Ausgabe; 22. und 23. je ein Flugblatt des Arbeitercomités von Bialystok an die Schererinnen und an die Spulerinnen; 24. ein Flugblatt des jüdischen Comités der *P. P. S.* an die Schneider von Warschau; 25. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Lowicz an die dortigen Juden; 26. ein Flugblatt des Arbeitercomités von Bialystok an die Arbeiter der Tabakfabrik von Janowski; 27. ein Mailflugblatt des jüdischen Comités der *P. P. S.*; 28. eine Einladungskarte der *P. P. S.* zur Warschauer Maidemonstration, jüdische Ausgabe. B. In Krakau gedruckt: in polnischer Sprache: 29. vier Hefte der Monatsschrift *Przedswit* zu je 1600 Exemplaren. C. In London gedruckt: a) in polnischer Sprache: 30. vier Nummern des *Kurzyerek zagraniczny i zakordonowy*, monatliche Rundschau über die socialistische Bewegung ausserhalb Russisch Polens; 31. ein Heft der populärwissenschaftlichen Zeitschrift *Swiatlo*; 32. eine Nummer der *Gazeta ludowa*, Agitationszeitschrift für das arbeitende Landvolk; 33. bis 37. folgende Broschüren: *Kurze Geschichte der grossen französischen Revolution*; *Auswahl revolutionärer Gedichte*, Stereotypausgabe, 12. Tausend; *Jan Mlot: Wer lebt von was?* Stereotypausgabe, 6. Tausend; *Achtung! Vorsicht! Die Socialisten kommen!* 3. Auflage; Z. R. Walczewski: *Die Genüßgesellschaft*, populär-sociologische Abhandlung, 2. Auflage; b) in jüdischer Sprache: 38. zwei Hefte der Zeitschrift *Proletarische Welt*; 39. bis 42. folgende Broschüren: *Der Spion*; *Die grosse französische Revolution*; *Ludwik Warzynski*; *Pitipina Plaskowicka*. (Die letzten beiden Hefte enthalten Lebensbilder von Märtyrern des polnischen Socialismus); c) in weissrussischer Sprache (für das Landvolk im östlichen Litauen): 43. und 44. folgende Broschüren: *Was ist zu tun, damit die Menschen glücklich werden?*; *Wer ist der wahre Freund des armen Volkes?* Schriften in litauischer Sprache gibt die *P. P. S.* nicht heraus, da die Propaganda unter der Bevölkerung litauischer Nation das unangefochtene Arbeitsfeld der litauischen Socialdemokratie (*L. S. D.*) bildet.

**Kurze Chronik.** In Offenbach Land wurde in der Landtagswahl Genosse Orb, dessen Mandat für ungültig erklärt war, wiedergewählt. — Von Gemeindewahlen sind Siege zu berichten aus Rostock, wo ein Socialdemokrat gewählt wurde und einer in Stichwahl kam; ferner von Ersatzwahlen in Spandau und Lichtenberg. In Lichtenberg war kein Gegenkandidat aufgestellt. — In Ispringen bei Pforzheim ist der erste socialdemokratische Bürgermeister in Baden mit 150 gegen 106 Stimmen gewählt worden. — Die luxemburgischen Parteigenossen haben sich am 5. Juli ein Programm und eine Organisation geschaffen. — Das internationale socialistische Bureau hat einen flammenden Protest gegen die unter Billigung der Regierung erfolgten Greuelthaten gegen die Juden Kischinevs erlassen und die Arbeiter zu Kundgebungen aufgefordert. »Euer Stillschweigen würde ein Verbrechen sein!« — Der Vollzugsausschuss des Centralcomités der Guesdisten hat den Entwurf eines Reformprogramms veröffentlicht, das aus einem politischen und communalen Teil besteht und, wenn vom Parteitag genehmigt, zusammen mit der schon in Commentry beschlossenen Principienerklärung das Parteiprogramm des *Parti socialiste de France* bilden soll. — Die socialdemokratische Arbeiterpartei Hollands hielt Mitte Juni zu Enschede ihren 9. Parteitag ab; die Zahl der Delegierten betrug 103. — Der Parteivorstand der Socialdemokratie in Oesterreich fordert in einem Manifest zur Erneuerung des Kampfes um das allgemeine gleiche Wahlrecht auf. — Im Spital zu Jakutsk ist Genosse Kazimierz Ratynski gestorben. Er gehörte der socialistischen Bewegung seit Ostern 1893 an, um welche Zeit er der neugegründeten *Socialdemokratie des Königreichs Polen* beitrug. Trotz seiner grossen Jugend schwang er sich dank seiner ausserordentlichen Energie und Opferwilligkeit binnen kurzem zu einer leitenden Stellung auf. Ende 1894 wurde er verhaftet und nach drei Jahren Untersuchungsgefängnis zu sechs Jahren Ostsibirien verurteilt. Gleich der Mehrzahl der Mitglieder seiner Organisation, hat sich auch Ratynski in seinen Ansichten später der *P. P. S.* genähert. Eine active Anteilnahme an der socialistischen Bewegung seines Vaterlandes sollte ihm jedoch nie mehr beschieden sein. Als die sechs Jahre um waren, war seine Kraft gebrochen. Er sollte seine Heimat nicht mehr sehen. Auf der Heimreise betraf ihn eine schwere Krankheit, der er in Jakutsk erlag. Ehre seinem Andenken! *Ladislav Gumplowicz.*

### Gewerkschaftsbewegung

Im Monat Juni absorbierten die Reichstagswahlen naturgemäss alle Kräfte der Arbeiterbewegung. Dieser für die nächste Zukunft entscheidenden Frage gegenüber traten alle gewerkschaftlichen Angelegenheiten in den Hintergrund. Das bedeutet gewiss keine Zurücksetzung der gewerkschaftlichen Interessen, denn gerade die Gewerkschaftsbewegung, mag sie nun im Getriebe der Parteipolitik stehen oder sich von dieser fernhalten, war an dem Ausfall der diesjährigen Reichstagswahlen lebhafter denn jemals interessiert. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, alle die gesetzgeberischen und socialpolitischen Voraussetzungen aufzuzählen, die für das kraftvolle Gedeihen einer Gewerkschaftsbewegung unentbehrlich sind. Es genügt, auf zwei Factoren hinzuweisen, deren Rückständigkeit ihre freie Entfaltung heute hindern, auf unsere Coalitions- und Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Unzulänglichkeit des Coalitionsrechts wurde wohl niemals bitterer empfunden, als gerade gegenwärtig in der Zeit der polizeilichen Verfolgungen der Strikeposten. Keine Woche vergeht ohne Nachrichten von Strikepostenprocessen, in denen Verurteilungen ausgesprochen oder bestätigt werden wegen Handlungen, die der Richter selbst an sich als gesetzlich berechtigt anerkennen muss und deren Strafbarkeit lediglich darin gefunden wird, dass sie das Missfallen irgend eines Polizeibeamten erregt haben. »Den Aufforderungen der Polizei ist unbedingt Folge zu leisten«, entscheiden die Gerichte, und wenn noch vor Jahresfrist das preussische Kammergericht eine Nachprüfung der Berechtigung polizeilicher Anordnungen zuließ und den Widerstand gegen gesetzlich nicht gerechtfertigte Verbote für straflos erklärte, so kehren sich heute die Richter wenig mehr an diese Entscheidung. Das Berliner Polizeipräsidium, das während des Metallarbeiterstrikes bei der Firma Mehlich in der Sophienstrasse mit wahren Hochdruck gegen alle Strikeposten vorging und tagtäglich Sistierungen und Verhaftungen vornahm, erklärte bezüglich einer Beschwerde in einem Schreiben, dass das an sich gesetzlich unzweifelhafte Recht des Strikepostenstehens seine Grenze finde an den Befugnissen der Polizei; »diesem höheren Zwecke gegenüber müsse auch das aus dem Coalitionsrecht fließende Recht des Strikepostenstehens zurücktreten.« Sonach besteht der Zustand, dass jeder beliebige Schutzmann selbst den friedlichen Informationsdienst strikender Arbeiter verbieten darf, falls er nur der Meinung

ist, dass so etwas nicht stattfinden dürfe. Das Recht friedlicher Staatsbürger in das Belieben jedes behördlichen Organs gestellt, das ist heute der bezeichnende Ausdruck dessen, was man — *Coalitionsfreiheit* nennt. Und damit auch auf dem Gebiete des Versammlungsrechts übereinstimmend mit der Handhabung des Coalitionsrechts verfahren werde, verbot die Berliner Polizei den strikenden Metallarbeitern zwei Versammlungen und beharrte auch dann bei ihrem Verbot, als sie auf den Widerspruch ihres Vorgehens gegenüber neuerlichen Entscheidungen des Obergerichtes aufmerksam gemacht wurde. So ist das Grundrecht der Gewerkschaften völlig in die Hände der Polizei gegeben, und langwieriger Prozesse bedarf es in jedem einzelnen Falle, um die so notwendige Bewegungsfreiheit sicher zu stellen. Den Idealzustand preussischer Coalitionsfreiheit enthüllte die etwas naive Frage eines höheren Polizeioffizianten an den Leiter der Berliner Metallarbeiter: »Weshalb striken Sie denn dort überhaupt? Wie lange soll denn die Geschichte noch dauern?« Wo solche Auffassungen die Wirksamkeit der Gewerkschaften hindern, da bedarf es einer starken politischen Vertretung, um einer wirklich freien Coalitionsgesetzgebung die Wege zu bahnen, einer Gesetzgebung, die auch den Berufsvereinen die Rechte der Vertragsschliessung und Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber Gerichten, Verwaltungen und gesetzgebenden Körperschaften gewährleistet.

Auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung fehlt es noch an einem ausreichenden systematischen Unterbau, auf dem allein eine nachdrückliche Bekämpfung der Ausbeutung möglich ist. Seit Jahrzehnten ist die bürgerliche Socialpolitik mit mehr oder weniger ernstem Willen bestrebt, einzelne allzu crasse Missstände zu bekämpfen, bald durch Kinderschutz, bald durch Schutz der Frauen oder Massnahmen gegen gesundheitsgefährliche Beschäftigungsarten. Der Ausbeutung an sich Grenzen zu ziehen und jeden Arbeiter gegen jede übermässige Ausnützung zu schützen, hat sie bisher beharrlich abgelehnt, obschon es bei überlanger Arbeitsdauer, bei allzu intensiver Arbeitshast, bei Verwendung ungeeigneter Leute zu schwierigeren Arbeiten und bei ungenügender Lebenshaltung der Arbeiter weiterer und besonderer Gesundheitsverfahren garnicht bedarf, um die Arbeiterschaft körperlich und geistig zu ruinieren. Erst wo ein allgemeiner Normalarbeitstag für alle Arbeiter die Grundlage bildet, können weitere Schäden der Arbeit

mit Erfolg bekämpft werden. Der Mangel einer allgemeinen gesetzlichen Arbeitszeitregelung verursacht den Gewerkschaften Jahr für Jahr zahlreiche und grosse Kämpfe und Opfer, die andernfalls für die bessere Regelung der Lohnfrage und die tarifliche Sicherung der Arbeitsbedingungen aufgewendet werden könnten.

Mit dem Erfolg der Reichstagswahlen können die gewerkschaftlichen Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl zufrieden sein, umso mehr, als eine Reihe neuer gewerkschaftlich tätiger Kräfte in den Reichstag einziehen wird, die einen guten Schatz praktischer Erfahrungen bei der Vertretung der Arbeiterinteressen mitbringen werden. Eine solche Verstärkung muss der socialdemokratischen Reichstagsfraction, welche, wie bisher, so auch in Zukunft die zuverlässigste Vertreterin der Arbeiter bildet, hochwillkommen sein.

Die Pfingsttage brachten den deutschen Gewerkschaften auch einige **Verbandstage**. Von dem der Bergarbeiter (vom 31. Mai bis 3. Juni in Zwickau) wurde bereits mitgeteilt, dass er die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit Umwandlung des Monatsbeitrags (70 Pf.) in einen Wochenbeitrag (20 Pf.) beschloss. Bemerkenswert von diesem Verbandstage ist noch eine gegen das Ueberhandnehmen der Wurmkrankheit in deutschen Revieren gerichtete Action, die die Regierung ernstlich an die im Interesse der Arbeiter notwendigen Massnahmen und an die allgemeinen Bergarbeiterschutzforderungen erinnert. War es doch das Organ des deutschen Bergarbeiterverbandes, das durch seine energischen Enthüllungen die Ausbreitung der Krankheit und die Missstände in den Gruben in ihrem ganzen Umfange blossstellte und Anlass zu den Erörterungen im Reichstag und zu den gegenwärtigen Untersuchungen der Regierung boten. — Zu gleicher Zeit (30. Mai bis 3. Juni) tagte in Dresden die Generalversammlung des Glasarbeiterverbandes, auf welcher naturgemäss die über den Verband nach dem unglücklichen Generalstreike (1901) hereingebrochene Krisis die Gemüther beherrschte. Der Verband hat in deren Folge von Anfang 1901 bis Ende 1902 3337 Mitglieder verloren. Seine Gegenrüstung bestand in der Erhöhung der Beiträge (Einführung von Staffelbeiträgen in Höhe von 20 bis 50 Pf. pro Woche) und im Ausbau der Arbeitslosenunterstützung (0,80 bis 2 M. pro Tag). Gegenüber den Bestrebungen der Glasindustriellen, den Arbeitsnachweis an sich zu reissen, erklärte sich der Verbands-

tag für die paritätische Regelung des letzteren und sprach sich ausserdem für eine Sanierung des Lehrlingswesens aus. Den beim Generalstreike in Arbeit stehenden gebliebenen Mitgliedern, soweit sie sich den Strikenden gegenüber nicht provocierend benommen hatten, wurde Amnestie bewilligt. — Der am 1. und 2. Juni in Dresden abgehaltene Verbandstag der Lagerhalter beauftragte den Verbandsvorstand, mit dem neuen *Centralverband deutscher Consumvereine* Verhandlungen behufs Errichtung gemeinsamer Schiedsgerichte zu führen, und beschloss das 14tägige Erscheinen des Verbandsorgans. Weiter verlangte der Verbandstag zur Sicherung der Sonntagsruhe ein gesetzliches Verbot der Lohnzahlung an Sonntagen und Sonnabenden. — Am 1. bis 6. Juni fand in Berlin die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, Deutschlands grösster Centralgewerkschaft, statt. Dieser Verband, der an Mitgliederzahl nur von der amerikanischen *Miners Federation* übertroffen wird, hat sich in den 12 Jahren seines Bestehens überraschend entwickelt. Im Gründungsjahr 1891 erst 23 158 Mitglieder zählend, ist er seitdem auf 128 842, also um mehr als 105 000 Mitglieder gewachsen. Dabei entfällt die grösste Mitgliederzunahme (28 080) auf das Krisenjahr 1902. Der Verband besitzt in Stuttgart sein eigenes Haus nebst eigener Druckerei, in der die in einer Auflage von über 150 000 Exemplaren erscheinende *Metallarbeiterzeitung* hergestellt wird. Die wichtigsten der den Verbandstag beschäftigenden Fragen waren die Einführung einer Krankenunterstützung und die Tarifvereinbarungen. Zu ersterer lagen umfangreiche und wohl begründete Vorstandsanträge vor, die indessen nicht die vom Statut vorgesehene Zweidrittelmehrheit der Delegierten fanden, wohl deshalb, weil vielen die vorgeschlagene Beitragserhöhung von 30 auf 50 Pf. pro Woche zu gross dünkte. Der Verbandstag begnügte sich mit einer Beitragserhöhung auf 40 Pf. und einer Neuregelung der Orts- (Arbeitslosen-) Unterstützung im Sinne der Ausdehnung der Unterstützungsdauer von 42 auf 60 Tage im Jahr. Die Einführung fester Tarifverträge wurde als erstrebenswert bezeichnet und der Vorstand zur Herausgabe einer die Frage klarenden Agitationsschrift beauftragt. Bemerkenswert von diesem Verbandstag war auch die Ablehnung aller Anträge, die eine Versicherung der Verbandsangestellten gegen Invalidität und Todesfall bezweckte, sowie seine lebhaft abneigende Haltung gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai, die sich sogar in dem Wunsche

bekundete: das beste wäre, die ganze Maifeier aus der Welt zu schaffen. Man darf bei der Beurteilung dieser Frage indes nicht übersehen, dass die Maifeier, wenn sie auch für die Gewerkschaftsleiter eine stete Quelle von Verlegenheiten bildet, doch in steigendem Masse von der Sympathie der Arbeitermassen getragen wird und ein immerhin recht schätzenswertes Agitationsmoment bildet. Es ist natürlich, dass in Jahren des Stillstandes die Repressalien der Unternehmer sich mehren und zu vorsichtiger Behandlung der Frage der Arbeitsruhe mahnen. Im allgemeinen dürften die Nachteile den Erfolg der Demonstration nicht überwiegen. — Die Töpler hielten ihren 6. Verbandstag am 2. bis 5. Juni in Meissen ab. Hier bildete die Einführung der Arbeitslosenunterstützung den wichtigsten Verhandlungspunct. Der Verbandstag konnte sich jedoch nur in empfehlendem Sinne äussern, da die Entscheidung der Urabstimmung der Mitglieder überlassen war. Er empfahl die Einführung dieser Unterstützung nach den Anträgen des Vorstandes, die bei abgestuften Beitragssätzen (nach dem Arbeitslosigkeitsrisico der einzelnen Branchen bemessen: Ofensetzer 65 Pf., in Grossstädten 85 Pf., Werkstattarbeiter 50 Pf., Scheibenarbeiter 40 Pf. pro Woche) eine 2 bis 6 wöchige Unterstützung in Höhe von 1 M. pro Tag bezweckten. — Neben diesen Verbandstagen fand noch eine deutsche Formercnferenz in Berlin statt, die sich über die im Berufe herrschenden Arbeitsverhältnisse, deren Untersuchung und über die zweckmässigste Agitation verstandigte.

Auf internationalem Gebiete sind zwei Conferenzen zu verzeichnen, die der Bergarbeiter und die der Steinarbeiter. Die erste, von 5 Nationen besetzt, nahm Stellung zu den Fragen des Achtstundentags, des Minimallohns, des Pensionswesens, der staatlichen Grubencontrole und vor allem zur Bekämpfung der verderblichen Wurmkrankheit, die besonders das rege Interesse der englischen Vertreter erweckte. Die Beratung der Frage des Generalstriktes wurde abgelehnt. Der internationale Steinarbeitercongress, der erste in diesem Berufe, war durch 10 Nationen besetzt; auch die Bildhauerorganisationen mehrerer Länder waren vertreten. Nach Entgegennahme der Berichte über die Organisations- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern wurde die Gründung eines internationalen Secretariats beschlossen, dessen Bestellung der schweizerischen Organisation übertragen wurde. Die Aufgaben des Secretariats sind: Unterhaltung des internationalen Austausches

an Mitteilungen, Sammlung und Verwertung von Berichten aus den angeschlossenen Ländern über Organisations-, Arbeits-, Wirtschafts- und gesetzliche Verhältnisse, sowie über Strikes, bei denen auf Erfordern das Secretariat Sammlungen veranstalten soll. Ferner erklärte sich der Congress grundsätzlich gegen jede Organisationszersplitterung und für Anerkennung von nur einer Organisation in jedem Lande.

Von der ausländischen Gewerkschaftsbewegung sind zwei bedeutsame Landescongresse zu verzeichnen. Die norwegischen Gewerkschaften hielten ihren Congress in den letzten Maitagen in Christiania ab. Die Landesorganisation umfaßt 7947 Mitglieder in 9 Verbänden und 10 Einzelvereinen. Der Congress erhob Protest gegen das vom *Odelsthing* angenommene *Zuchthausgesetz*, das die Strikefreiheit der Gewerkschaften bedroht, beschloss die einleitenden Schritte zu einer regelmässigen Gewerkschaftsstatistik, schloss sich weiter den Beschlüssen der internationalen Conferenz der Landessecrétaires zu Stuttgart (1902) an und nahm eine Resolution gegen das Submissions- und Accordwesen an. Die Landescentrale erhielt die Function der obersten Leitung aller Abwehr- und Angriffstrikes. — Der 4. österreichische Gewerkschaftscongress bot ein schönes Bild der Fortschritte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, die vor 10 Jahren ihren 1. Congress abhielt und seitdem von 70 343 auf 164 488 Mitglieder gestiegen ist. Davon gehören allerdings nur 135 178 zu den eigentlichen Gewerkschaften, während 4450 in allgemeinen Gewerkschaftsvereinen und 24 860 in den in gewerkschaftlicher Umbildung begriffenen Arbeiterbildungsvereinen organisiert sind. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hat sich in diesen 10 Jahren nahezu verdreifacht, und mit Eintritt der besseren Coniunctur ist eine anhaltende Steigerung zu erwarten. Die Finanzgebarung der österreichischen Gewerkschaften wies im Jahre 1902 eine Gesamteinnahme von 2 617 184 K. (1901: 2 229 346 K.), dagegen eine Gesamtausgabe von 2 3925 39 K. (1901: 2 111 082 K.) auf, davon an Ausgaben für Reiseunterstützung 151 218 K.; für Arbeitslosenunterstützung 360 289 K.; für Kranken-, Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Sterbeunterstützung 485 764 K. und für Notfallunterstützung 65 514 K.; ferner für Rechtsschutz 29 987 K.; für Fachorgane 341 968 K.; für Bibliotheken 32 657 K.; für sonstige Bildungszwecke 35 905 K.; für Stellenver-

mittelung 8229 K.; für Gehälter und persönliche Entschädigungen 170 874 K. u. s. w. Der Congress beschloss unter anderm ein Regulativ, nach dem die allgemeinen Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereine für ihre Mitglieder einen Teil der Beiträge derselben an deren Berufscentralisationen abführen. Weitere Verhandlungszustände bildeten die Frage der Zollpolitik und Lebensmittelteuerung, der Invalidenversicherung und der Tätigkeit der Arbeitervertreter in den verschiedenen socialpolitischen Ausschüssen. Von Bedeutung ist auch die Annahme zustimmender Resolutionen zur Förderung von Consumvereinen und Tarifgemeinschaften. *Paul Umbreit.*

### Genossenschaftsbewegung

Der Congress des englischen Genossenschaftsverbandes, der vom 1. bis zum 3. Juni in Doncaster abgehalten wurde, war von der imposanten Zahl von nahezu 1400 Delegirten besucht. Auch eine Anzahl Gäste von der deutschen Grosseinkaufsgesellschaft (Sperling und Koch), aus der Schweiz (Dr. Müller und B. Jöggi), sowie eine Gewerkschafts- und eine Lehrerdeputation waren anwesend. In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende J. Shillito, der beliebte und angesehene Präsident der englischen Grosseinkaufsgesellschaft, vor allen Dingen auf die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung für die Hebung des Gesundheitszustandes und der Lebenshaltung der arbeitenden Classen hin. Nach den Ansprachen der Gäste machte sich sodann der Congress an die Erledigung seines umfangreichen Arbeitsprogramms. Es war gut vorgearbeitet worden, und für die meisten Punkte lagen Resolutionen des Vorstandes vor, die nach längerer und kürzerer Debatte meist einstimmig angenommen wurden.

So empfahl der Congress den Consumvereinen, keine höheren Rückvergütungen als höchstens 2 s 6 d pro l. strl. aus-zuzahlen, mehr als bisher die Reserven zu stärken und statt grosser Warenpaläste lieber zerstreut liegende kleinere Filialen zu errichten. Der Vorstand wurde beauftragt, an geeigneten Orten Verwaltungsschulen zur Heranbildung tüchtiger Genossenschaftsbeamter ins Leben zu rufen.

Zweimal beschäftigte sich der Congress mit der ländlichen Frage. Die eine Resolution fordert die Consumvereine zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf und bedauert die Verteuerung der Bedarfsartikel derselben durch die Trusts. Die andere empfiehlt, »um der

fortdauernden Entvölkerung des Landes und der daraus resultierenden Ueberflutung des städtischen Arbeitsmarktes entgegenzuwirken«, den Ankauf von Land zwecks Schaffung von Kleinbauernstellen.

Eine interessante Debatte entspann sich über die capitalistischen Ringe und Trusts, die als die gefährlichsten Feinde des Gemeinwohls wie auch der Genossenschaften bezeichnet wurden, deren Macht aber durch die genossenschaftliche Eigenproduction gebrochen werden könne.

Eine Statistik der englischen Ge-

nossenschaftsbewegung ist in dem dem Congress zu Doncaster vorgelegten Bericht des Centralausschusses enthalten. Wir entnehmen derselben die folgenden Zahlen:

	1901	1902
Zahl d. Genossensch.	1 648	1 671
Zahl d. berichtenden Genossenschaften	1 634	1 638
Mitgliederzahl	1 919 555	2 022 208
Anteile M.	481 914 120	318 082 260
Umsatz „	1 635 658 980	1 711 734 160
Reingewinn „	181 988 240	190 887 060

Die verschiedenen Genossenschaftsarten participieren an diesen Zahlen, wie folgt:

Art der Genossenschaften	Zahl	Mitglieder	Anteile		Umsatz		Reingewinn	
			M.	M.	M.	M.		
Engl. Grosseinkaufsgesellsch.	1901	1	1 092	18 978 900	352 841 660	6 689 340		
	1902	1	1 106	20 137 980	367 951 180	7 706 880		
Schottische Grosseinkaufsgesellschaft	1901	1	287	5 482 740	114 014 860	4 891 741		
	1902	1	284	5 702 880	121 182 380	5 058 500		
Consumgenossenschaften	1901	1462	1 795 770	439 332 560	1 055 233 500	165 305 520		
	1902	1476	1 813 176	463 532 380	1 116 385 240	173 654 680		
Productivgenossenschaften incl. Kornmühlen	1901	136	32 434	16 674 560	57 567 840	3 726 800		
	1902	139	33 270	17 418 340	59 952 900	4 081 060		
Rohstoffvereine . . . . .	1901	8	89 285	10 666 880	53 528 720	1 275 020		
	1902	7	91 483	10 657 880	53 417 100	1 315 170		
Landw. Genossenschaften	1901	30	1 480	196 900	882 580	15 780		
	1902	36	1 605	213 220	1 112 880	21 700		
Besondere Genossenschaften	1901	10	1 207	581 580	1 599 420	84 040		
	1902	11	1 284	599 680	1 732 480	49 100		

Man sieht, das Entwicklungstempo ist nicht mehr ein so rapides, wie in früheren Jahren, wo Mitgliederzahl, Umsatz etc. sich in einem Jahre um durchschnittlich 10% vermehrten. Aber diese Erscheinung ist berechtigt, da eine Bewegung, je kleiner sie noch ist, desto grössere relative Fortschritte zu machen pflegt. Sehr erfreulich ist der Aufschwung der Productivgenossenschaften, die mehrere Jahre fast stagniert hatten. Er ist in erster Linie der stärkeren Berücksichtigung dieser Genossen-

schaften durch die Consumvereine zu verdanken. Die Zahl der hier beschäftigten Arbeiter betrug 8466 gegen 8017 in 1901.

Der Umfang der consumgenossenschaftlichen Eigenproduction ist im Bericht mit 90 682 900 M. angegeben. Doch fehlen hierbei die Ziffern aus einer Reihe zum Teil sehr bedeutender Betriebe, so dass sich die Gesamtsumme auf über 100 Mill. M. stellen dürfte. Hierzu tritt die Eigenproduction der beiden *Wholesales*, die folgende Zahlen aufweist:

Production der	englischen Grosseinkaufsgesellschaft		schottischen Grosseinkaufsgesellschaft	
	1901	1902	1901	1902
Angestellte . . . . .	9244	10 385	4988	5265
Angewandtes Capital . . . M.	18 886 760	20 917 980	10 702 100	10 818 000
Absatz . . . . .	52 125 360	58 864 040	29 436 120	31 614 260
Gewinn . . . . .	1 485 440	1 615 360	1 602 180	1 706 300
Verlust . . . . .	38 380	—	—	—

Am stärksten participiert an diesen Zahlen die Mehlerzeugung mit insgesamt 30787560 M. Umsatz, sodann die Schuhfabrikation mit 14 319 120 M., Seife: 7 765 460 M. und Konserven: 7 634 480 M. 589 Genossenschaften beschäftigen sich mit dem Wohnungsbau für ihre Mitglieder. Dieselben haben bis jetzt 13 327 Häuser im Gesamtwert von 56 001 540 M. hergestellt, von denen 5080 im Werte von 22 825 340 M. in den Besitz von Mitgliedern übergegangen sind. Bei weiteren 23 940 Häusern, die von Mitgliedern selbst gebaut wurden, erhielten diese Unterstützungen von ihren Vereinen in der Gesamthöhe von 106 541 560 M.

Die Selbstbebauung von Land durch die Grosseinkaufsgesellschaften und die Consumvereine hat nach dem Bericht im verflochtenen Jahre keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Es wurden insgesamt bebaut 7714 Acres mit einem Capital von 204 260 M. Der erzielte Gewinn betrug 90 620 M., der Verlust 51 840 M. Die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften haben sich im letzten Jahre um 22 vermehrt.

Der **Leipzig - Plagwitzer Consumverein**, der Stolz der deutschen Genossenschaftsbewegung, ist am 25. Juni von einem schweren Schadenfeuer heimgesucht worden, das beinahe den ganzen nach der Braustrasse gelegenen Flügel des grossen Gebäudecomplexes des Vereins zerstört hat. Das Feuer brach in der Tischlerei aus, brachte trotz energischer Löscharbeiten die in dem nebenstehenden Lagerhaus befindlichen Mehlvorräte zu einer furchtbaren Explosion, infolge deren das Lagerhaus in seinem Innern vollständig vernichtet wurde, und zerstörte endlich auch noch einen Teil der schönen mustergiltigen Bäckerei. Die nach der Jahnstrasse gelegenen Hauptgebäude sowie die Mühle konnten gerettet werden. Glücklicherweise ist alles gut versichert, so dass ein grösserer Verlust ausgeschlossen ist. Auch wird der Betrieb mit Ausnahme der Weissbäckerei keine Störung erleiden. So ist zu hoffen, dass auch das Geschäftsergebnis des Vereins, der im Mai zum erstmaligen monatlichen Millionenumsatz (1029119 M.) hatte, unbeeinträchtigt bleibe und ein ebenso glänzendes werde, wie das des Vorjahres.

Die **dänische Grosseinkaufsgesellschaft** hielt am 16. Juni in Kolding ihre von 800 Teilnehmern besuchte Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer S. Jörgensen konnte berichten, dass das ver-

flossene Betriebsjahr ein Jahr ausserordentlichen Fortschrittes für die Gesellschaft gewesen ist. Es fand eine allgemeine Erweiterung des Geschäftsbetriebs: Vergrösserung der Filialen, Bau und Mietung neuer Localitäten u. s. w. statt. Die Tabakfabrik der Gesellschaft ist nach ihrer Vergrösserung jetzt die schönste Fabrik Dänemarks. Der Umsatz der Gesellschaft stieg von 13512872 kr in 1901 auf 16915090 kr in 1902, der Reingewinn von 482 429 kr auf 643 133 kr. Es werden davon 476 574 kr als 4 procentige Dividende auf den Umsatz verteilt werden; der Rest wird zu Abschreibungen und Dotierungen der verschiedenen Fonds benutzt. Diese Fonds haben bis jetzt schon die Höhe von zusammen 1014 300 kr erreicht. Infolge dieses günstigen Resultats beschloss die Generalversammlung einstimmig, den in ihren Fabriken angestellten Arbeitern eine Lohnerhöhung von 10% zu gewähren.

Zu bemerken ist noch, dass die Gesellschaft für ihre Angestellten eine Altersunterstützung eingerichtet hat, dergestalt, dass sie in eine Casse, in der jeder Angestellte freiwillig 3 bis 5% seines Lohnes zahlen kann, die gleiche Summe zuschiesst, wofür dann der Betreffende in eine Lebensversicherung eingekauft wird.

**Kurze Chronik.** Der Darmstädter Consumverein veranstaltete kürzlich an einem Sonntagnachmittag ein Kinderfest, das einen sehr wohl gelungenen Verlauf nahm. Die Kinder wurden in einem Gartenlocal vor der Stadt mit Kaffee und Kuchen bewirtet und durch Spiele unterhalten. Professor Staudinger hielt sodann für die Grossen eine Rede über den Dresdener Genossenschaftstag. — Nach Anschluss des Verbandes rheinischer Genossenschaften mit 551 Vereinen ist die Zahl der Verbandsvereine des *Allgemeinen Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* auf über 10 000 gestiegen. — Der 4. österreichische Gewerkschaftscongress nahm eine Resolution an, in der alle gewerkschaftlichen Organisationen aufgefordert werden, eifrig auf die Stärkung und Ausbreitung der Genossenschaftsbewegung hinzuwirken. — Der 1898 gegründete Moskauer Consumvereinsverband umfasst heute 110 russische Consumvereine, die einen Gesamtumsatz von 13 251 083 Rbl. haben. Der Warenumsatz des Verbandes betrug im Vorjahre 177 567 Rbl.; von weiteren 723 174 Rbl. für die Vereine bei den Lieferanten des Verbandes im

Jahre 1901-1902 Ware bezogen, erhält " der letztere Bonificationen. Gertrud David.

### Geistige Bewegung

Die *Freie Volksbühne* in Berlin, die nun wieder an einem Abschnitte ihrer Entwicklung steht, ist ein Kind jener gärenden, unklaren und illusionsreichen, aber auch kraftvollen und hoffnungsfreudigen Bewegung, die zu Ende der ausnahmesgesetzlichen Zeit und kurz danach die Berliner Arbeiterschaft beherrschte. Der Geschichtsschreiber, der einmal so glücklich sein wird, die umfassende Darstellung der Selbsterlösung der modernen Menschheit zu geben, wird dem heissen Ringen weiter Arbeiterschichten nach Wahrheit und Schönheit den gebührenden Platz einzuräumen haben und dabei auch der Berliner Volksbühnenbewegung mit Ehren gedenken. Social aus der Arbeiterbewegung hervorgewachsen, knüpfte sie an die literarische Revolution an, die den Realismus aufs Schild erhob, mit der Arbeiterschaft enge Fühlung suchte und in der *Freien Bühne* sich ihr Organ geschaffen hatte. Im März 1890 veröffentlichte Bruno Wille im *Berliner Volksblatt* einen Aufruf zur Gründung einer von capitalistischen Interessen und polizeilicher Censur befreiten Stätte zur Aufführung von *Stücken, in denen ein revolutionärer Geist lebt*. Erfand Anklang. Bereits am 29. Juli beschloss eine Versammlung von mehr als 2000 Personen die Gründung des Vereins. Am Ende seines ersten Geschäftsjahres zählte er fast 4000 Mitglieder! Die Organisation war im wesentlichen die gleiche, die der heute bestehende Verein hat: Die entscheidende Macht bei der nach Bedarf für die künstlerischen Veranstaltungen in Abteilungen gegliederten Mitgliedschaft. Als obwalten- des Organ der Vorstand, dem in literarischen und Kunstangelegenheiten die Beisitzer des Ausschusses zur Seite stehen, und der in praktischen Dingen durch die Ordner unterstützt wird. Ein einheitlicher Monatsbeitrag, der das Eintrittsgeld zu den regelmässigen Veranstaltungen des Vereins ersetzt, und — was neben der Selbstbestimmung des Publicums in Kunstfragen neu und von grundsätzlicher Bedeutung war — kein Preisunterschied zwischen den Plätzen, die bei Theateraufführungen durch das Los verteilt werden. Manche Bedenken gegen verschiedene Bestrebungen des modernen Socialismus wurden hier auschwer und mit Erfolg beseitigt. Die erste Vereinsleitung bildeten Dr. Wille (Vorsitzender), Wildberger (Cassierer), Türk (Schriftführer); Baake, Rich. Baginski, Bolsche, Dr. Brahm,

Julius Hart, Dr. Conrad Schmidt (Ausschussmitglieder); dazu 3 Revisoren und 8 Ordner. Das erste Vereinsjahr bot, einschliesslich der Agitationsversammlungen, 45 Veranstaltungen: dramatische Aufführungen, Recitationsabende und Vorträge. Unter den Mitwirkenden seien genannt Wilhelm Bolsche, Richard Dehmel, Julius Hart, Otto Brahm; Regisseur war Cord Hachmann.

Die nächsten Jahre brachten innere Streitigkeiten im Anschluss an die Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie führten zum Ausscheiden einer an Bruno Wille und den ihm nahestehenden Literaten festhaltenden Minderheit, die sich zur *Neuen Freien Volksbühne* zusammenschloss. Die Leitung des alten Vereins übernahmen Dr. Franz Mehring, Dupont und Türk. Im November 1892 entstand die Monatsschrift *Die Volksbühne*, die neben dem jeweiligen Theaterzettel eine geschichtliche und ästhetische Würdigung des aufzuführenden Theaterstücks und damit wieder eine weitvolle Neuerung auf dem Gebiete des Volksbildungswesens. ferner neben den Vereinsnachrichten Gedichte und sonstige kleine literarische Beiträge bot. Herausgeber war Mehring.

Die Berliner Polizei machte diesem kraftvollen Streben ein Ende. Das Polizeipräsidium brachte es fertig, dass der Verein in letzter Instanz zum Theaterunternehmen gestempelt und damit der polizeilichen Censur unterstellt wurde. Der Verein verweigerte die Anerkennung dieser behördlichen Bevormundung und löste sich lieber auf. Im Frühjahr 1897 riet man die *Freie Volksbühne* von neuem ins Leben. Um den vernehmlichen Charakter entschiedener zu betonen und so die polizeiliche Censur fernzuhalten, wurden eine Reihe scharferer und den Zugang erschwerender Bestimmungen getroffen. Vorsitzender und Herausgeber des Organs *Freie Volksbühne* wurde Conrad Schmidt, Cassierer G. Winkler, die beide ihre Posten noch jetzt bekleiden und durch hingebungsvolle Tätigkeit auf dem trockenen und arbeitsvollen Gebiete der Geschäftsverwaltung für eine widerstandsfähige Grundlage der künstlerischen Arbeit gesorgt haben.

Das neue, im Herbst beginnende Geschäftsjahr wird für den Verein, der jetzt rund 8000 Mitglieder in 8 Doppelabteilungen zählt, in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung sein. Eine neue Abteilung wird errichtet, um dem starken Zudrange, der zur Erreichung der Zehntausend wohl ausreichen dürfte, zu genügen. Ein abgeändertes Statut tritt in Kraft, das bestimmt ist, den inneren Zusammenhang der Vereins-

genossen zu fördern und die Bahn für weitere Kunstpflege zu ebnen, daneben den demokratischen Charakter des Vereins, in dem keinerlei geistige Bevormundung besteht und das wachsende Kunstverständnis der Massen an Hand fachmännischer Beratung die letzte Entscheidung hat, stärker zum Ausdruck zu bringen.

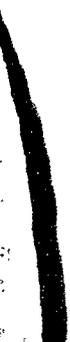
Das Vereinsjahr 1902-1903 brachte eine Einnahme von 85076,28 M. und Ausgaben in Höhe von 76534,98 M., wovon auf die künstlerischen Darbietungen 70614,76 M. (davon auf Opern, Feste und Vortragabend 8940,07, auf die Monatsschrift 3426,67 M.), auf Gehalt, Entschädigungen und Verwaltungskosten 5920,22 M. entfielen. Im Vorjahre betrug der Etat: 67646,05 M. Einnahme, 61676,07 M. Ausgabe, im Jahre 1897 1898 34976,88 M. Einnahme, 33791,53 M. Ausgabe. Das nächste Jahr dürfte einen Umsatz von über 100000 M. ergeben.

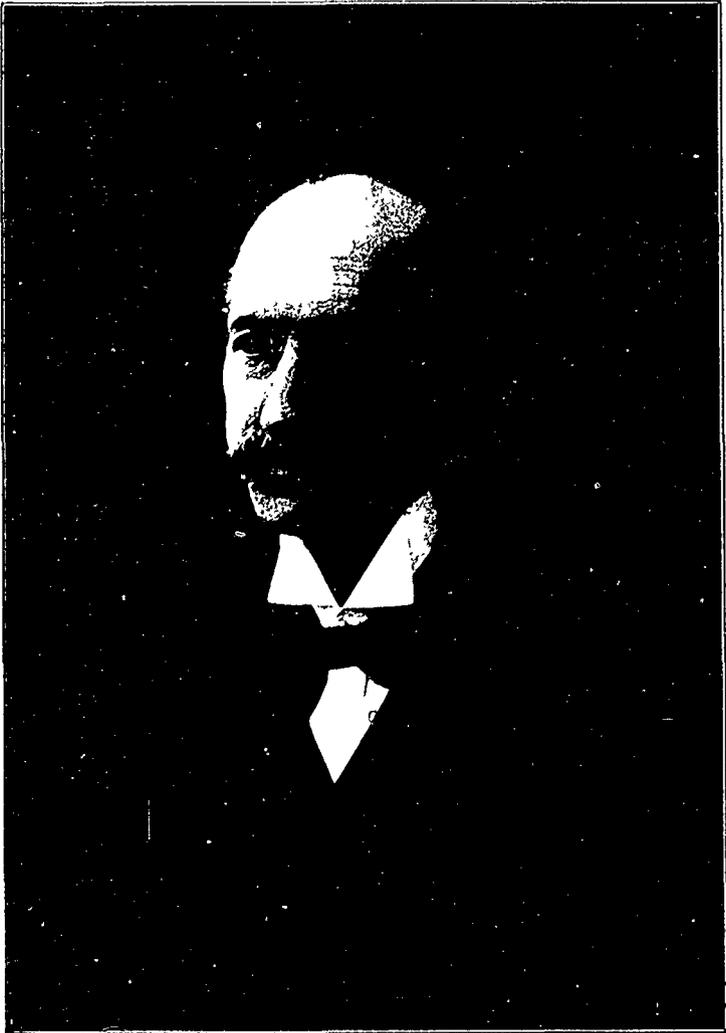
Werfen wir noch einen Blick auf die bisherigen Veranstaltungen des Vereins. Es wurden unter anderm aufgeführt folgende Dramen: Calderon: *Der Richter von Zalamea*; Molière: *Tartuff*; Shakespeare: *Hamlet. Der Kaufmann von Venedig, Othello. Was ihr wollt, Die lustigen Weiber von Windsor*; Lessing: *Minna von Barnhelm, Nathan der Weise, Emilia Galotti*; Goethe: *Faust I, Egmont*; Schiller: *Die Räuber, Cabale und Liebe, Tell, Wallensteins Tod*; Kleist: *Der zerbrochene Krug*; Grillparzer: *Des Meeres und der Liebe Wellen, Der Traum ein Leben*; Heibel: *Maria Magdalena*; Ludwig: *Der Erbforscher*; Gutzkow: *Uriel Acosta*; Freytag: *Die Journalisten*; Reuter: *Kein Hüisung*; Anzengruber: *Der Pfarrer von Kirchfeld, Das vierte Gebot, Der Meineidbauer, Der Gwissenswurm, Die Kreuzschreiber, Heim'junden, Doppelselbstmord*; Fulda: *Die Sclavin*; Sudermann: *Sodoms Ende, Fritschen*; Hauptmann: *Vor Sonnenaufgang. Das Friedensfest, Einsame Menschen, Der Biberpelz, Die Weber, College Crampton*; Hartleben: *Die Erziehung zur Ehe, Die sillliche Forderung, Abschied vom Regiment*; Dreyer: *Winterschlag*; Schnitzler: *Der grüne Kakadu, Abschiedsouper*; Wolzogen: *Das Lumpengesindel*; Ruederer: *Die Fahnenweihe*; Paul Ernst: *Lumpenbagasch*; Halbe: *Eisgang, Jugend*; Nestroy: *Lumpacivagabundus*; Hirschfeld: *Die Muller*; Monkeberg: *Illusionen*; Langmann: *Bartel Turaser*; Wedekind: *Der Kammergänger*; Schlaf: *Meister Gelze*; Rosmer: *Dämmerung*; Maeterlinck: *Der Eindringling*; Zola: *Therese*

*Raquin*; Verga: *Cavalleria rusticana*; Ibsen: *Gespenster, Die Stützen der Gesellschaft, Nora, Ein Volksfeind, Der Bund der Jugend, Die Wildente, John Gabriel Borkmann*; Björnson: *Ein Fallissement, Ueber unsere Kraft* (I. und II); Edgreen-Leffler: *Wie man wohlut*; Strindberg: *Gläubiger*; Gogol: *Der Revisor*; Pissemskij: *Der Leibigene*; Tolstoj: *Die Macht der Finsternis*; Gorkij: *Die Kleinbürger*; Von Opern wurden gegeben: Mozart: *Don Juan, Die Zauberflöte*; Weber: *Der Freischütz*; Bizet: *Carmen*; Lortzing: *Der Wildschütz*; Maillart: *Das Glöckchen des Eremiten*; Nicolai: *Die lustigen Weiber von Windsor*. Dazu kommen eine Reihe von Kunstabenden; im letzten Jahre ein Schubert-Abend als Herbstfest, ein humoristisches Winterfest, ein Beethoven-Concert und eine grössere Zahl von Vorträgen: 18 seit Wiedererrichtung des Vereins.

Das ist ein gutes Stück Bildungsarbeit. Insbesondere das dramatische Repertoire darf den Vergleich mit keiner der allerbesten Bühnen scheuen. Man wird Weniges vom Besten vermissen, und das Minderwertige ist selten. Naturgemäss überwiegt das moderne Schauspiel, und sociale Dramen würden sich wohl noch weit häufiger finden, wenn solche von künstlerischem Werte überhaupt in grösserer Zahl vorhanden wären. Nummehr ist das Bestreben des Vereins darauf gerichtet, die engere, das Gemüt befriedigende Gemeinschaft unter den Mitgliedern zu pflegen und Musik und bildende Kunst wie die Kunstwissenschaft in ihrer Bedeutung den Massen näher zu bringen.

**Kurze Chronik.** \* Der Verbandstag für volkstümliche Curse von Hochschullehrern fand am 8. Mai in Karlsruhe statt; behandelt wurden: die Erteilung von Unterricht durch Studenten und die Veranstaltung von Hochschulcursen in Städten ohne Hochschule. Der nächste Verbandstag wird 1904 in Wien stattfinden. — Im Kreise Offenbach ist eine Wanderbibliothek errichtet worden, die in 10 Abteilungen von je 100 Bänden (je 40 belehrenden und 60 unterhaltenden Büchern) je auf einen Winter an 10 Orte ausgeliehen wird. Die Erfahrungen des letzten Winters waren so günstig, dass noch 30 solcher Abteilungen eingerichtet werden sollen. — Die dänische Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, nach dem Vorgange schwedischer Bahnen, in den Wagen III. Klasse gute Bücher auszuliegen. Nachahmungswert, Herr Budde! *Simon Katzenstein.*





CHARLES LONGUET